

Jahresabschluss

und zusammengefasster Lagebericht



Inhalt

Zusammengefasster Lagebericht

- 6 Grundlagen des Konzerns
- 13 Wirtschaftsbericht
- 27 Prognose-, Chancen- und Risikobericht
- 35 Governance
- 40 Erläuterungen zum Jahresabschluss
der Mainova AG (HGB)

Jahresabschluss

- 48 Bilanz
- 49 Gewinn- und Verlustrechnung
- 50 Anhang
- 85 Bestätigungsvermerk des
unabhängigen Abschlussprüfers
- 95 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Grafik- und Tabellenverzeichnis

Zusammen- gefasster Lagebericht



Wandel: Frankfurt verbraucht rund 1 % der elektrischen Energie, die in ganz Deutschland benötigt wird. Und es wird immer mehr. Deswegen verstärkt Mainova das Frankfurter Stromnetz in den nächsten Jahren – wie hier in Alt-Sachsenhausen. Dabei verdoppeln wir die Kapazität, verlegen über 1.000 Kilometer neue Stromleitungen, bauen rund zehn neue Umspannwerke und modernisieren einen Großteil der bestehenden 40 Umspannwerke.



6 Grundlagen des Konzerns

- 6 Geschäftsmodell
- 7 Unternehmensstrategie
- 9 Nachhaltigkeit
- 10 Innovationen
- 12 Steuerungssystem und Leistungsindikatoren

13 Wirtschaftsbericht

- 13 Rahmenbedingungen
- 19 Geschäftsverlauf des Konzerns
- 25 Wesentliche Ereignisse
- 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

27 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

- 27 Prognosebericht
- 29 Chancen- und Risikobericht

35 Governance

- 35 Internes Kontrollsystem
- 36 Compliance Management System
- 37 Übernahmerelevante Angaben nach §§ 289a und 315a HGB
- 39 Erklärung zur Unternehmensführung nach §§ 289f und 315d HGB

40 Erläuterungen zum Jahresabschluss der Mainova AG (HGB)

- 40 Wirtschaftsbericht der Mainova AG
- 44 Prognose-, Chancen- und Risikobericht der Mainova AG
- 45 Angaben zu den Tätigkeitsabschlüssen nach § 6b EnWG

Zusammengefasster Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2025

Grundlagen des Konzerns

Als börsennotiertes Unternehmen hat die Mainova Aktiengesellschaft (Mainova AG) ihren Konzernabschluss (im Folgenden wird der Mainova-Konzern als Mainova bezeichnet) nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Lagebericht der Mainova AG und der Konzernlagebericht wurden gemäß den §§ 315 Abs. 5 und 298 Abs. 2 HGB zusammengefasst. Daneben hat die Mainova AG ihren Jahresabschluss nach § 264 HGB aufgestellt.

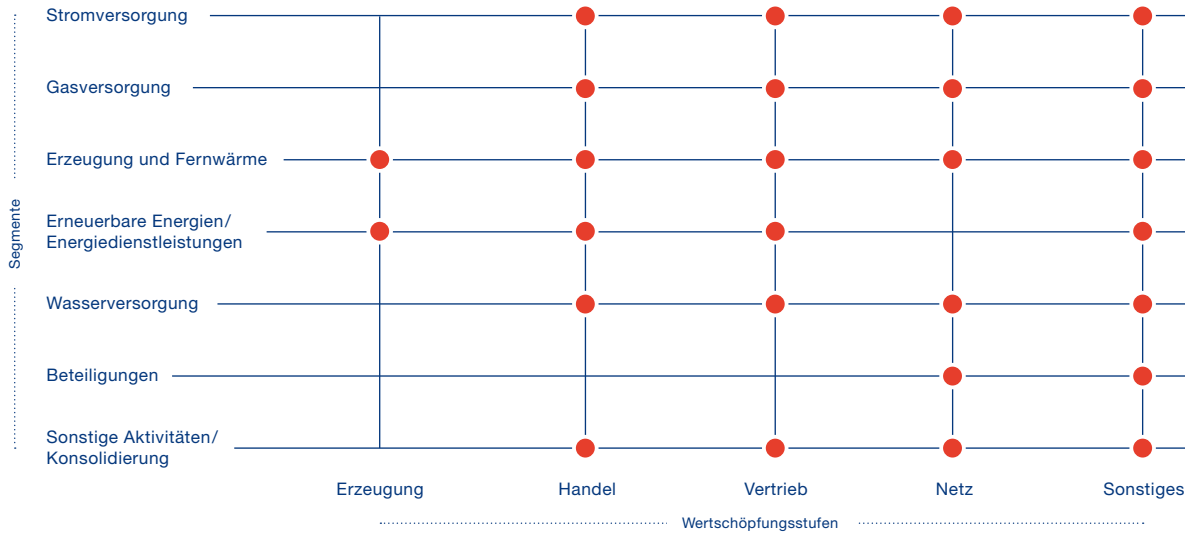
Geschäftsmodell

Mainova ist in der Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser sowie in artverwandten Dienstleistungen tätig. Wir versorgen rund eine Million Menschen überwiegend in Hessen sowie in den angrenzenden Bundesländern mit Strom und Gas. In Frankfurt bieten wir unseren Kundinnen und Kunden zusätzlich Fernwärme und Wasser an. Zudem beliefern wir bundesweit Geschäftskundschaft mit Strom und Gas. Darüber hinaus umfasst unser Portfolio auch energienahe Dienstleistungen und erneuerbare Energien. Als Betreiber von Versorgungsnetzen stellen wir Dritten den Netzzugang und -anschluss zur Verfügung und gewährleisten den sachgerechten Transport von Energie und Wasser.

Unser operatives Kerngeschäft nehmen im Wesentlichen die Mainova AG und die nachfolgend genannten Tochterunternehmen wahr. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) pachtet und betreibt das Strom- und Gasnetz der Mainova AG. Für die Wasserversorgungsnetze übernimmt die NRM die Betriebsführung. Die Aufgaben der Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH (MSD) erstrecken sich auf das Messwesen, die Abrechnung der Lieferungen und Leistungen sowie das Forderungsmanagement. Im Bereich Submetering rundet der Messdienstleister Metera Messdienste GmbH & Co. KG (Metera) unser Angebot ab. Die SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH betreut überwiegend das Straßenbeleuchtungsnetz in Frankfurt. In der ENERENT GmbH werden unter anderem ausgewählte Tätigkeiten im Bereich der mobilen Heizzentralen gebündelt. Unsere Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien steuern wir in Tochter- und Beteiligungsunternehmen. Dabei handelt es sich vorrangig um Betreiber von Onshore-Windparks und Photovoltaikanlagen sowie den Projektentwickler Solea GmbH im Bereich Photovoltaik (PV). Über die Mainova Datacenter Holding GmbH stellen wir Infrastruktur für Rechenzentren zur Verfügung.

Nachfolgend sind die Segmentstruktur und die dazugehörigen Wertschöpfungsstufen dargestellt:

001 Segmentaufteilung nach Wertschöpfungsstufen



In der Strom-, Gas- und Wasserversorgung wird jeweils die Wertschöpfungskette vom Handel über den Vertrieb bis hin zur Verteilung dieser Produkte abgebildet.

Im Segment Erzeugung und Fernwärme werden sämtliche Aktivitäten im Zusammenhang mit der Fernwärme einschließlich der Stromproduktion in Frankfurt gebündelt. Ferner sind Beteiligungen an konventionellen Erzeugungsgesellschaften in diesem Segment enthalten.

Dem Segment Erneuerbare Energien/Energiedienstleistungen sind unser Biomassekraftwerk, das Windenergie- und PV-Geschäft, Contracting und Energiedienstleistungen sowie unsere Tätigkeiten im Bereich der mobilen Heizzentralen zugeordnet.

Im Segment Beteiligungen sind alle Beteiligungsgesellschaften enthalten, die nicht in den Bereichen Erzeugung sowie erneuerbare Energien und Energiedienstleistungen tätig sind.

Im Segment Sonstige Aktivitäten/Konsolidierung sind unter anderem das Straßenbeleuchtungsgeschäft und sonstige Dienstleistungen enthalten, die nicht im Zusammenhang mit einem Kernsegment stehen. Hierbei handelt es sich um Nebengeschäfte, die eine untergeordnete Steuerungsrelevanz haben. Zudem werden in diesem Segment Konsolidierungseffekte abgebildet.

Unternehmensstrategie

Geänderte Rahmenbedingungen

Seit der Verabschiedung unserer bisherigen Strategie „Mainova 2028“ haben sich die Rahmenbedingungen grundlegend verändert. Die Energiewende verläuft langsamer als prognostiziert, geopolitische Unsicherheiten beeinflussen die Märkte und die wirtschaftliche Belastbarkeit von Kundschaft und Kommunen bestimmt zunehmend das Tempo der Transformation. Während die Dekarbonisierung weiterhin das übergeordnete Ziel bleibt, erfordert die Umsetzung eine Balance zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Faktoren.

Wachstum gelingt nur mit klaren Prioritäten und konsequenter Steuerung. Auf dieser Basis investieren wir bis zum Jahr 2040 etwa 7 bis 8 Mrd. Euro vor allem in Frankfurt und in der Region. Damit stärken wir unsere Infrastruktur, fördern Innovationen und sichern künftige Ergebnisbeiträge sowie die Umsetzung der Energiewende.

Die Flexibilisierung des Energiemarkts, die Digitalisierung und die zunehmende Verzahnung von Erzeugung, Handel und Vertrieb eröffnen neue Chancen, stellen aber auch höhere Anforderungen an Investitionsentscheidungen. Um diese Chancen zu nutzen, haben wir eine Strategie, die nicht nur reagiert, sondern gestaltet – mit einem klaren Blick auf Marktveränderungen, Kundenbedürfnisse und die Rolle als kommunaler Energieversorger.

Unsere bestehenden Geschäftsfelder bleiben Stabilitätsanker. Ihre Profitabilität gibt uns die Sicherheit, um neue Wege zu gehen und Innovationen voranzutreiben. Wir bauen unsere Netze und unsere Erzeugung aus, um auch in einem dynamischen Markt handlungsfähig zu bleiben. Dabei ist Tragfähigkeit ein zentrales Kriterium für unsere Entscheidungen und bestimmt das Tempo der Umsetzung.

Vor diesem Hintergrund hat Mainova im Jahr 2025 eine Unternehmensstrategie mit dem Zieljahr 2040 entwickelt, die die bisherige Strategie weiterentwickelt und die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens für das nächste Jahrzehnt in den Mittelpunkt stellt. Investitionen in Milliardenhöhe bis zum Jahr 2040 sichern den Ausbau der Infrastruktur, die Umsetzung der Energiewende und die Entwicklung neuer Geschäftsfelder.

Strategie mit Zieljahr 2040

Unsere Strategie ist kein statisches Konzept, sondern ein flexibler Prozess, der auf Daten, Szenarien und integrierten Modellen basiert. In einem Marktmodell werden Preisprognosen und Szenarien für die Energiewende bis zum Jahr 2040 abgebildet. Anhand von Szenariomodellierungen können wir technologische Wechselzeitpunkte, wie den Übergang von Gas zu Fernwärme, basierend auf einer Gesamtkostenbetrachtung prognostizieren. Ergänzend wird durch ein strategisches Finanzmodell die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens simuliert. Diese integrierte Sicht ermöglicht es, Synergien zu nutzen und Risiken frühzeitig zu erkennen.

Bei der Entwicklung unserer Strategie wurden folgende Leitplanken gesetzt:

- **Kundenorientierung:** Die strategische Ausrichtung orientiert sich an den Kundenbedürfnissen.
- **Ergebnis sichern und steigern:** Ergebnissteigerung im vorgegebenen Rahmen ist zentral, um langfristige wirtschaftliche Stabilität und Investitionen zu gewährleisten.
- **Profitables Wachstum:** Fokus auf ertragsstarke Kern- und angrenzende Geschäftsfelder sowie die Entwicklung neuer profitabler Geschäftsmodelle.
- **Klimaneutralität 2040 für Scope 1 und 2:** Ziel bleibt die Dekarbonisierung unter Berücksichtigung eines realisierbaren Weges mit ausgewogenem Kosten-Nutzen-Verhältnis. Im Bereich Scope 3 ergreifen wir umfassende Maßnahmen zur Emissionsreduktion und begleiten unsere Kundinnen und Kunden aktiv bei der Umsetzung klimafreundlicher Lösungen. Die einzelnen Scopes sind im Kapitel „Nachhaltigkeit“ näher beschrieben.

Die Strategie definiert klare Prioritäten für unsere Geschäftsfelder. Jedes Geschäftsfeld trägt auf unterschiedliche Weise zur Umsetzung der Energiewende und zur wirtschaftlichen Stabilität des Unternehmens bei.

Strom- und Gasversorgung

Im Stromvertrieb entstehen neue Chancen durch den wachsenden Bedarf an Wärmeerzeugung und das Management flexibler Energiemengen. Das Gasgeschäft geht zwar zurück, bleibt aber noch eine längere Zeit relevant. Im Privatkundenbereich wurde das Portfolio um neue Potenziale wie Wärmestrom und Flexibilitätslösungen ergänzt. Im Geschäftskundenbereich werden verstärkt Power Purchase Agreement (PPA)-Verträge und ein Portfoliomanagement für große Kunden und Kundinnen angeboten. Digitalisierung und Automatisierung sind zentrale Erfolgsfaktoren zur Effizienzsteigerung und Transformation von Prozessen.

Auch der Energiehandel gewinnt strategisch an Bedeutung, insbesondere durch die zunehmende Flexibilität und Volatilität im Energiemarkt. Neue Geschäftsmodelle eröffnen zusätzliche Wertschöpfungspotenziale. Perspektivisch kann eine Skalierung der Handelsaktivi-

täten die Wettbewerbsfähigkeit sichern. Für den Energiehandel wurde ein langfristiges Zielbild entwickelt mit klar definierten Kernkompetenzen für die Zukunft, insbesondere im Bereich Bilanzkreismanagement und Flexibilitätsvermarktung.

Das Stromnetz ist das Rückgrat der Energiewende. Es muss massiv ausgebaut werden, um die Integration erneuerbarer Energien und die steigende Nachfrage durch Elektrifizierung wie durch Rechenzentren, Elektromobilität und Wärmepumpen zu bewältigen. Gleichzeitig bleibt das Gasnetz vorerst relevant, da Wasserstoff im Verteilnetz aktuell keine praktikable Lösung darstellt. Investitionspfade bis zum Jahr 2040 sind festgelegt und berücksichtigen sowohl die technische Machbarkeit als auch die wirtschaftliche Tragfähigkeit.

Erzeugung und Fernwärme

Fernwärme ist für uns ein zentrales Wachstumsfeld und treibt die Energiewende in Frankfurt voran. Der Ausbau kann durch klimafreundliche Technologien wie Großwärmepumpen, Geothermie und wasserstofffähige Kraftwerke erfolgen. Nahwärmelösungen können das Wärmeangebot in Frankfurt und im Umland gezielt ergänzen. Wirtschaftlichkeit und Förderungen sind entscheidend für die Umsetzung, da nicht alle Gebiete rentabel erschlossen werden können. Neben einem überarbeiteten Wachstumspfad für Fernwärme wurden auch konkrete Nahwärmepotenziale innerhalb Frankfurts und dem Umland identifiziert und bewertet. Damit erweitern wir unser Lösungsspektrum und stärken gezielt unsere lokale Wärmeversorgung.

Erneuerbare Energien/Energiedienstleistungen (EDL)

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist ein zentrales Wachstumsfeld für uns. Investitionen in Wind- und PV-Anlagen sichern den Zugang zu nachhaltigen Energien und langfristigen Erträgen. Zusätzlich gewinnen Speicherlösungen, vor allem Batteriespeicher in Kombination mit PV-Anlagen, zunehmend an Bedeutung. Wir haben konkrete Wachstumspfade für Wind und PV festgelegt und erstmals Batteriespeicher als strategisches Element in die Erzeugungsplanung integriert.

Die EDL-Strategie konzentriert sich auf das Kerngeschäft mit Fokus auf Elektromobilität und PV wie Mieterstrom im Raum Frankfurt und im Rhein-Main-Gebiet. Ergänzende Lösungen unterstützen unsere Kundschaft bei der Energiewende. Zudem eröffnen sie Wachstumschancen durch ein starkes Partnernetzwerk. Hohe

Effizienz ist entscheidend, da sich das EDL-Geschäft in einem stark umkämpften Markt bewegt. Wir haben unser Produktportfolio priorisiert und um neue Produkte im Privatkundenbereich wie Wärmepumpen und Wallboxen für Ein- und Zweifamilienhäuser ergänzt.

Beteiligungen

Wir haben uns auch mit der Zukunft unserer Beteiligungen auseinandergesetzt, denn unsere Beteiligungen leisten einen wichtigen Beitrag zum Unternehmenserfolg von Mainova. Sie ermöglichen den direkten Zugang zu neuen Märkten, Technologien und Kompetenzen. Das Beteiligungsportfolio wurde hinsichtlich finanzieller und strategischer Attraktivität, Risiken sowie potenzieller Eigenkapitalbedarfe analysiert und daraus wurden Handlungsoptionen abgeleitet.

Nachhaltigkeit

Als Unternehmen der kommunalen Daseinsvorsorge gehört es zu unserem Selbstverständnis, unserer Verantwortung für Frankfurt und für die Rhein-Main-Region gerecht zu werden. Nachhaltig zu wirtschaften, fair mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Geschäftspartnern und -partnerinnen umzugehen, soziale Verantwortung wahrzunehmen und uns für eine lebenswerte Region einzusetzen, sind feste Bestandteile unserer Haltung. Den Rahmen für unser unternehmerisches Handeln bildet unser Nachhaltigkeitsverständnis, bestehend aus den drei Dimensionen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung.

Vor dem Hintergrund veränderter Marktbedingungen hat Mainova im Geschäftsjahr 2025 die Unternehmensstrategie weiterentwickelt. Die Dekarbonisierung mit der Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 in Scope 1 und Scope 2 bleibt darin weiterhin das übergeordnete Ziel. Die Emissionen in Scope 1 umfassen im Wesentlichen die direkten Treibhausgasemissionen unserer eigenen Kraftwerke und Erzeugungsanlagen, insbesondere aus dem Einsatz von Brennstoffen. In Scope 2 werden die Stromnetzverluste sowie die indirekten, energiebezogenen Emissionen aus eingekauftem Strom und Fernwärme abgebildet, die in unseren Gebäuden und Anlagen verbraucht werden. Die Scope-3-Emissionen beinhalten die vor- und nachgelagerten Emissionen entlang der Wertschöpfungskette, insbesondere aus den Brennstoffeinsätzen in unseren Kraftwerken und den bereitgestellten Energieprodukten an unsere Kund-

schaft. Darüber hinaus sind auch die Scope-1- und Scope-2-Emissionen unserer nicht vollkonsolidierten Beteiligungen in Scope 3 inkludiert.

Verglichen mit dem Basisjahr 2024 haben wir das Ziel, die Emissionen für Scope 1 und 2 um 90 % zu reduzieren. Als Zwischenziel ist bis zum Jahr 2030 eine Reduktion in Höhe von 40 % geplant. Für die im Jahr 2040 voraussichtlich noch verbleibenden unvermeidbaren Restemissionen prüft Mainova derzeit verschiedene Optionen zum Ausgleich. Zudem haben wir für unsere Scope-3-Emissionen umfangreiche Reduktionsmaßnahmen festgelegt, wie die Vergrünung des Stromvertriebs, den Ausbau der Fernwärme sowie die Dekarbonisierung unserer Beteiligungen.

Mainova erkennt seine Verantwortung gegenüber seinen Mitarbeitenden an und hat diese Verantwortung fest in der Unternehmenskultur verankert. Mit verschiedenen Maßnahmen sollen Gesundheit, Sicherheit und Zufriedenheit der Belegschaft positiv beeinflusst und eine integrative sowie gerechte Arbeitskultur gefördert werden. Regelmäßige Angebote des betrieblichen Gesundheitsmanagements sowie Programme zur beruflichen Weiterentwicklung sehen wir als wichtige Grundpfeiler, um Gesundheit und Kompetenz unserer Mitarbeitenden zu gewährleisten und so deren Zufriedenheit zu fördern.

Als Unterzeichner des Global Compact der Vereinten Nationen haben wir uns zudem dazu verpflichtet, die Menschenrechte zu wahren, die Rechte von Arbeitnehmenden sowie deren Interessenvertretungen zu achten, die Umwelt zu schonen sowie Korruption und Bestechung zu bekämpfen. Weiterhin legt das für Mainova verpflichtend anzuwendende Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) fest, dass wir den Sorgfaltspflichten für die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltbelangen im eigenen Geschäftsbereich und in der Lieferkette nachkommen müssen. Zur Wahrung dieser Pflichten haben wir eine Menschenrechtspolicy sowie eine Grundsatzerklärung veröffentlicht.

Die Compliance-Kultur bei Mainova basiert auf Transparenz, Integrität und Verantwortung. Unsere Unternehmensrichtlinien sind darauf angelegt, gesetzliche Vorgaben einzuhalten und höchste ethische Standards zu wahren. Der Verhaltenskodex gibt Orientierung, vermittelt Wertevorstellungen und fördert eigenverantwortliches Handeln. Wir ermutigen alle Mitarbeitenden,

sich aktiv einzubringen und mögliche Verstöße zu melden. Dabei werden sie durch klare Richtlinien und vertrauliche Meldekanäle unterstützt.

Die Mainova AG ist als kapitalmarktorientiertes Unternehmen verpflichtet, gemäß dem Corporate Social Responsibility-Richtlinie-Umsetzungsgesetz (CSR-RUG) einen nichtfinanziellen Bericht zu erstellen. Da die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) noch nicht in deutsches Recht übernommen wurde, veröffentlicht Mainova diesen Bericht in Anlehnung an die European Sustainability Reporting Standards (ESRS) als eigenständiges Kapitel im Geschäftsbericht.

Gemäß § 171 Abs. 1 S. 4 Aktiengesetz (AktG) hat der Mainova-Aufsichtsrat den nichtfinanziellen Bericht im Hinblick auf dessen Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Zur Unterstützung hat der Aufsichtsrat die PKF Fasselt Partnerschaft mbH – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PKF) mit einer betriebswirtschaftlichen Prüfung nach dem International Standard on Assurance Engagements 3000 (ISAE 3000 Revised) zur Erlangung eines Vermerks über die Prüfung mit begrenzter Sicherheit („limited assurance“) beauftragt. Das Ergebnis dieser Prüfung hat PKF abschließend in einem Prüfvermerk zusammengefasst, der dem Geschäftsbericht beigelegt ist.

Für ausführliche Informationen zu unseren Nachhaltigkeitsaktivitäten verweisen wir auf den nichtfinanziellen Bericht für das Geschäftsjahr 2025 nach §§ 289b ff. HGB und § 315b bis 315c HGB sowie gemäß der Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 (EU-Taxonomieverordnung). Ab dem 30. April 2026 sind diese Dokumente im Internet unter www.mainova.de/nachhaltigkeit abrufbar.

Innovationen

Mit unseren zahlreichen dezentralen und klimaschonenden Energieversorgungslösungen tragen wir zusammen mit unseren Kundinnen und Kunden zu einer nachhaltigen Energiezukunft bei.

Ein Beispiel dafür ist unser Photovoltaik-Mieterstrommodell, bei dem wir Bewohner und Bewohnerinnen mit

direkt vor Ort erzeugter regenerativer Energie innerhalb des Wohnhauses versorgen. Dabei wird der auf den Dächern erzeugte Strom aus einer Photovoltaikanlage primär durch die Bewohnerinnen und Bewohner verbraucht und überschüssiger Strom in das öffentliche Netz eingespeist. Wird mehr Strom benötigt, erhalten die Kunden und Kundinnen diesen als Ökostrom aus dem Netz. Mit dieser innovativen Lösung sind wir einer der führenden Anbieter in Deutschland.

Ein weiterer Fokus wird auf die Erweiterung des Photovoltaikportfolios durch ein Vertragsmodell für den Strombezug von Geschäftskundschaft gelegt (OnSite PPA-Modell). Der Kunde oder die Kundin schließt mit Mainova einen Stromliefervertrag über den Direktverbrauch des Photovoltaikstroms ab, der die Errichtung und den Betrieb einer Photovoltaikanlage vor Ort durch Mainova beinhaltet. Damit profitiert die Kundschaft von der nachhaltigen Stromerzeugung, ohne eine eigene Investition tätigen zu müssen. Darüber hinaus gewährt das Modell langfristige Preisstabilität.

Im Privatkundenbereich haben insbesondere Ein- und Zweifamilienhausbesitzende vielfältige Möglichkeiten, ihre Energieversorgung effizienter und nachhaltiger zu gestalten, beispielsweise durch den Einsatz von Wärmepumpen, Photovoltaikanlagen, Stromspeichern oder Wallboxen. Für all diese Komponenten bieten wir passende Lösungen, die gemeinsam mit regionalen Handwerkspartnern umgesetzt werden. Ergänzt wird das Angebot durch abgestimmte Stromtarife wie den Autotarif oder den Wärmestromtarif speziell für Wärmepumpen. Durch einen dynamischen Stromtarif in Kombination mit einem intelligenten Energiemanagementsystem (Home Energy Management Systems, HEMS) wird das Portfolio weiter ausgebaut.

Getrieben durch politische Rahmenbedingungen, technologischen Fortschritt und ein wachsendes Umweltbewusstsein wächst der Markt für Elektromobilität dynamisch. Mit dem konsequenten Ausbau unserer Ladeinfrastruktur treiben wir die Mobilitätswende aktiv voran und leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von Emissionen. Im Jahr 2025 haben wir unser öffentliches Ladenetz auf 760 Ladepunkte erweitert – ein Teil davon als moderne Schnellladestationen, die das Laden deutlich effizienter und komfortabler machen. In Frankfurt erreichen wir damit einen Marktanteil von rund 30 %. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Standortqualität und Nutzerfreundlichkeit.

Unsere Ladepunkte befinden sich bevorzugt an Orten mit hoher Aufenthaltsqualität etwa in Parkhäusern, an Sportstätten oder in der Nähe von Gastronomie. Möglich wird dies durch die intensive Zusammenarbeit mit lokalen Partnern, darunter Unternehmen, Organisationen und kommunale Einrichtungen. Gemeinsam erschließen wir halböffentliche Flächen mit öffentlichem Zugang und schaffen attraktive Ladeangebote.

Auch im privaten Bereich wächst die Nachfrage nach integrierten Ladeinfrastrukturlösungen, dies ist insbesondere in Wohnquartieren spürbar. Wir arbeiten bei neuen Quartieren eng mit Projektentwicklern und Bauherren zusammen. Wir planen und realisieren die Basisinfrastruktur direkt in Tiefgaragen und Stellplatzanlagen und schaffen so zukunftsfähige Mobilitätslösungen.

Aus der zunehmenden Nachfrage nach intelligenter Vernetzung ergeben sich neue Geschäftsfelder. Als Infrastrukturbetreiber können wir uns als Lösungsanbieter für Smart City-Anwendungen in Frankfurt positionieren. Dabei geht es unter anderem um die durch die Digitalisierung getriebene Vernetzung von Infrastrukturen, Angeboten und Dienstleistungen. Zentraler Bestandteil ist ein stadtweites Funkdatennetz, ein Long Range Wide Area Network (LoRaWAN). Diese Technologie ermöglicht beispielsweise, geeignete Fernwärme- oder Wasserzähler in das Funkdatennetz zu integrieren und fernauszulesen. Dadurch lassen sich Kosten senken und Datenservices für die Kundschaft entwickeln. Außerhalb der Energie- und Wasserversorgung ist es zudem möglich, freie Parkplätze anzuzeigen und damit Verkehrsströme zu lenken oder die Bewässerung von Grünanlagen über Sensoren bedarfsgerecht zu steuern. Ferner könnten die Technologie und die daraus resultierenden Dienste zukünftig Dritten zur Verfügung gestellt werden. Ein Beispiel ist die Wohnungswirtschaft, für die wir Heizzentralen mithilfe von LoRaWAN fernüberwachen und Verbrauchsdaten visualisieren. Dies steigert die Effizienz beim Betrieb der Heizzentralen und erlaubt, auf Störmeldungen schneller zu reagieren.

Im Rahmen unserer strategischen Vision, die erste Wahl für innovative Energielösungen zu sein, haben wir unser Engagement im Bereich Submetering weiter ausgebaut. Mit unserem Tochterunternehmen, dem etablierten Messdienstleister Metera Messdienste, stärken wir gezielt unsere Präsenz im Raum Frankfurt, in Offen-

bach und im umliegenden Rhein-Main-Gebiet. Diese Partnerschaft ermöglicht es uns, unser Produktportfolio zu erweitern und unseren Kundinnen und Kunden ein noch umfassenderes Angebot an Dienstleistungen rund um die dezentrale Energieversorgung zu bieten. Die langjährige Erfahrung von Metera in der Region ergänzt unsere bestehende Expertise ideal und schafft neue Synergien. Durch die Kombination unserer Kompetenz in der Heizkostenabrechnung insbesondere mit unserem erfolgreichen Produkt „Mieterdirektabrechnung“ und der regionalen Stärke von Metera im Bereich Messdienstleistungen bauen wir unsere etablierten Prozesse weiter aus und formen ein leistungsstarkes Team. Gemeinsam treiben wir die Entwicklung innovativer Lösungen für die Wohnungswirtschaft voran und unterstützen unsere Kundschaft dabei, ihre Energieeffizienz nachhaltig zu steigern.

Im Projekt „Quartiere für eine nachhaltige Zukunft“ wurde die Zusammenarbeit mit renommierten Partnern im Jahr 2025 erfolgreich fortgesetzt. Ziel des Projekts ist es, die Verbreitung ganzheitlicher, nachhaltiger Quartierslösungen zu fördern und durch die Zusammenarbeit und das gemeinschaftliche Umsetzen von Projekten Synergieeffekte zu erzielen.

Steuerungssystem und Leistungsindikatoren

Zur Erreichung unserer strategischen und operativen Ziele ziehen wir konkrete Steuerungsgrößen heran, um den Erfolg unserer Maßnahmen zu messen. Die Basis bildet ein zuverlässiges und konsistentes Steuerungssystem, das die rollierende Mittelfristplanung, regelmäßige Forecasts und die monatliche Berichterstattung über die Zielerreichung vereint. Durch diesen Prozess erhalten wir frühzeitig Hinweise auf die

Geschäftsentwicklung und können angemessen agieren. Ein weiterer Bestandteil des Steuerungssystems ist die turnusmäßige Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung des Beteiligungsportfolios.

Unsere wesentlichen Steuerungsgrößen sind die im Folgenden beschriebenen Leistungsindikatoren, die auch in den Zielvereinbarungen des Vorstands und der Führungskräfte verankert sind. Bezüglich der Ausprägung der Leistungsindikatoren verweisen wir auf die Ausführungen im nachfolgenden Wirtschaftsbericht.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Unsere zentralen finanziellen Steuerungskennzahlen sind bezogen auf den Einzelabschluss das Ergebnis vor Ertragsteuern (Earnings Before Taxes, EBT) sowie bezogen auf den Konzern das um die Effekte aus der Marktbewertung von Derivaten bereinigte Konzern-EBT nach IFRS. Zudem wird regelmäßig das Konzern-EBT nach HGB an den Aufsichtsrat berichtet und stellt insofern eine Ergänzung zu den zentralen Steuerungskennzahlen dar. Im Rahmen des monatlichen Berichtswesens wird das EBT für die Segmente Strom-, Gas- und Wasserversorgung, Erzeugung und Fernwärme, Erneuerbare Energien/Energiedienstleistungen sowie Beteiligungen analysiert und mit den Verantwortlichen in einem regelmäßigen Turnus diskutiert. Ergänzend wird nach den Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Handel, Vertrieb, Netz und Sonstiges differenziert. Über die Ergebnisse der Analysen wird der Vorstand durch die monatliche Berichterstattung informiert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Entsprechend ihrer Steuerungsrelevanz stellen die Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit unsere bedeutenden nichtfinanziellen Leistungsindikatoren dar. Die Kundenzufriedenheit wird dreimal jährlich und die Mitarbeiterzufriedenheit alle zwei Jahre erhoben.

Wirtschaftsbericht

Rahmenbedingungen

Zahlreiche externe Einflussfaktoren wirken sich auf unseren Geschäftsverlauf aus. Bedeutsam für unsere Unternehmensentwicklung sind dabei insbesondere die Änderungen der politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen sowie die Entwicklung der Konjunktur und der Energiepreise.

Energiepolitik

Das Jahr 2025 stand bundespolitisch im Zeichen der vorgezogenen Neuwahl des Deutschen Bundestags am 23. Februar 2025 und der darauffolgenden Bildung einer neuen Bundesregierung. Im Verlauf des Jahres 2025 haben sich folgende energiepolitische Neuerungen auf europäischer und auf nationaler Ebene ergeben:

Clean Industrial Deal vorgestellt

Am 26. Februar 2025 stellte die Europäische Kommission den Clean Industrial Deal vor, mit dem die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gesichert und gleichzeitig die Dekarbonisierung vorangetrieben werden soll. Das Maßnahmenpaket umfasst insgesamt sechs zentrale Säulen. Die erste Säule stellt den Aktionsplan für erschwingliche Energie dar, der verschiedene Maßnahmen und Handlungsempfehlungen für die Mitgliedstaaten enthält. Dazu zählen neben der Senkung der Energiekosten die Vollendung der Energieunion, das Steigern von Investitionen und deren Umsetzung sowie die Vorbereitung auf potenzielle Energiekrisen. Die weiteren Säulen des Clean Industrial Deals sind die Schaffung von Leitmärkten für saubere Produkte, die Finanzierung der Energiewende, die Kreislauffähigkeit und der Zugang zu Rohstoffen, globale Märkte und internationale Partnerschaften sowie die Qualifizierung von Fachkräften.

Clean Industrial State Aid Framework verabschiedet

Am 25. Juni 2025 verabschiedete die Europäische Kommission mit dem Clean Industrial State Aid Framework einen Rahmen für staatliche Beihilfen zur Unterstützung des Clean Industrial Deals. Dieser ergänzt die bestehenden Klima-, Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien und soll durch weniger strenge Kompatibilitätskriterien und höhere Flexibilität zu schnelleren Beihilfegewährungen führen. Ziele sind die Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien, die Beschleunigung einer ver-

stärkten Nutzung kohlenstoffarmer Brennstoffe, die Förderung nicht fossiler Flexibilitäten, die (erleichterte) Förderung von Kapazitätsmechanismen nach einem Zielmodell sowie befristete Strompreisentlastungen für energieintensive Verbraucher. So sind auch Vorgaben für einen Industriestrompreis enthalten.

Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichterstattung und der unternehmerischen Sorgfaltspflichten

Am 9. Dezember 2025 wurde auf europäischer Ebene eine vorläufige Einigung auf überarbeitete Schwellenwerte in Bezug auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung nach den Regelungen der CSRD sowie für das europäische Lieferkettengesetz Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) erzielt. Diese sehen vor, dass die CSDDD Unternehmen betrifft, die mehr als 5.000 Beschäftigte haben und 1,5 Mrd. Euro Umsatzerlöse erzielen. Daraus folgt, dass Mainova nicht in den Anwenderkreis der CSDDD fällt. Die Schwellenwerte für die CSRD-Berichtspflicht wurde auf Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten und mehr als 450 Mio. Euro Umsatzerlösen festgelegt. Somit fällt Mainova in den Kreis der Unternehmen, die einen Nachhaltigkeitsbericht veröffentlichen müssen. Parallel zur Überarbeitung des Anwenderkreises wurde am 3. Dezember 2025 ein Entwurf zur Vereinfachung der umfangreichen CSRD-Berichtspflichten veröffentlicht. Der Entwurf sieht vereinfachte Standards und eine Verringerung der Anzahl der verpflichtenden Datenpunkte vor.

Für das Geschäftsjahr 2025 gilt jedoch weiterhin der bisherige deutsche Rechtsrahmen zur nichtfinanziellen Berichterstattung – das CSR-RUG. Unternehmen wird dabei die Option eingeräumt, den nichtfinanziellen Bericht bereits in Anlehnung an die CSRD-Regelungen zu erstellen. In Vorbereitung auf diese europäischen Regelungen hat Mainova von dieser Option bereits im Vorjahr Gebrauch gemacht und wendet diese auch für den Jahresabschluss 2025 an.

Anpassung der deutschen Füllstandsvorgaben für Gasspeicher

In Erwartung der flexibleren EU-Vorgaben wurden in Deutschland bereits vorab neue Zielvorgaben festgelegt. Am 30. April 2025 wurde die Verordnung zur Anpassung der Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen verabschiedet, mit der die Füllstandsvorgaben für die deutschen Gasspeicher angepasst wurden. Die Gasspeicherfüllstandsverordnung trat am 6. Mai 2025 in Kraft und tritt mit Ablauf des 31. März 2027 außer Kraft.

Verlängerung der EU-Gasspeicherverordnung

Am 11. September 2025 trat die Verlängerung der EU-Gasspeicherverordnung um zwei Jahre bis Ende 2027 in Kraft. Die Mitgliedstaaten müssen jedes Jahr grundsätzlich 90 % Gasspeicherbefüllung erreichen, haben dabei jedoch mehr Flexibilität unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf dem Gasmarkt. Zukünftig kann das Speicherziel zwischen dem 1. Oktober und dem 1. Dezember eines jeden Jahres erreicht werden. Die Zielvorgaben für die Befüllung der Gasspeicher werden als Richtwerte festgelegt, sofern die Mitgliedstaaten nichts anderes beschließen. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten bei schwierigen Marktbedingungen oder technischen Zwängen mehr Flexibilität bei der Zielerreichung.

Vermeidung von temporären Erzeugungsüberschüssen und Verbesserungen beim Smart-Meter-Rollout

Das Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Vermeidung von temporären Erzeugungsüberschüssen trat am 25. Februar 2025 in Kraft. Mit der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) wurden Vorgaben zur Steuerbarkeit aller Anlagen ab 7 Kilowatt (kW) eingeführt, die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bei negativen Preisen abgeschafft, die Direktvermarktung vereinfacht, flexible Netzanschlussvereinbarungen ermöglicht und der Smart-Meter-Rollout für Messstellenbetreiber durch höhere Preisobergrenzen wirtschaftlicher gestaltet.

Verlängerung der KWKG-Förderung

Das Gesetz zur Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) und der Kraft-Wärme-Kopplungs-(KWK-)Ausschreibungsverordnung trat am 1. April 2025 in Kraft. Mit der KWKG-Novelle wurde die Förderung für neue KWK-Anlagen, Wärmenetze und -speicher verlängert, indem bis Ende 2026 – anders als bislang – nicht die Inbetriebnahme, sondern nur die Genehmigung gemäß dem Bundes-Immissionsschutzgesetz beziehungsweise verbindliche Bestellung oder Beauftragung erfolgen muss. Davon profitieren wir bei unserem Kohleersatzprojekt, dem geplanten Wärmespeicher und dem Ausbau der Fernwärme.

Ausweitung des Treibhausgas-Emissionshandels

Das Gesetz zur Anpassung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes (TEHG) an die Änderung der Richtlinie 2003/87/EG trat am 6. März 2025 in Kraft.

Mit dem TEHG-Europarechtsanpassungsgesetz 2024 werden europarechtlich gebotene Änderungen im bestehenden Emissionshandel umgesetzt. Darüber hinaus wird ein europäischer Brennstoffemissionshandel ähnlich dem bestehenden nationalen Brennstoffemissionshandelsgesetz eingeführt.

Flexibilisierung von Biogasanlagen und Sicherung der Anschlussförderung

Das Gesetz zur Änderung des EEG zur Flexibilisierung von Biogasanlagen und Sicherung der Anschlussförderung trat am 25. Februar 2025 in Kraft. Ziel der Regelungen ist es, Anreize zur Flexibilisierung von Biogasanlagen zu setzen und den Biogasbestandsanlagen Planungssicherheit für eine Anschlussförderung zu geben. Mit der EEG-Novelle wurde ein neues Fördermodell eingeführt, das die flexible Fahrweise von Biogasanlagen anreizen soll.

Mehr Steuerung und Akzeptanz beim Windenergieausbau

Das Gesetz für mehr Steuerung und Akzeptanz beim Windenergieausbau (WindEAG) trat am 28. Februar 2025 in Kraft. Das Gesetz ändert die Regelungen zum Bau von Windenergieanlagen im Hinblick auf die Erteilung von Vorbescheiden im Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG). Dabei wurde festgelegt, dass ein berechtigtes Interesse hieran nur bei Vorhaben besteht, die innerhalb von ausgewiesenen Windenergiegebieten oder in Aufstellung befindlichen Windenergiegebieten liegen oder es sich um Anlagen handelt, die modernisiert werden (Repowering).

Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität geschaffen

Mit einer Grundgesetzänderung im März 2025 wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, ein Sondervermögen von 500 Mrd. Euro für zusätzliche kreditfinanzierte Investitionen in die Infrastruktur und zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 einzurichten. Die Umsetzung erfolgte mit dem Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität, das rückwirkend zum 1. Januar 2025 in Kraft trat. Das Gesetz sieht vor, dass aus dem Sondervermögen zusätzliche Investitionen des Bundes unter anderem in die Energieinfrastruktur finanziert werden. Darüber hinaus erhält der Klima- und Transformationsfonds aus dem Sondervermögen Zuführungen von insgesamt 100 Mrd. Euro.

Den Ländern stehen aus dem Sondervermögen bis zu 100 Mrd. Euro für Investitionen in ihre Infrastruktur zur Verfügung. Die wesentlichen Einzelheiten des für Länder und Kommunen vorgesehenen Anteils am Sondervermögen werden im Gesetz zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen geregelt, das am 24. Oktober 2025 in Kraft trat. Die Verteilung der Mittel unter den Ländern erfolgt in Anlehnung an den Königsteiner Schlüssel, wobei für Hessen rund 7,4 Mrd. Euro vorgesehen sind. Die Mittel werden für Sachinvestitionen unter anderem auch in die Energie- und Wärmeinfrastruktur bereitgestellt.

Umsetzung der RED III in den Bereichen Windenergie an Land und See, Stromnetze sowie Photovoltaik

Am 15. August 2025 trat ein Gesetz zur Umsetzung von Vorgaben der novellierten Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren in Kraft. Dazu werden Verfahrenserleichterungen im Rahmen von Beschleunigungsgebieten eingeführt. Neu geregelt wird die Einschränkung des überragenden öffentlichen Interesses für den Ausbau der Windenergie in Gebieten außerhalb von Windenergiegebieten, wenn die Flächenziele der jeweiligen Bundesländer erfüllt sind.

Auch das Gesetz zur Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze trat am 23. Dezember 2025 in Kraft. Damit wurden die planungs- und genehmigungsrechtlichen Bestimmungen der novellierten RED III in den Bereichen Windenergie auf See sowie Stromnetze umgesetzt. Im Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG) soll der Flächenentwicklungsplan künftig Beschleunigungsflächen festlegen.

Fortführung der Stromsteuerentlastung und Anpassungen im Energie- und Stromsteuerrecht

Das Dritte Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes trat am 1. Januar 2026 in Kraft. Das Gesetz verstetigt die Stromsteuerentlastung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft auf den EU-Mindeststeuersatz. Eine Entlastung für sämtliche Verbraucher und Verbraucherinnen ist nicht enthalten. Zudem wurden das Strom- und Energiesteuerrecht an neue EU-Vorgaben angepasst und die Weichen für eine einfache Integration der E-Mobilität sowie der technologieoffenen Speicherung von Strom gestellt.

Abschaffung der Gasspeicherumlage zum Jahresende 2025

Das Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes sowie zur Änderung des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes trat am 28. November 2025 in Kraft. Damit wurde die Gasspeicherumlage zum Ende des Jahres 2025 abgeschafft. Konkret sieht das Gesetz vor, die zum 31. Dezember 2025 noch offene negative Differenz auf dem Gasspeicherumlagekonto des Marktgebietsverantwortlichen Trading Hub Europe GmbH auszugleichen und für etwaige Maßnahmen des Marktgebietsverantwortlichen ab dem 1. Januar 2026 eine neue Systematik anstelle des Umlageverfahrens einzuführen, die die künftige Finanzierung für die Gasspeicherbefüllung durch den Bund sicherstellt.

Bewertung von Treibhausgaseinsparungen durch kohlenstoffarme Brennstoffe

Am 11. Dezember 2025 trat der Delegierte Rechtsakt der Europäischen Kommission über die Methodik zur Bewertung von Treibhausgaseinsparungen durch kohlenstoffarme Brennstoffe in Kraft. Kohlenstoffarme Brennstoffe müssen mindestens 70 % Treibhausgaseinsparung gegenüber fossilen Brennstoffen aufweisen. Dabei werden die Lebenszyklus-Emissionen, also auch indirekte Emissionen, miteinbezogen. Erstmals wurden Regelungen für pyrolysebasierten Wasserstoff geschaffen. Zudem kann der biogene Anteil bei Wasserstoff aus teilweise biogenen Quellen vorrangig angerechnet werden.

Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten für das Jahr 2026

Das Gesetz für einen Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten für das Jahr 2026 trat am 12. Dezember 2025 in Kraft. Um die Kostenbelastungen der Netznutzer und -nutzerinnen durch die Übertragungsnetzentgelte im Jahr 2026 zu dämpfen, erhalten die Übertragungsnetzbetreiber einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 6,5 Mrd. Euro. Dadurch sollen die Kostenbelastungen der Stromkunden und -kundinnen aus den Netzentgelten und damit auch deren Strombezugskosten insgesamt in entsprechendem Umfang gedämpft werden.

EnWG-Novelle stärkt den Verbraucherschutz

Am 23. Dezember 2025 trat das Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Ver-

braucherschutzes im Energiebereich sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften in Kraft. Diese EnWG-Novelle setzt Regelungen der novellierten Strombinnenmarkttrichtlinie zur Stärkung des Verbraucherschutzes in nationales Recht um und nimmt verschiedene weitere Änderungen vor. Künftig liegen Energiespeicher im überragenden öffentlichen Interesse. Hinsichtlich der Digitalisierung beim Netzzugang wird eine gemeinsame Internetplattform geschaffen, daneben wird Energy Sharing unter Nutzung des Netzes der allgemeinen Versorgung ermöglicht und der Lieferantenwechsel innerhalb von 24 Stunden von Strom auf Gas und Wasserstoff ausgedehnt. Zudem wurde das Verfahren zur Unterbrechung der Energieversorgung bei Zahlungsverzug von Haushaltskunden und -kundinnen neu geregelt und es wurden neue Informationspflichten im Rahmen der Sperrandrohung eingeführt. Für Kundenanlagen wurde eine dreijährige Übergangsfrist eingeführt, sodass Bestandsanlagen vorerst regulatorisch nicht als Energienetze behandelt werden.

Beschleunigter Ausbau von Geothermie und Wärmeinfrastruktur

Das Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermieanlagen, Wärmepumpen und -speichern und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung sowie zur Änderung des Baugesetzbuches und zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes trat am 23. Dezember 2025 in Kraft. Ziel des Geothermie-Beschleunigungsgesetzes (GeoBG) ist es, EU-Vorgaben umzusetzen und damit den Ausbau von Geothermieanlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern zu vereinfachen und zu beschleunigen. Dies erfolgt unter anderem durch die Verankerung des Grundsatzes des überragenden öffentlichen Interesses für Anlagen zur Aufsuchung oder Gewinnung von Geothermie sowie für Wärmepumpen und Wärmespeicher bei behörd-

lichen Abwägungen. Daneben ist eine Vereinfachung und Verkürzung verwaltungsrechtlicher Verfahren für die Zulassung von Geothermieanlagen, Wärmepumpen, Wärmespeichern sowie Wärme- und Kälteleitungen inklusive ihrer Nebenanlagen enthalten.

EU-Klimaziel für 2040 festgelegt

Am 10. Dezember erzielten die Europäische Kommission, der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament eine Einigung zur Festlegung eines Klimazwischenziels für 2040. Demnach soll in der EU bis 2040 eine Einsparung von 90 % Netto-Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 erreicht werden. Dabei sind verschiedene Flexibilitätsmechanismen vorgesehen. Insbesondere sollen bis zu 5 Prozentpunkte der Emissionseinsparungen über internationale Treibhausgasgutschriften von Drittstaaten außerhalb der EU erreicht werden können. Darüber hinaus einigten sich die europäischen Institutionen darauf, den Start des neuen EU-Emissionshandels für Gebäude und Verkehr um ein Jahr auf das Jahr 2028 zu verschieben.

Konjunkturelle Entwicklung

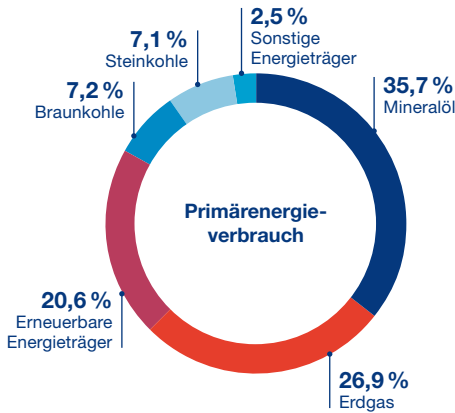
Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 4. Quartal 2025 gegenüber dem 3. Quartal 2025 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,3 % gestiegen. Vor allem die privaten und die staatlichen Konsumausgaben nahmen zu. Damit beendete die deutsche Wirtschaft das insbesondere für den Außenhandel turbulente Jahr 2025 im Plus. Das preis- und kalenderbereinigte BIP stieg im Jahr 2025 insgesamt ebenfalls um 0,3 % an.

Entwicklung des Primärenergieverbrauchs

Auf Basis vorläufiger Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen wird der Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2025 stagnieren oder sogar um etwa 0,1 % leicht fallen. Er belief sich auf 360,1 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten.

Der Primärenergieverbrauch verteilte sich in Deutschland im Jahr 2025 wie folgt:

002 Primärenergieverbrauch



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V., Berlin

Wie in den Vorjahren entfiel über die Hälfte des nationalen Energiemix auf Mineralöl und Erdgas. Während der Anteil an Mineralöl im Vorjahresvergleich um 0,8 Prozentpunkte gesunken ist, ist der Anteil an Erdgas vor allem witterungsbedingt um 0,9 Prozentpunkte gestiegen. Die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien um 0,8 Prozentpunkte entfiel ausschließlich auf die Steigerung der Solarstromproduktion. Der Anteil von Braun- und Steinkohle ist um 0,6 Prozentpunkte gesunken.

Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

Die Energiepreise (Frontjahreskontrakte) für Gas, Kohle und Strom sind an den Großhandelsmärkten im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr gesunken, dagegen verzeichnete der Preis für ein Europäisches Emissionsrecht (EUA) Wertsteigerungen. Der Preisverlauf am Strom- und Kohlemarkt wurde maßgeblich von den fundamentalen Rahmenbedingungen am Gasmarkt, die zu einer entspannten Versorgungslage in Europa führten, determiniert. Darüber hinaus wirkten sich Nachrichten

zur Geopolitik und zur Wirtschaftsentwicklung auf die Energiepreisverläufe aus.

Der Preis für den Frontjahreskontrakt *Kohle* (API2) in der ARA-Region (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) fiel im Vergleich zum Vorjahresende um 18,6 % auf 95,20 US-Dollar pro Tonne. Der Durchschnittspreis im Jahr 2025 fiel um 7,8 % auf 105,81 US-Dollar pro Tonne.

Die Preisentwicklung für Kraftwerkskohle orientierte sich aufgrund der Möglichkeit des Brennstoffwechsels seitens der Kraftwerksbetreiber nicht unwesentlich am Verlauf der Gaspreise. Daneben wurden die Preise im ersten Quartal aufgrund eines höheren Einsatzes von Kohle zur Stromerzeugung gestützt, was unter anderem auf die kühle Witterung und die vergleichsweise niedrige Stromerzeugung von Windkraftanlagen zurückzuführen war. Der Preisrückgang im späteren Jahresverlauf erfolgte dann im Einklang mit der allgemeinen Preisentwicklung am Energiemarkt sowie einer zufriedenstellenden Versorgungslage mit Kohle im europäischen Raum.

003 Preisentwicklung Kohle 2025

Kohlepreis in USD pro Tonne

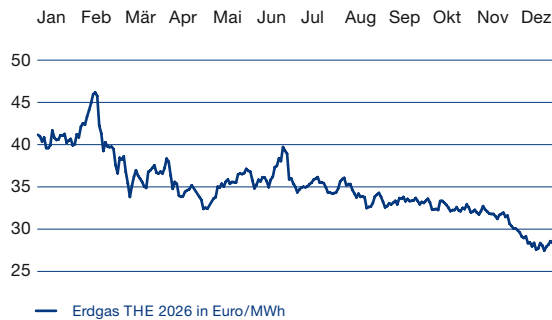


Der Preis für *Erdgas* im Marktgebiet der THE (Trading Hub Europe) für das folgende Lieferjahr nahm im Vergleich zum Jahresende 2024 um 39,4 % ab und belief sich zum Jahreswechsel 2025/2026 auf 29,03 Euro pro Megawattstunde (MWh). Der Durchschnittspreis fiel im Vergleich zum Vorjahr um 7,3 % auf 35,02 Euro pro MWh.

Die kühle Witterung zu Jahresbeginn verbunden mit niedrigen Speicherfüllständen sowie das Ende der Gasimporte aus Russland über die Ukraine führten zu einem Anstieg der Notierungen bis Mitte Februar. Im weiteren Verlauf des ersten Quartals folgten Preisrückgänge aufgrund von steigenden Flüssigerdgas-(LNG-)Importen nach Europa, begünstigt von einer gedämpften LNG-Nachfrage in Asien sowie Überlegungen, die Vorgaben für die Speicherfüllstände in der EU zu lockern. Im Frühjahr und in den Sommermonaten bestimmten immer wieder Meldungen zur Entwicklung in den geopolitischen Konfliktregionen sowie zum Thema US-Handelszölle die Preisentwicklung. Im vierten Quartal führten die anhaltend gute Versorgungslage sowie die Aussicht auf ein global höheres LNG-Angebot im Jahr 2026 zu erneuten Preisrückgängen, die bis Mitte Dezember anhielten.

004 Preisentwicklung Gas 2025

Gaspreis in Euro pro MWh



Die Notierungen für ein Europäisches *Emissionsrecht* (EU-Allowances, EUA) erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Der Wert des Frontjahreskontrakts stieg im Durchschnitt um 11,7 % und betrug im Jahresmittel 76,86 Euro pro Tonne. Zum Jahresende handelte der Kontrakt bei 87,26 Euro pro Tonne, was einem Anstieg von 21,3 % im Vergleich zum Vorjahresende entspricht.

Der Preisanstieg wurde einerseits maßgeblich angebotsseitig durch eine weitere Reduzierung der Auktionsmenge im laufenden Jahr und andererseits durch das Auslaufen des Frontloadings im kommenden Jahr begünstigt. Darüber hinaus dürfte ein verstärktes Kaufinteresse seitens der Investmentfonds den Preisanstieg unterstützt haben. Auf der Nachfrageseite wurden die Preise unter anderem von der Aussicht auf

eine mittel- bis langfristige Erholung der Konjunktur in Europa unterstützt.

005 Preisentwicklung CO₂-Emissionsrechte 2025

Preis der CO₂-Emissionsrechte in Euro pro Tonne

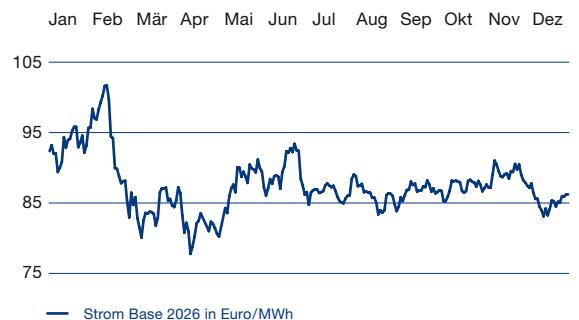


Basierend auf dem Verlauf der Brennstoff- und Emissionshandelspreise entwickelte sich der Preis für *Grundlaststrom* für das Frontjahr 2026. Die Notierung fiel im Vergleich zum Vorjahresende um 13,1 % auf 85,38 Euro pro MWh. Der durchschnittliche Preis lag dagegen nur leicht um 1,4 % unter dem Vorjahresniveau und betrug 87,44 Euro pro MWh.

Der Preisrückgang war vor allem auf die Verluste bei den Brennstoffen zurückzuführen, allerdings wurde dieser durch die steigenden EUA-Werte erheblich abgebremst. Beeinflusst wurde die Entwicklung auch vom Spotpreisniveau, das im Jahresdurchschnitt etwa 90,00 Euro pro MWh betrug und damit im Vergleich zum Vorjahr etwa 10 Euro pro MWh höher lag. Dieser Anstieg war vor allem auf hohe Notierungen im ersten Quartal, bedingt durch eine relativ niedrige Windkraft-erzeugung, zurückzuführen.

006 Preisentwicklung Strom 2025

Strompreis in Euro pro MWh



Geschäftsverlauf des Konzerns

Gesamtaussage des Vorstands

Die Energiebranche befindet sich in einer tiefgreifenden strukturellen Transformation. Globale Trends wie die fortschreitende Elektrifizierung von Industrie, Haushalten und Mobilität führen zu einem deutlichen Anstieg der Stromnachfrage. Gleichzeitig beeinflussen geopolitische und regulatorische Unsicherheiten die Preisentwicklung auf den Energiemärkten. Vor diesem Hintergrund sind Energieunternehmen gefordert, ihre Geschäftsmodelle weiterzuentwickeln und gezielt in zukunftsfähige Infrastruktur zu investieren. Im Fokus stehen der Ausbau von Fernwärme- und Stromnetzen, die Umstellung konventioneller Erzeugungsanlagen auf klimafreundliche Technologien sowie die Digitalisierung von Prozessen und Netzen.

Diese Entwicklungen führten dazu, dass auch bei uns das Investitionsvolumen im Jahr 2025 mit über 450 Mio. Euro weiterhin auf einem sehr hohen Niveau lag. Neben dem fortschreitenden Ausbau des Stromnetzes wurden insbesondere der Ersatz unserer Kohlekraftwerke durch zwei klimafreundliche Gaskraftwerksneubauten sowie der Neubau des hocheffizienten Gaskraftwerks in Hanau vorangetrieben. Beide Kraftwerke sollen im Jahr 2026 in Betrieb gehen. Im Zusammenhang mit den hohen Investitionen wurde im Jahr 2025 die zweite Tranche der im Jahr 2023 beschlossenen Kapitalerhöhung in Höhe von 300 Mio. Euro umgesetzt.

Insgesamt konnten wir das Geschäftsjahr 2025 mit einer Steigerung des bereinigten EBT um 36,0 Mio. Euro auf 252,4 Mio. Euro abschließen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Vorjahresergebnis maßgeblich durch einen Anteilsverkauf sowie durch außerordentlich hohe Ergebnisbeiträge aus Beteiligungen positiv beeinflusst war, ist der Ergebnisanstieg positiv zu werten. Vor allem das operative Geschäft in den Segmenten Strom- und Gasversorgung sowie Erzeugung und Fernwärme haben dazu beigetragen.

Zukünftig gehen wir weiterhin von einem intensiven Wettbewerb im Energiemarkt aus. Sinkende Energiepreise und die zunehmende Präsenz kurzfristig agierender Anbieter führen zu steigendem Margendruck. In diesem Umfeld haben Kundenbindung, Servicequalität und eine effiziente Abrechnung eine hohe Bedeutung.

Absatz

Der Absatz hat sich wie folgt entwickelt:

007 Absatz

	Einheit	2025	2024	Veränderung in %
Stromverkauf	Mio. kWh	5.886	5.933	-0,8
Gasverkauf	Mio. kWh	7.681	8.378	-8,3
Wärme-/Kälteverkauf	Mio. kWh	2.018	1.916	5,3
Wasserverkauf	Mio. m³	46,4	45,5	2,0
Stromhandel	Mio. kWh	8.063	10.051	-19,8
Gashandel	Mio. kWh	5.151	7.118	-27,6

Während sich die Absatzmengen im Stromverkauf in etwa auf dem Vorjahresniveau bewegen, war im Gasverkauf ein Absatzzrückgang durch eine geringere Kundenanzahl bei Energiepartnern und Geschäftskundschaft zu verzeichnen. Der Anstieg des Wärmeabsatzes ist im Wesentlichen auf eine kältere Witterung zurückzuführen. Der leichte Absatzanstieg im Wasserverkauf entfällt sowohl auf Haushalts- als auch auf Geschäftskundschaft. Durch eine optimierte Portfoliostrukturierung reduzierten sich die gehandelten Strom- und Gas-mengen.

Erzeugungsmengen

Im Geschäftsjahr 2025 haben wir in unseren Anlagen folgende Mengen erzeugt:

008 Erzeugungsmengen

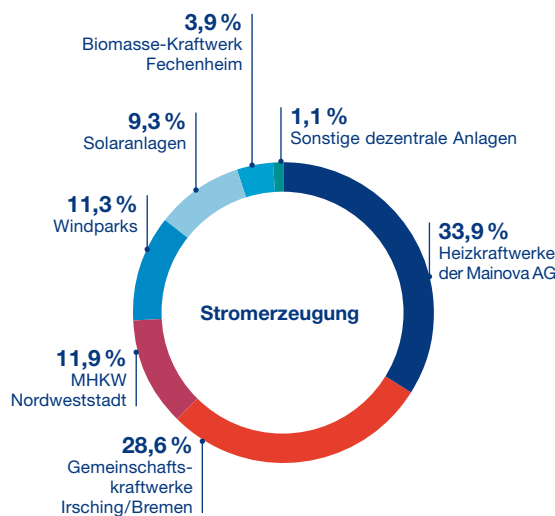
Mio. kWh	2025	2024	Veränderung in %
Mainova			
Wärme/Kälte	1.637	1.603	2,1
Strom	755	1.033	-26,9
Beteiligungen			
Wärme/Kälte	547	443	23,5
Strom	754	613	23,0

Die Wärmeerzeugungsmengen von Mainova lagen witterungsbedingt über dem Vorjahresniveau. Mit den Kraftwerken von Mainova wurde marktpreisbedingt

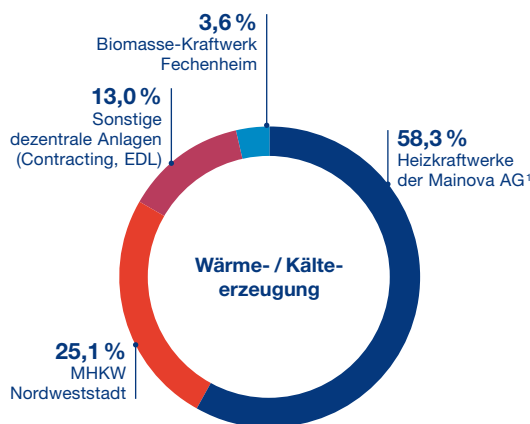
weniger Strom erzeugt. Der Anstieg der Wärmeerzeugung der Beteiligungen entfällt auf das Müllheizkraftwerk (MHKW) Nordweststadt und resultiert aus einer höheren Verfügbarkeit bei gleichzeitig kälterer Witterung. Der Anstieg der Stromerzeugungsmengen bei den Beteiligungen ist auf höhere Mengen aus den Gemeinschaftskraftwerken in Bremen und Irsching sowie dem Solarpark Boitzenburger Land zurückzuführen.

Die folgenden Darstellungen zeigen den prozentualen Anteil der Kraftwerke an der Strom- und Wärmeerzeugung:

009 **Stromerzeugung**



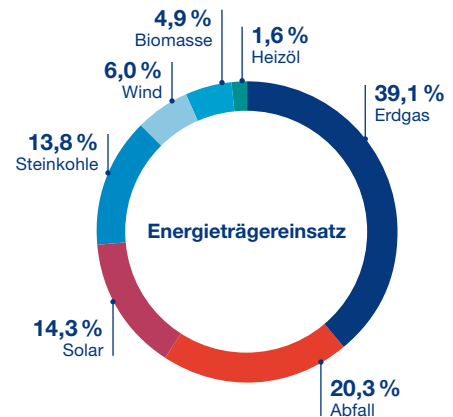
010 **Wärme-/Kälteerzeugung**



1 Inklusive Heiz-/Kältewerk

Der Energieträgereinsatz der Kraftwerke stellte sich wie folgt dar:

011 **Energieträgereinsatz**



Ertragslage des Konzerns

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist maßgeblich durch die Stichtagsbewertung von derivativen Finanzinstrumenten geprägt. Die Bilanzierungsvorschriften nach IFRS 9 führten zu signifikanten Auswirkungen auf einzelne Positionen. Die unbereinigten Ergebnisse unterliegen daher einer hohen Volatilität und entsprechen nicht den tatsächlich realisierten Ergebnissen aus unseren Beschaffungs- und Absatzgeschäften. Diese Geschäfte stehen in einem wirtschaftlichen Zusammenhang, der durch die erforderliche Marktbewertung einzelner Geschäfte nicht entsprechend abgebildet wird. Dies führt zu Verwerfungen zwischen einzelnen Perioden und erschwert eine Vergleichbarkeit der Geschäftsjahre. Daher werden Effekte aus der Stichtagsbewertung von derivativen Finanzinstrumenten für Zwecke der Abschlussanalyse bereinigt. Darüber hinaus erfolgen keine weiteren Bereinigungen.

Das um die stichtagsbezogene Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten nach IFRS 9 bereinigte EBT lag bei 252,4 Mio. Euro (Vorjahr 216,4 Mio. Euro). Ohne Bereinigung belief sich das EBT auf 83,6 Mio. Euro (Vorjahr 363,3 Mio. Euro). Hierbei wird für bereits abgeschlossene Geschäfte der kontrahierte Preis dem Marktpreis gegenübergestellt.

Das bereinigte EBT nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

012 Bereinigte Segmentergebnisse

Mio. €	2025	2024	Veränderung
Stromversorgung	70,6	30,9	39,7
Gasversorgung	72,3	5,8	66,5
Erzeugung und Fernwärme	50,9	4,6	46,3
Erneuerbare Energien/ Energiedienstleistungen	-8,3	-3,0	-5,3
Wasserversorgung	3,1	7,2	-4,1
Beteiligungen	90,1	117,8	-27,7
Sonstige Aktivitäten/ Konsolidierung	-26,3	53,1	-79,4
	252,4	216,4	36,0

Insgesamt ist das Jahr 2025 von einem stabilen Marktumfeld, gesunkenen Energiepreisen und einer ausgewogenen Witterung geprägt, sodass wir ein Ergebnis deutlich über dem Vorjahresniveau und unserer Erwartung erzielen konnten.

In der Stromversorgung lag das Ergebnis deutlich über unseren Erwartungen. Dabei konnte das Ergebnis aus dem operativen Geschäft im Vertrieb deutlich gesteigert werden. Auch der Handel konnte durch eine Optimierung des Portfolios zum höheren Ergebnis beitragen. Im Netzgeschäft wirkten sich gestiegene Erlöse positiv aus. Diese wurden jedoch zum Teil durch Kostensteigerungen kompensiert. Die Wertberichtigungen auf Forderungen und Forderungsausfälle bewegten sich unter anderem aufgrund der durch die allgemeine wirtschaftliche Lage vermehrten Insolvenzen weiterhin auf einem hohen Niveau.

Wie erwartet konnte im Segment Gasversorgung eine deutliche Ergebnisverbesserung erzielt werden, die auf das Vertriebs- und Netzgeschäft entfiel. Das operative Vertriebsgeschäft verbesserte sich aufgrund stabiler

Energiemärkte und Witterungsverhältnisse sowie durch gesunkene Beschaffungskosten. Außerdem machte sich insbesondere der Wegfall von witterungsbedingten Spoteffekten bemerkbar, die das Vorjahr stark belastet hatten. Die Ergebnisverbesserung im Netz war auf geänderte regulatorische Rahmenbedingungen zurückzuführen.

Im Segment Erzeugung und Fernwärme entfiel der erwartete deutliche Ergebnisanstieg zum einen auf witterungsbedingt höhere Absatzmengen und eine Preisanpassung. Zum anderen konnten positive Beiträge aus Emissionszertifikaten sowie aus der Vermarktung der Leistung unserer Kraftwerksbeteiligungen erzielt werden. Darüber hinaus waren im Vorjahr höhere Aufwendungen für Wertminderungen auf Gaskraftwerke enthalten.

Im Segment Erneuerbare Energien/Energiedienstleistungen konnte der geplante Ergebnisanstieg nicht realisiert werden. Dies war auf erneut hohe Wertberichtigungen zurückzuführen. Diese entfielen im Wesentlichen auf unser Geschäftsfeld der PV-Projektentwicklung, das darüber hinaus auch einen geringeren Ergebnisbeitrag leistete. Dem steht ein verbessertes Ergebnis im Contracting sowie aus unserem Biomassekraftwerk gegenüber.

Im Segment Wasserversorgung konnten gestiegene Absatzmengen und Preisanpassungen nicht die höheren Bezugskosten und Gemeinkostensteigerungen kompensieren. Dadurch lag das Ergebnis unter den Erwartungen.

Der erwartete deutliche Rückgang des Ergebnisses im Segment Beteiligungen resultierte im Wesentlichen aus geringeren Ergebnissen einzelner Beteiligungen.

Das Ergebnis im Segment Sonstige Aktivitäten/Konsolidierung reduzierte sich wie erwartet insbesondere durch die im Vorjahr enthaltenen Erträge aus dem Verkauf von 50,1 % der Anteile an der Mainova WebHouse GmbH.

Nachfolgend wird die Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt:

013 Bereinigungen in der Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. €	2025		2024		Veränderung
	unbereinigt	bereinigt	unbereinigt	bereinigt	bereinigt
Umsatzerlöse	3.857,6	4.115,5	3.857,5	4.448,8	-333,3
Bestandsveränderungen	-17,7	-17,7	7,3	7,3	-25,0
Andere aktivierte Eigenleistungen	55,2	55,2	34,4	34,4	20,8
Sonstige betriebliche Erträge	290,2	28,5	544,1	135,2	-106,7
Materialaufwand	3.095,9	3.266,6	3.172,0	3.785,9	-519,3
Personalaufwand	339,2	339,2	316,6	316,6	22,6
Abschreibungen und Wertminderungen	136,1	136,1	125,3	125,3	10,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	623,0	272,5	540,0	253,7	18,8
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	92,4	85,2	100,0	98,3	-13,1
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)	83,5	252,3	389,4	242,5	9,8
Finanzerträge	22,0	22,0	13,2	13,2	8,8
Finanzaufwendungen	21,9	21,9	39,3	39,3	-17,4
Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)	83,6	252,4	363,3	216,4	36,0

Nachfolgend werden die bereinigten Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert. Die Umsatzerlöse stellen sich wie folgt dar:

014 Umsatzerlöse

Mio. €	2025	2024	Veränderung
Stromverkauf	1.161,8	1.328,5	-166,7
Gasverkauf	705,2	727,0	-21,8
Wärme-/Kälteverkauf	292,7	271,4	21,3
Wasserverkauf	108,1	101,6	6,5
Handel	1.151,8	1.391,1	-239,3
Netzentgelte	321,5	252,6	68,9
Sonstige	374,4	376,6	-2,2
	4.115,5	4.448,8	-333,3

Die Veränderung im Stromverkauf war im Wesentlichen auf Preisrückgänge vor allem im Individualkundengeschäft zurückzuführen. Eine geringere Kundenanzahl bei Energiepartnern und Geschäftskunden und -kundinnen belastete die Umsatzerlöse im Gasverkauf. Demgegenüber wirkten Neukunden und -kundinnen im Individualkundengeschäft teilweise kompensierend.

Der Umsatzanstieg aus dem Wärmegeschäft resultierte im Wesentlichen aus dem zum 1. Juli 2025 eingeführten neuen Preissystem sowie höheren Absatzmengen. Die Wassere Erlöse erhöhten sich insbesondere aufgrund von Preisanpassungen. Die Handelserlöse reduzierten sich im Wesentlichen mengenbedingt. Die Netzentgelte erhöhten sich regulatorisch bedingt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzierten sich aufgrund der im Vorjahr enthaltenen Erträge aus dem Verkauf von 50,1 % der Anteile an der Mainova Web-House GmbH.

Der Materialaufwand verringerte sich nahezu vollständig durch rückläufige Strom- und Gasbezugskosten. Das Vorjahr war unter anderem durch hohe Spotkosten geprägt. Gegenläufig waren gestiegene vorgelagerte Netzkosten sowie ein leichter Anstieg der Aufwendungen für Emissionszertifikate zu verzeichnen.

Die Veränderung des Personalaufwands war insbesondere auf Tarifierpassungen sowie auf einen Anstieg des Personalbestands zurückzuführen.

Die Abschreibungen erhöhten sich investitionsbedingt.

Zu dem Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen führten höhere Wertberichtigungen auf Forderungen sowie eine Zuführung zur Rückstellung für Umweltrisiken aufgrund von Kostensteigerungen. Gegenläufig verminderten sich die Aufwendungen für Fremdleistungen sowie für Beratung.

Verantwortlich für den Rückgang des Ergebnisses aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen war im Wesentlichen ein im Vorjahr enthaltener außerordentlich hoher Ergebnisbeitrag der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA.

Der Anstieg der Finanzerträge resultierte insbesondere aus Darlehen an Beteiligungen sowie aus der Abzinsung von Rückstellungen. Die Finanzaufwendungen

reduzierten sich durch einen geringeren Bestand an Finanzschulden.

Der Anstieg der tatsächlichen Steuern vom Einkommen und Ertrag resultierte aus dem gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Jahresergebnis, wohingegen die Reduzierung der latenten Steuern im Wesentlichen aus Bewertungsunterschieden zwischen IFRS und der Steuerbilanz aufgrund der Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten sowie von Beteiligungen resultierte.

Vermögenslage des Konzerns

Die Bilanz wurde zur Verbesserung der Aussagekraft und für Steuerungszwecke um die Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (IFRS 9) bereinigt. Die bereinigte Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

015 Bereinigte Bilanz (Kurzfassung)

Mio. €	31.12.2025		31.12.2024		Veränderung
	unbereinigt	bereinigt	unbereinigt	bereinigt	bereinigt
Vermögenswerte					
Langfristige Vermögenswerte	4.162,7	3.995,7	4.080,5	3.664,6	331,1
Kurzfristige Vermögenswerte	1.165,0	1.154,7	1.179,6	1.150,3	4,4
Summe Aktiva	5.327,7	5.150,4	5.260,1	4.814,9	335,5
Eigenkapital und Schulden					
Eigenkapital	2.501,4	2.553,2	2.202,0	2.129,7	423,5
Langfristige Schulden	1.695,1	1.492,8	1.927,0	1.590,7	-97,9
Kurzfristige Schulden	1.131,2	1.104,4	1.131,1	1.094,5	9,9
	5.327,7	5.150,4	5.260,1	4.814,9	335,5

Der Anstieg der bereinigten langfristigen Vermögenswerte entfiel im Wesentlichen auf die Investitionen in die Erneuerung der Heizkraftwerke und in die Versorgungsnetze sowie in nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligungen. Gegenläufig reduzierten sich die sonstigen Beteiligungen durch die vollständige Abschreibung der ABO Energy GmbH & Co. KGaA. Der Anteil des bereinigten langfristigen Vermögens an der Bilanzsumme belief sich dabei auf 77,6 % (Vorjahr 76,1 %) und wurde zu 63,9 % (Vorjahr 58,1 %) durch das Eigenkapital gedeckt.

Bei den bereinigten kurzfristigen Vermögenswerten sind insbesondere die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gesunken. Dem gegenüber erhöhten sich insbesondere die Forderungen aus Cash Pooling

gegen die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH), die mit einem Rückgang der Guthaben bei Banken einhergingen.

Durch die Kapitalerhöhung sind sowohl das gezeichnete Kapital als auch die Kapitalrücklagen gestiegen, was wesentlich zum Anstieg des bereinigten Eigenkapitals beigetragen hat. Des Weiteren trug hierzu ein Konzernergebnis bei, das die Gewinnabführung an die Westend Energiebeteiligungsgesellschaft mbH (WEBG) übersteigt. Die bereinigte Eigenkapitalquote belief sich auf 49,6 % (Vorjahr 44,2 %).

Die Reduktion der bereinigten langfristigen Schulden ist insbesondere auf die Veränderung der passiven latenten Steuern zurückzuführen. Zudem führten Rück-

zahlungen von Bankdarlehen und Darlehen gegenüber der SWFH zu einem Rückgang. Von den langfristigen Finanzschulden sind 269,0 Mio. Euro (Vorjahr 101,8 Mio. Euro) innerhalb eines Zeitraums von ein bis fünf Jahren und 583,6 Mio. Euro (Vorjahr 795,4 Mio. Euro) nach mehr als fünf Jahren fällig. Der durchschnittliche Zinssatz der Finanzschulden betrug 4,0 % (Vorjahr 4,6 %).

Die bereinigten kurzfristigen Schulden verringerten sich im Wesentlichen durch niedrigere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die den Energiebezug betreffen. Im Gegensatz dazu stiegen die Verbindlichkeiten für Ertragsteuern.

Die Investitionen gliederten sich wie folgt:

016 Investitionen

Mio. €	2025	2024
Stromversorgung	124,1	139,0
Gasversorgung	22,2	24,1
Erzeugung und Fernwärme	168,2	177,6
Erneuerbare Energien/ Energiedienstleistungen	49,0	50,3
Wasser	31,4	24,4
Beteiligungen/Sonstiges	57,7	95,5
Summe Investitionen	452,6	510,9

Die Investitionen des Konzerns bewegten sich wie geplant erneut auf einem hohen Niveau. Neben den Investitionen ins Stromnetz wurden im Kraftwerksbereich im Rahmen des Kohleersatzprojekts in Frankfurt und der Errichtung des Gemeinschaftskraftwerks in Hanau hohe Investitionen getätigt. Beide Kraftwerke sollen im Jahr 2026 in Betrieb gehen.

Finanzlage des Konzerns

Das Finanzmanagement verantwortet die Sicherung des finanziellen Vermögens von Mainova sowie die Gewährleistung ausreichender Liquiditätsreserven. Dies stellt die uneingeschränkte Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen jederzeit sicher.

Die finanzielle Entwicklung des Unternehmens zeigt die nachfolgende zusammengefasste Kapitalflussrechnung:

017 Kapitalflussrechnung

Mio. €	2025	2024	Veränderung
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	459,1	437,5	21,6
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-427,0	-450,6	23,6
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-72,9	55,9	-128,8
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-40,8	42,8	-83,6
Finanzmittelfonds	12,6	53,4	-40,8

Der Anstieg des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit war insbesondere auf positive Effekte aus dem Working Capital durch einen Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zurückzuführen. Bei leicht geringeren Investitionen in die Erzeugungs- und Netzinfrastruktur bewegt sich der negative Cashflow aus Investitionstätigkeit nahezu auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit war wie im Vorjahr durch die Einzahlungen im Rahmen der Kapitalerhöhung beeinflusst. Diese konnten die Geldanlagen im Rahmen des Cash Pooling mit der SWFH sowie die Gewinnabführung nicht decken, sodass der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit insgesamt negativ ist.

Sonstige nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kundenzufriedenheit

Die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden ist unser zentrales Anliegen, gerade in Zeiten von Veränderungen aufgrund der allgemein gestiegenen Preissensibilität. Anhand eines Index auf einer Skala von 0 bis 100 wird die Zufriedenheit des Wettbewerbs mit der Zufriedenheit unserer Kundschaft verglichen. Die Kundenzufriedenheit wird dreimal jährlich in Zusammenarbeit mit einem externen Marktforschungsinstitut erhoben.

In die Erhebung werden die Unterscheidungsmerkmale zu anderen Energieversorgern, deren Imagebewertung, die Wechselhäufigkeit und -absicht einbezogen. Wir erreichen bei unseren Kunden und Kundinnen einen Kundenzufriedenheitswert im oberen Drittel der Skala und liegen damit innerhalb unserer Erwartungen.

Mitarbeiterzufriedenheit

Um die Zufriedenheit unserer Beschäftigten und die Attraktivität von Mainova als Arbeitgeber kontinuierlich zu verbessern, führen wir alle zwei Jahre eine anonyme Befragung durch ein externes Marktforschungsinstitut durch. Dabei werden arbeitsplatz- und unternehmensweite Themen beleuchtet. Mit einer erfreulich hohen Beteiligungsquote von 77 % konnten wir auch 2025 ein repräsentatives Gesamtergebnis erzielen.

Die Mitarbeitenden zeigten sich in zentralen Bereichen ihres Arbeitsplatzes – wie der eigenen Tätigkeit, der Gestaltung der Arbeitszeit, der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie der Zusammenarbeit zwischen den Generationen – überdurchschnittlich zufrieden. Auch die Umsetzung der Mainova-Leitlinien, insbesondere hinsichtlich der Zusammenarbeit und des kollegialen Miteinanders im direkten Arbeitsumfeld, wurde positiv bewertet. Gleiches gilt für die Anwendung der Führungsleitlinien durch die eigenen Führungskräfte. Die Ergebnisse der Befragung werden umfassend analysiert, um gezielt positive Veränderungen auf Unternehmens- und Fachbereichsebene anzustoßen und nachhaltig umzusetzen.

Mainova hat sich zum Ziel gesetzt, einen Gesamt-Index von mindestens 3,3 auf einer Skala von 1 bis 5 zu erreichen. Dieser Wert ist auch in den persönlichen Zielvereinbarungen der AT-Führungskräfte verankert. Das gesetzte Ziel wurde bei der Befragung im Jahr 2025 übertroffen.

Wesentliche Ereignisse

Ereignisse im Berichtsjahr

Das von der Hauptversammlung am 30. August 2023 geschaffene genehmigte Kapital wurde im August 2025

zum zweiten Mal ausgeübt. Im Zuge dieser zweiten Tranche erhöhte sich das Grundkapital der Mainova AG von 170,7 Mio. Euro auf 192,1 Mio. Euro. Den Aktionärinnen und Aktionären wurde dabei ein Bezugsrecht gewährt. Die neu ausgegebenen Aktien wurden vollständig von Bestandsaktionären und -aktionärinnen gezeichnet, wobei die Anteilsverhältnisse im Wesentlichen unverändert blieben.

Ereignisse nach Ablauf des Berichtsjahres

Bis zum Ausbruch von Kriegshandlungen im Nahen Osten sind wir im Hinblick auf die Entwicklung der Energiepreise für das Jahr 2026 von einem Niveau unter dem Vorjahr ausgegangen. Die kriegerische Auseinandersetzung erhöht aktuell den Druck auf Lieferketten sowie Energiekosten und führt zu Reaktionen auf den Güter- und Finanzmärkten. Diese Effekte erschweren einen Ausblick und führen zu einer erhöhten Unsicherheit.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Wir beschäftigten zum 31. Dezember 2025 im Konzern 3.412 (Vorjahr 3.347) und bei der Mainova AG 3.044 (Vorjahr 2.989) Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Der demografische Wandel wird in den kommenden Jahren zu zahlreichen altersbedingten Personalabgängen führen. Gleichzeitig verknappt sich das Angebot qualifizierter Fachkräfte am externen Arbeitsmarkt insbesondere in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Vor diesem Hintergrund arbeiten wir im Rahmen einer vorausschauenden Nachfolgeplanung intensiv daran, unseren zukünftigen Personalbedarf frühzeitig zu identifizieren und gezielte Maßnahmen zur Fachkräftesicherung umzusetzen.

Die Gewinnung und Entwicklung junger Talente ist ein zentraler Bestandteil unserer Zukunftsstrategie. Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels setzen wir verstärkt auf Maßnahmen, um junge Menschen frühzeitig für Mainova zu begeistern und langfristig zu bin-

den. Ein bewährter Weg ist die duale Ausbildung, die wir kontinuierlich durch praxisnahe Inhalte, moderne Lernformate und individuelle Betreuung stärken. Ergänzend bieten wir duale Studiengänge an, die Theorie und Praxis auf hohem Niveau verbinden und leistungsstarken Schulabgängerinnen und -abgängern attraktive Perspektiven eröffnen.

Zur frühzeitigen Berufsorientierung organisieren wir jährlich den MainOrientierungstag für Schüler und Schülerinnen und bieten vielfältige Praktika an. Diese ermöglichen realistische Einblicke in unsere Arbeitswelt und fördern das Interesse an einer Tätigkeit bei Mainova. Ein weiterer Fokus liegt auf der geplanten deutlichen Erhöhung der Ausbildungsplätze als Beitrag zur gesellschaftlichen Verantwortung und zur Deckung unseres Fachkräftebedarfs. Gleichzeitig investieren wir durch gezielte Schulungen des Ausbildungspersonals, moderne Ausstattung und spezielle Förderangebote in die Qualität der Ausbildung. Unser Ziel ist es, ein attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen zu sein – mit klaren Perspektiven, einer wertschätzenden Unternehmenskultur und einem starken Fokus auf persönliche und berufliche Entfaltung.

Ein weiterer Bestandteil unserer Strategie sind vielfältige Entwicklungsangebote sowohl im eigenen Fachgebiet als auch fachgebietsübergreifend. Wir besetzen rund ein Drittel unserer Vakanzen mit internen Bewerbenden.

Unser internes Lernangebot orientiert sich an den strategischen Anforderungen der Organisation, den Ergebnissen unserer Mitarbeiterbefragungen sowie dem direkten Feedback der Teilnehmenden. Die Qualifizierungsmaßnahmen fördern gezielt den Kompe-

tenaufbau und ermöglichen eine praxisnahe Anwendung im Arbeitsalltag. Unsere interne Weiterbildung umfasst exklusive Trainingsformate im Mainova-College sowie ein breites, flexibel nutzbares E-Learning-Angebot. Zusätzlich steht unseren Mitarbeitenden der externe Schulungsmarkt offen. Für Nachwuchsführungskräfte und engagierte Talente bieten wir spezielle Programme mit Workshops, Kamingesprächen und Hospitationen in verschiedenen Unternehmensbereichen. Ergänzend haben wir gemeinsam mit einem weiteren Energieversorger ein Entwicklungsprogramm für Frauen initiiert – zur übergreifenden Vernetzung, zum fachlichen Austausch und zur gezielten Förderung von Frauen im Beruf.

Wir fördern ein Arbeitsumfeld, das auf Vertrauen, Wertschätzung und individueller Entwicklung basiert. Ein besonderer Fokus liegt auf der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Flexible Arbeitszeitmodelle, Homeoffice-Möglichkeiten und Unterstützungsangebote bei familiären Herausforderungen helfen, berufliche und private Verpflichtungen besser zu vereinbaren. Das verstehen wir nicht nur als soziale Verantwortung, sondern auch als Beitrag zur langfristigen Mitarbeiterbindung und -zufriedenheit.

Im Rahmen unseres betrieblichen Gesundheitsmanagements setzen wir auf präventive Maßnahmen zur Erhaltung der physischen und psychischen Gesundheit. Dazu zählen ergonomische Arbeitsplatzgestaltung, Bewegungs- und Entspannungsangebote, Gesundheitschecks sowie die Sensibilisierung für mentale Gesundheit. Unsere Führungskräfte sollen ein gesundheitsförderliches Arbeitsumfeld schaffen und frühzeitig auf Belastungen reagieren.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Gesamtaussage des Vorstands über die Unternehmensentwicklung

Die Umsetzung der Energiewende erfordert in den kommenden Jahren weiterhin erhebliche Investitionen, insbesondere in den Ausbau und die Modernisierung der Netzinfrastruktur, die Erweiterung der Fernwärmeversorgung, den Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Digitalisierung. Damit geht ein steigender Kapitalbedarf einher. Zur kontinuierlichen Optimierung und um dem steigenden Kostendruck zu entgegnen, setzen wir auf vertriebles Wachstum, Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen. Diese Maßnahmen sind entscheidend, um die Ergebnisentwicklung nachhaltig zu sichern.

Konjunkturelle Entwicklung

Die leichte Erholung der deutschen Wirtschaft im vierten Quartal 2025 wird sich im Jahr 2026 voraussichtlich fortsetzen. Die Bundesregierung rechnete im Herbst 2025 noch mit einem Plus des Bruttoinlandsprodukts von 1,3 %. Sie senkte jedoch im Januar 2026 ihre Konjunkturprognose, sodass nur noch ein geringes Wachstum von 1,0 % erwartet wird.

Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

Auf die Gasterminkontrakte im Marktgebiet der THE wird im Jahr 2026 vor allem eine steigende Nachfrage zur Auffüllung der sehr niedrigen EU-Speicherstände sowie der schrittweise Ausstieg aus den russischen Gasimporten preisstützend bis -steigernd wirken. Andererseits sollte sich die Zunahme der LNG-Importe nach Europa aufgrund eines steigenden Angebots auf dem Weltmarkt im Jahresverlauf weiter fortsetzen und daneben dürften die hohen Pipeline-Exporte aus Norwegen Richtung Kontinentaleuropa sowie in das Vereinigte Königreich ebenfalls preisdämpfend wirken, sodass wir im Vergleich zum Vorjahr insgesamt mit einem niedrigeren Gaspreisniveau rechnen. Die Preisentwicklung am Stromterminmarkt wird neben den Notierungen für die Brennstoffe, vor allem für Gas, sehr stark vom Preisverlauf der europäischen Emissionsrechte beeinflusst. Die Meldungen aus der EU, wonach

der Europäische Emissionshandel (EU-ETS1) bis zum Sommer 2026 reformiert werden sollte, ohne dass nähere Informationen beziehungsweise Details bekannt sind, dürfte zunächst zu großer Unsicherheit am Markt verbunden mit einer hohen Volatilität beim Preisverlauf führen, sodass im Jahresverlauf ebenfalls hohe Preisschwankungen am Stromterminmarkt realistisch erscheinen. Insgesamt dürfte auch hier das Preisniveau im Jahr 2026 unter dem Vorjahresniveau liegen. Neben den fundamentalen Einflussfaktoren können allerdings exogene Schocks oder geopolitische Einflüsse die Preisverläufe maßgeblich beeinflussen.

Geschäfts- und Ergebnisentwicklung des Konzerns

Für das Geschäftsjahr 2026 erwarten wir aufgrund von Projektaufwendungen, Kostensteigerungen sowie geringeren Handelsgewinnen ein deutlich unter dem Niveau des Jahres 2025 liegendes bereinigtes EBT.

Die für das Jahr 2026 erwartete Entwicklung unseres finanziellen Leistungsindikators bereinigtes EBT stellt sich nach Segmenten wie folgt dar:

018 Erwartete Segmententwicklung

	2026 (Plan)
Stromversorgung	deutlich unter Vorjahr
Gasversorgung	deutlich unter Vorjahr
Erzeugung und Fernwärme	auf Vorjahresniveau
Erneuerbare Energien/ Energiedienstleistungen	deutlich über Vorjahr
Wasserversorgung	leicht über Vorjahr
Beteiligungen	deutlich unter Vorjahr
Sonstige Aktivitäten/Konsolidierung	deutlich unter Vorjahr
Konzern	deutlich unter Vorjahr

Im Kernsegment *Stromversorgung* kann das Vertriebsgeschäft im Jahr 2026 weiter ausgebaut werden. Um die Digitalisierung kontinuierlich voranzutreiben, erneuern wir in den nächsten Jahren unsere Abrechnungsplattform, was zunächst zu Ergebnisbelastungen führt. Handelsseitig ist nach hohen positiven Beiträgen aus der Portfoliooptimierung mit einer normalisierten Marktsituation und damit geringeren Handelsgewinnen zu rechnen. Insgesamt wird im Netzgeschäft der progressive Netzausbau weiter vorangetrieben. Das Ergebnis bleibt auf einem konstanten Niveau.

Bei der *Gasversorgung* können vertriebsseitig weiterhin stabile, jedoch unter anderem aufgrund von Kostensteigerungen und Projektaufwendungen unter dem Vorjahr liegende Ergebnisbeiträge erzielt werden. Das Netzgeschäft entwickelt sich konstant.

Das Ergebnis im Segment *Erzeugung und Fernwärme* bleibt im Jahr 2026 auf einem hohen Niveau. Besonders im Wärmegeschäft besteht erhebliches Wachstumspotenzial. Der Ausbau der Fernwärme sowie die Digitalisierung stärken das vertriebliche Geschäft und treiben die Transformation des Wärmesektors voran. Steigende Wärmemengen und positive Effekte aus der Vermarktung der Kraftwerksleistung tragen zur positiven Ergebniserwartung bei. Ab dem Jahr 2026 ist die Inbetriebnahme der im Rahmen des Kohleersatzprojekts errichteten Anlage geplant.

Das Segment *Erneuerbare Energien/Energiedienstleistungen* war im Jahr 2025 durch außerordentlich hohe Wertminderungen geprägt. Aufgrund des Wegfalls der Sonderbelastungen sowie des weiteren Ausbaus unseres Erneuerbare-Energien-Portfolios erwarten wir ein deutlich über dem Vorjahr liegendes Ergebnis. Im Rahmen der Wachstumsstrategie sind in den nächsten Jahren umfangreiche Investitionen geplant, um die Erzeugungskapazitäten aus Windkraft und Photovoltaik weiter auszubauen. Diese Investitionen sichern die Ergebnisbeiträge der erneuerbaren Energien langfristig und leisten einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele. Der Aufbau und der Vertrieb von Energiedienstleistungsprodukten wird ebenfalls weiterhin konsequent vorangetrieben. Dazu zählen unter anderem der flächendeckende Ausbau der Ladeinfrastruktur in der Region Rhein-Main sowie die Weiterentwicklung von Mieterstrommodellen.

Im Segment *Wasser* wird für das Jahr 2026 mit einem leicht steigenden Ergebnis gerechnet. Die Absatzmengen entwickeln sich im Einklang mit dem Bevölkerungswachstum der Stadt Frankfurt. Steigende Bezugskosten und höhere Aufwendungen in die Erneuerung der Leitungen sollen erlösseitig kompensiert werden.

Für das Segment *Beteiligungen* rechnen wir mit einem unter dem Niveau des Vorjahres liegenden Ergebnis.

Nachdem die im Vorjahr erwartete konstante Entwicklung für unsere Leistungsindikatoren Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit eingetreten ist, gehen wir auch im Jahr 2026 davon aus, dass diese jeweils in etwa auf dem Niveau des Jahres 2025 liegen.

Investitionen und Finanzlage des Konzerns

Unser für das Jahr 2026 geplantes Investitionsvolumen liegt weiterhin auf einem hohen Niveau. Wir investieren im kommenden Geschäftsjahr verstärkt in die Erreichung unserer strategischen Ziele in den Bereichen Dekarbonisierung, Digitalisierung sowie in den Ausbau der Netzinfrastruktur zur Stärkung der Versorgungssicherheit. Dabei wird das notwendige Investitionsbudget stark durch Entwicklungen an den Rohstoffmärkten, beeinträchtigte Lieferketten und Ressourcenengpässe beeinflusst.

Die Investitionen verteilen sich wie folgt auf die Segmente:

019 Erwartete Investitionen

Mio. €	2026 (Plan)
Stromversorgung	125,5
Gasversorgung	17,5
Erzeugung und Fernwärme	146,5
Erneuerbare Energien/ Energiedienstleistungen	89,5
Wasserversorgung	29,2
Beteiligungen/Sonstiges	55,4
Investitionen gesamt	463,6

Um dem perspektivisch weiterwachsenden Energiebedarf gerecht zu werden und die langfristige Sicherstellung der Versorgung über unsere Netze gewährleisten zu können, investieren wir maßgeblich in den Ausbau und die Erweiterung unserer Kapazitäten im Strom- und Fernwärmenetz.

Im Bereich der Erzeugung werden neben den bereits weit fortgeschrittenen Projekten zum vorgezogenen Kohleausstieg, dem Bau der Gasturbine im Heizkraftwerk West sowie der Errichtung des Gemeinschaftskraftwerks in Hanau weitere Projekte zur Umsetzung der Energiewende angestrebt. Dabei handelt es sich unter anderem um Investitionen in einen Wärmespeicher am Heizkraftwerk West sowie in mehrere Wärmepumpenprojekte in Frankfurt.

Im Segment Erneuerbare Energien/Energiedienstleistungen ist weiterhin der Ausbau unseres Portfolios der erneuerbaren Energien aus Wind- und PV-Parks vorgesehen. Das Geschäftsfeld soll sowohl über eigenentwickelte Projekte als auch über Beteiligungen an Projektgesellschaften wachsen. Darüber hinaus wer-

den Investitionen in Contracting-Projekte sowie in die Elektromobilität und Ladeinfrastruktur in der Rhein-Main-Region getätigt.

Im Segment Beteiligungen/Sonstiges sind Investitionen für die Digitalisierung sowie im Bereich Immobilien enthalten. Mit dem Ausbau des Mainova-Nachwuchszentrums soll dem steigenden Ausbildungsbedarf durch den Fachkräftemangel Rechnung getragen werden.

Chancen- und Risikobericht

Beurteilung der Risikosituation durch die Unternehmensleitung

Um den Fortbestand und die künftige Zielerreichung langfristig sicherzustellen, ist die Umsetzung eines integrierten und nachhaltigen Risikomanagementansatzes essenziell. Das Ziel dabei ist es, sämtliche Chancen und Risiken jeder Einheit im Unternehmen entsprechend den geltenden Regelungen zentral zu erfassen.

Zum Geschäftsjahresende 2025 lag das gesamthafte wirtschaftliche Risiko für das Folgejahr leicht über dem Niveau des Vorjahres. Das Risikoportfolio weist hierbei steigende Unternehmensrisiken auf, die allerdings strukturell mit dem Vorjahr vergleichbar sind. Der Risikoanstieg resultiert unter anderem aus außerplanmäßigen Projektkosten und gestiegenen Absatzrisiken. Den gestiegenen Unternehmensrisiken stehen aufgrund der Marktpreisentwicklung gesunkene Markt Risiken entgegen.

Als Energiedienstleister arbeiten wir in einem dynamischen Umfeld mit sehr hohen Anforderungen. Gesetzliche Vorgaben wie das EnWG, Datenschutz- und EU-Klimaregeln verlangen eine kontinuierliche Anpassung unserer Prozesse und der bestehenden Infrastruktur. Parallel dazu wächst die Bedrohung durch Cyberkriminalität. Angriffe auf Energieversorger und kritische Infrastruktur nehmen in Frequenz und Komplexität zu. Somit bedarf es robuster Sicherheitskonzepte, stetiger Überwachung und einer regelmäßigen Schulung unserer Mitarbeitenden. Darüber hinaus stehen unsere IT-Systeme vor erheblichen Herausforderungen, dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung. Unsere IT-Systeme müssen den steigenden Anforderungen an Interoperabilität und Sicherheit entsprechen.

Ein unserer unternehmerischen Tätigkeit geschuldetes und uns im Zusammenhang mit dem Vertrieb von Energieprodukten stetig begleitendes Risiko, insbesondere in den Segmenten Strom und Erdgas, stellen wettbewerbs- und witterungsbedingte Mengenrisiken dar. Das aktuelle witterungsbedingte Mengenrisiko basiert auf Prognosen, die aus historischen Temperaturverläufen und angenommenen Kundenverbräuchen abgeleitet wurden. Abweichungen davon stellen auch im aktuellen Betrachtungszeitraum ein wesentliches Risiko dar. Ein intensiver Wettbewerb und volatile Marktpreise führen zu wettbewerbsbedingten Mengenrisiken. Dem anhaltenden Wettbewerb und dem damit einhergehenden Risiko von Kundenverlusten wirken wir mit unterschiedlichsten Maßnahmen zur Kundenbindung und -gewinnung entgegen, um sowohl Marktanteile als auch Ergebnisbeiträge zu sichern.

Die schwache wirtschaftliche Dynamik in der Europäischen Union und konkret in Deutschland, die sich unter anderem an einer erhöhten Inflation und einem durch alle Branchen hindurch stattfindenden Stellenabbau bemerkbar macht, birgt unverändert ein stetig wachsendes Risiko aus Insolvenzen aufgrund der nach wie vor wirtschaftlich angespannten Situation bei Kundschaft und Lieferanten. Verstärkt wird diese Einschätzung zudem durch die im Jahr 2025 angestiegenen Forderungsausfälle über alle Kundengruppen hinweg, die den allgemeinen deutschlandweiten Trend zunehmender Insolvenzen widerspiegeln.

Im Rahmen der Energiewende und dem damit einhergehenden Ausbau erneuerbarer Energien besteht ein unverändert hoher und signifikanter Investitionsbedarf. Investitionen in Wind- und PV-Anlagen sichern den Zugang zu nachhaltigen Energien und langfristigen Erträgen. Im aktuell angespannten Marktumfeld der erneuerbaren Energien gewinnen neue Geschäftsmodelle, wie vor allem Batteriespeicher in Kombination mit PV-Anlagen, wesentlich an Bedeutung.

Gegenüber dem Jahresende 2024 bewerten wir die aktuelle Risikolage des Konzerns unverändert gesamt-haft als moderat. Die Risikosteuerung einzelner Sachverhalte ist weiterhin von hoher Bedeutung. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keine geschäftsgefährdenden Vorgänge, die die Entwicklung des Konzerns nachhaltig beeinträchtigen.

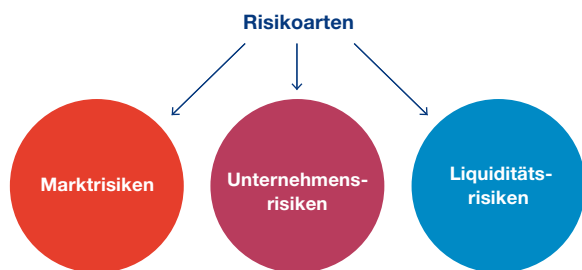
Risikomanagementsystem

Wir haben ein Risikomanagementsystem implementiert, mit dem eine sachgerechte Risikoüberwachung und -steuerung gewährleistet ist. So können wir kritischen Sachverhalten auf Basis frühzeitiger Identifikation, Analyse und Bewertung mit erfolgssichernden Maßnahmen vorausschauend entgegenwirken.

Als Risiko bezeichnen wir eine potenziell negative Abweichung von unternehmerischen Planwerten. Analog dazu sehen wir eine potenziell positive Abweichung vom geplanten Unternehmensergebnis als Chance an. Einschätzungen beziehungsweise Annahmen der Fachbereiche bezüglich denkbarer zukünftiger Entwicklungen und Ereignisse bilden die jeweilige Bewertungsgrundlage.

Zur Überwachung der Risikosituation wird das gesamtthafte Schadenspotenzial der Risikotragfähigkeit, maßgeblich abgeleitet aus dem Eigenkapital des Konzerns nach Handelsrecht zuzüglich des halben Jahresergebnisses, regelmäßig gegenübergestellt. Für die weitere Steuerung des Chancen- und Risikoportfolios unterteilen wir dieses grundsätzlich in folgende Risikoarten:

020 Risikoarten



Marktchancen und -risiken entstehen sowohl durch Preisveränderungen an den Absatz- und Beschaffungsmärkten als auch infolge von Geschäftspartnerausfällen im Rahmen der Bewirtschaftung von Handelsportfolios.

Daneben beziehen sich die Unternehmenschancen und -risiken auf alle Sachverhalte, die aus der operativen Geschäftstätigkeit resultieren oder diese beeinflussen. Zu den Unternehmensrisiken zählen unter anderem alle Sachverhalte, die im Hinblick auf Gesetzgebung und

Markttrends aus einer unzureichenden Einschätzung der branchenspezifischen Entwicklung resultieren sowie alle operationellen Risiken (Betriebsrisiken). Unter operationellen Risiken ist die Gefahr von Verlusten zu verstehen, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge von externen Ereignissen eintreten können.

Liquiditätsrisiken bestehen, wenn benötigte Zahlungsmittel nicht ausreichend oder nur zu erhöhten Kosten beschafft werden können. Als Liquiditätsrisiken werden demnach alle Sachverhalte bezeichnet, die zahlungswirksam sind und die Liquidität des Konzerns über die geplanten Zahlungsströme hinaus beeinflussen.

Unser Risikomanagementsystem stellt sich wie folgt dar:

021 Risikomanagementsystem



Die potenziellen Geschäftsvorfälle mit einer positiven oder negativen Abweichung von Unternehmenszielen werden im Rahmen der mindestens halbjährlichen

Risikoinventur sowie anlassbezogen erhoben. Die Identifizierung und systemseitige Erfassung der Sachverhalte erfolgen zunächst durch die operativ verantwortlichen Unternehmenseinheiten sowie durch die einbezogenen Tochterunternehmen.

Die jeweiligen Unternehmenseinheiten sind zudem dafür verantwortlich, wirksame Steuerungsmaßnahmen umzusetzen, mithilfe derer die Risiken begrenzt, kompensiert, reduziert oder vermieden werden können. Darüber hinaus stellen sie die nachhaltige Nutzung von Chancen sicher.

Das Monitoring der Marktchancen und -risiken aus den Kerngeschäftsprozessen Energiebezug und Handel, Vertrieb sowie Erzeugung erfolgt regelmäßig sowie anlassbezogen unter anderem in den monatlichen Sitzungen des Markt-Risiko-Komitees mit der Teilnahme von Vorstand und Führungskräften.

Der Bereich Controlling, Rechnungswesen, Finanzen und Risikomanagement steuert und koordiniert das zentrale Risikomanagement und verantwortet die Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat. Unvorhergesehene wesentliche Veränderungen der Risikosituation werden vom zentralen Risikomanagement oder von den verantwortlichen Funktionseinheiten ad hoc an die Unternehmensleitung berichtet.

Die Wirtschaftsprüfer begutachten die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen nach §91 Abs. 2 AktG. Zudem prüft die interne Revision regelmäßig die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems.

Das dargestellte Risikomanagementsystem halten wir für wirksam und angemessen, um eine umfassende Risikoüberwachung und -steuerung für Mainova sicherzustellen. Das Risikomanagementsystem wird kontinuierlich weiterentwickelt, um den sich ändernden internen und externen Rahmenbedingungen dauerhaft zu entsprechen.

Marktchancen und -risiken

Volatile Preisentwicklungen an den Rohstoff- und Energiebeschaffungsmärkten bergen vielfältige Marktchancen und -risiken. Zudem bestehen generell Adressausfallrisiken, die zur erneuten Bewirtschaftung von bereits abgesicherten Geschäften sowie zu Zahlungsausfällen führen können.

Um die Risiken aus schwankenden Bezugspreisen im Rahmen unserer Eindeckung mit Strom und Gas für das Vertriebs- und Erzeugungsportfolio möglichst zu minimieren, setzen wir auf eine marktorientierte Beschaffung. Zur Diversifizierung des Risikos von Wiederbeschaffungskosten im Falle eines Ausfalls von Handelspartnern weiten wir unter anderem unser Handelspartnerportfolio sukzessive aus.

Zur Absicherung von Preisänderungen aus der Brennstoffbeschaffung setzen wir Kohle-Swaps als Sicherungsinstrumente ein. Gleichzeitig werden zur Sicherung der Stromerlöse Vermarktungsgeschäfte (Forwards und Futures) für die eigenerzeugten Mengen abgeschlossen.

Bezüglich der Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten verweisen wir auf den Abschnitt 7 im Konzernanhang.

Für die Durchführung von Beschaffungs- und Vermarktungsaktivitäten sowie für die finanziellen Sicherungen haben wir eindeutige Strategien und Rahmenbedingungen definiert. Diese werden regelmäßig durch das Markt-Risiko-Komitee geprüft und freigegeben.

Die Steuerung der Marktrisiken erfolgt mittels eines Limitsystems. Grundlage dafür ist ein von den operativen Einheiten unabhängiges Berichtswesen, das kontinuierlich die Risiken auf Basis der zugelassenen Instrumente überwacht. Die zentrale Steuerungskennzahl ist das allokierte Risikokapital. Die Auslastung dieses globalen Limits berücksichtigt Handelsaktivitäten für das aktuelle sowie für die fünf folgenden Geschäftsjahre. Der Value at Risk (VaR) zeigt zudem mögliche Ergebnisschwankungen auf, die aus noch offenen Positionen des Energiehandelsportfolios der aktuellen Bewirtschaftungszeiträume entstehen können.

Das Geschäftsjahr 2025 war gekennzeichnet durch eine im Vergleich zum Vorjahr moderate Entwicklung der Preise an den Energie- und Rohstoffmärkten. Zum Stichtag 31. Dezember 2025 bestand für das Geschäftsjahr 2026 ein Marktrisiko von rund 5 Mio. Euro (Vorjahr rund 21 Mio. Euro).

Unternehmenschancen und -risiken sowie übergeordnete Sachverhalte

Die allgemeinen Unternehmenschancen und -risiken umfassen wie voranstehend beschrieben eine Vielzahl von Sachverhalten, die aus der operativen Geschäftstätigkeit resultieren oder diese beeinflussen. Wir differenzieren dabei nach externen, operativen und strategischen Chancen und Risiken.

022 Unternehmensrisiken



¹ Operative Risiken inkl. Datenverarbeitungs-, Personal- und Compliance-Risiken

Zur Bewertung des Gesamtrisikos nutzen wir eine stochastische Simulationsmethode, mit der ein Schadenspotenzial (VaR) ermittelt wird, das mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten wird. Dieses gesamthafte Schadenspotenzial aller gemeldeten Unternehmensrisiken nach bereits eingeleiteten Gegenmaßnahmen beläuft sich zum 31. Dezember 2025 auf 143 Mio. Euro (Vorjahr 125 Mio. Euro). Im Hinblick auf die erfassten Risikokategorien verteilt sich die Gesamtheit der Sachverhalte dabei wertmäßig zu 26 % auf externe Risiken (Vorjahr 29 %), zu 67 % auf operative Risiken (Vorjahr 63 %) sowie zu 7 % auf strategische Risiken (Vorjahr 8 %).

Externe Risiken

Zum Stichtag 31. Dezember 2025 stellen weiterhin drohende Insolvenzen und Forderungsausfälle ein erhebliches Risiko für Mainova dar. Ursächlich hierfür ist die angespannte Wirtschaftslage in Deutschland. Diese ergibt sich aus einer Kombination von konjunktureller Schwäche, hohen Kosten, strukturellen Problemen, geopolitischen Risiken und verunsicherten Unternehmen. Extreme Preisschwankungen bei Strom, Gas und Rohstoffen im Allgemeinen bleiben weiterhin ein Kernrisiko. Dies hat spürbare Auswirkungen auf Privathaushalte und stellt eine gesteigerte Belastung für die energieintensive Industrie dar. Den daraus resultierenden Insolvenz- und Forderungsausfallrisiken begegnen wir frühzeitig mit verschiedenen Maßnahmen, wie der Anpassung von Abschlagszahlungen, einem verstärkten Monitoring des Forderungsbestands sowie einem kontinuierlichen Dialog mit unserer Kundschaft und unseren Marktpartnern.

Geopolitische Schocks, volatile Märkte, fragile Lieferketten, Klimarisiken, Regulierungsschübe, Cyberangriffe, ein technologischer Umbruch und ein massiver Investitionsdruck stellen eine historisch breite Risikolandschaft dar.

Operative Risiken

Wir sehen uns in einem zunehmend komplexen und herausfordernden Umfeld mit einer Vielzahl operativer Risiken konfrontiert, die unseren täglichen Geschäftsbetrieb beeinflussen können.

Vertriebliche Mengenschwankungen, die sowohl auf Veränderungen im Verbraucherverhalten als auch auf externe Faktoren wie Witterung oder konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen sind, bergen aktuell das höchste operative Risikopotenzial. Für uns bedeutet dies erhebliche Herausforderungen in der Planung, da Abweichungen zwischen prognostizierten und tatsächlichen Verbräuchen entsprechende Beschaffungs-, Ausgleichs- oder Vermarktungsrisiken verursachen. Diese Abweichungen führen zu hohen Spot- und Ausgleichsenergiekosten beziehungsweise -chancen. Diesen versuchen wir zum einen mit stetig verbesserten Mengenprognosen und zum anderen mit Maßnahmen zur Kundenbindung und -gewinnung entgegenzuwirken.

Hinzu kommen operative Risiken aus Betriebsunterbrechungen in unseren Kraftwerken. Im Normalbetrieb kann es immer wieder zu ungeplanten technischen Ausfällen und somit im schlechtesten Fall zu größeren Produktionsausfällen kommen. Störungen, etwa durch technische Defekte, Netzengpässe, Naturereignisse oder externe Einflüsse führen nicht nur zu unmittelbaren Ausfällen in der Versorgung, sondern auch zu hohen Wiederherstellungs- und Ersatzbeschaffungskosten. Gleichzeitig wirken sich Betriebsunterbrechungen direkt auf unsere Kundenbeziehungen und unsere Reputation aus. Trotz zahlreicher und vorbeugender Maßnahmen wie regelmäßiger Wartung, Revision und stetiger Modernisierung des Anlagenparks kann ein Kraftwerksausfall respektive eine Betriebsunterbrechung nie komplett ausgeschlossen werden.

Parallel dazu stehen wir vor zunehmenden IT-technischen Herausforderungen, die in Zeiten der Digitalisierung stetig relevanter werden. Der stabile Betrieb unserer IT-Systeme ist unverzichtbar für Netzbetrieb, Kundenservice, Abrechnung und Steuerung technischer Anlagen. Cyberangriffe, Systemausfälle, Datenverlust oder Manipulation stellen deshalb existenzielle Gefahren dar. Angriffe auf kritische Infrastrukturen nehmen zu, und die Abhängigkeit von vernetzten Systemen erhöht die Sensibilität gegenüber Störungen erheblich. Der Schutz sensibler Kunden- und Betriebsdaten sowie die Aufrechterhaltung robuster, ausfallsicherer IT-Strukturen sind daher zentrale strategische Aufgaben. Mit einer Vielzahl an tiefgreifenden Maßnahmen wird stetig an der Sicherung und Erhöhung der Widerstandsfähigkeit unserer IT-Landschaft gearbeitet. Im Rahmen der Ablösung unserer bestehenden Abrechnungsplattform sowie der Einführung der S/4HANA-Software und den damit einhergehenden notwendigen Anpassungen diverser Subsysteme der Mainova-IT-Landschaft, ist aufgrund der hohen Komplexität von vielfältigen Herausforderungen auszugehen.

Auch Personalrisiken können sich spürbar auf unsere Leistungsfähigkeit auswirken. Der Energiesektor befindet sich im Wandel, wodurch der Bedarf an qualifizierten Fachkräften, insbesondere in den Bereichen Netzbetrieb, IT und erneuerbare Technologien, stetig steigt. Gleichzeitig erschweren demografische Entwicklungen

und der Fachkräftemangel die langfristige Personalplanung. Ungeplante Ausfälle, Know-how-Verlust durch Personalwechsel oder unzureichende Nachfolgeplanung können den reibungslosen Betrieb gefährden und die Umsetzungsfähigkeit strategischer Projekte beeinträchtigen. Zur Personalbindung und -entwicklung setzen wir auf eine bedarfsgerechte Personalentwicklung mit einem vielfältigen Angebot. Aufgrund eines demografisch bedingt steigenden Bedarfs an Nachwuchskräften haben wir zudem unser Engagement in der betrieblichen Ausbildung und dem dualen Studium weiter ausgebaut.

Ein weiteres zentrales Handlungsfeld sind Compliance-Risiken. Die regulatorischen Anforderungen in der Energiewirtschaft sind umfangreich und einem permanenten Wandel unterworfen. Verstöße gegen gesetzliche Vorgaben, Marktmissbrauchsregeln, Datenschutzbestimmungen, technische Standards oder Berichtspflichten können nicht nur zu erheblichen finanziellen Sanktionen führen, sondern auch das Vertrauen von Aufsichtsbehörden, Kunden und Kundinnen und Partnern beeinträchtigen. Die steigende Regulierungsdichte erfordert daher robuste Governance-Strukturen, transparente Prozesse und regelmäßige Schulungen. Neben den Risiken, die aus einer Nichteinhaltung der Regelungen der Datenschutzgrundverordnung beim Umgang und bei der Verarbeitung personenbezogener Daten erwachsen können, erfolgt auch eine Bewertung denkbarer Compliance-Sachverhalte. Aus Compliance-Sicht sind gesetzliche Vorgaben genauso relevant wie interne Richtlinien und Verhaltensregeln. Dazu zählen neben den typischerweise im Compliance Management angesiedelten Themen wie Korruption, Kartellvergehen und Missachtung von Datenschutz-, Umweltschutz- oder Arbeitssicherheitsbestimmungen weitere Themen, die Risiken für Mainova bergen können. Hervorzuheben sind dabei die Umsetzung und Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes sowie eine stärkere Kontrolle und Überwachung von KI-Systemen resultierend aus dem EU Artificial Intelligence Act zur Vermeidung empfindlicher Sanktionen. Als Betreiber kritischer Infrastrukturen fällt Mainova gleichermaßen unter das im Dezember 2025 in deutsches Recht übernommene NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz (NIS2UmsuCG) wie auch unter das EnWG.

Damit einhergehen strengere technische und organisatorische Maßnahmen. Um den gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen und um eventuelle Verstöße frühzeitig zu erkennen und diesen vorbeugen zu können, wurden regelmäßige Analysen etabliert. Darüber hinaus führt das Compliance Management generell regelmäßig Risikoanalysen durch und entwickelt daraus konzerneinheitliche Grundsätze und Maßnahmen zur Verminderung von Risikopotenzial. Dadurch soll erreicht werden, dass sich Mainova und die für das Unternehmen handelnden Personen rechts- und richtlinienkonform verhalten und die Unternehmenswerte beachten.

Wir begegnen Prozessrisiken, die durch unzureichende Reaktionsfähigkeit und mangelnde Sicherheit in der Durchführung mitunter hohe Schadenspotenziale beinhalten können, übergreifend mit der stetigen Optimierung und dem Vorantreiben der Digitalisierung interner Abläufe.

Strategische Risiken

Die strategischen Risiken umfassen Sachverhalte im Zusammenhang mit unseren Beteiligungsgesellschaften. Durch regelmäßige Berichterstattung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage durch unser Beteiligungsmanagement und durch wiederkehrende Managementgespräche hinsichtlich Unternehmensstrategie, Regulierungseinflüssen und Rentabilität größerer Investitionsvorhaben wird eine zielgerichtete Wertentwicklung unserer Beteiligungen verfolgt.

Die aktuellen Entwicklungen im Marktumfeld der erneuerbaren Energien werden als zunehmend unsicher wahrgenommen. Aufgrund der anhaltenden pessimistischeren Marktpreiserwartung und der kurzfristigeren Vermarktungsstrukturen steigt das Risiko in diesem Geschäftsfeld deutlich. Dies äußert sich bereits in einer deutlichen Abwertung unserer Beteiligung für den Ausbau des Photovoltaikgeschäfts, der Solea GmbH, sowie in der vollständigen Abschreibung unserer Anteile an dem Windpark-Projektierer ABO Energy.

Auch müssen wir vor dem Hintergrund anhaltender politisch-regulatorischer Diskussionen beziehungsweise Entscheidungen zur zukünftigen Bedeutung und

zum Umgang mit erneuerbaren Gasen, Erdgas und Wasserstoff die Werthaltigkeit unserer Gaskraftwerke und -verteilnetze einer permanenten Überprüfung unterziehen.

Liquiditätsrisiken

Die konzernweite Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt durch das Treasury der Mainova in Zusammenarbeit mit der Treasury der SWFH, in deren Cash Pool Mainova eingebunden ist. Der im Rahmen unseres Beitrags zur Umsetzung der Energiewende geplante Finanzierungsbedarf ist weiterhin auf sehr hohem Niveau. Die auf insgesamt 2,7 Mrd. Euro ausgelegte Investitionsplanung für die Jahre 2026 bis 2030 zielt vor allem auf die Erreichung unserer strategischen Ziele in den Bereichen Dekarbonisierung, Digitalisierung sowie auf den Ausbau der Netzinfrastruktur zur Stärkung der Versorgungssicherheit ab.

In den Jahren 2024 und 2025 sind Mainova Mittelzuflüsse aus zwei Tranchen der Erhöhung des Eigenkapitals zugeflossen. Im Planungszeitraum sind weitere Mittelzuflüsse aus der Kapitalerhöhung sowie aus der Aufnahme von Fremdkapital vorgesehen.

Die Sicherung des zukünftigen Finanzierungsbedarfs unterliegt einer Vielzahl an Risikofaktoren. Hierzu zählen mögliche Verzögerungen im Rahmen der Umsetzung der geplanten Kapitalerhöhung oder eine Umsetzung in niedrigerer Höhe als vorgesehen. Verschiedene Marktereignisse wie die Ausweitung geopolitischer Krisen und damit einhergehende Energieknappheit wie auch ein konjunktureller Abschwung haben das Potenzial, die Aufnahme von kurz- und langfristigem Kapital zu erschweren oder die Finanzierungsbedingungen negativ zu beeinflussen. Durch unser Handelsgeschäft an den etablierten Energiemärkten besteht darüber hinaus das Risiko eines erhöhten Liquiditätsbedarfs.

Im Zusammenhang mit Energieabrechnungen hat zudem die Umsetzung gesetzlicher Änderungen beziehungsweise neuer allgemeiner Anforderungen einen großen Einfluss auf die Liquiditätssituation. Prozessanpassungen oder fehlerbehaftete Systeme können zu Verzögerungen in der Abrechnung und somit zu einem Ausbleiben liquider Mittel führen.

Governance

Mainova verfügt über ein unternehmensweites internes Kontrollsystem, eine zentrale Risikomanagementfunktion, eine Compliance-Funktion und eine unabhängige interne Revisionsfunktion. Im Unternehmenshandbuch sind Aufbau, Abläufe und Regelungen der Organisation verbindlich dokumentiert. Das zentrale Risikomanagement ist im Kapitel „Chancen- und Risikobericht“ dargestellt. Der Aufsichtsrat überwacht als übergeordnete Instanz regelmäßig das interne Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionssystem auf seine Angemessenheit.

Internes Kontrollsystem

Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems (ungeprüfte lageberichtsfremde Angaben)

Das Interne Kontrollsystem (IKS) von Mainova orientiert sich am international anerkannten Referenzmodell für Interne Kontrollsysteme des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO I).

Unser IKS umfasst die Grundsätze, Verfahren und Regelungen der Mainova AG, die darauf ausgerichtet sind, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit unserer Geschäftsprozesse, die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung und der finanziellen und nichtfinanziellen Berichterstattung sowie die Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen Vorschriften sicherzustellen. Dabei verfolgen wir einen prozess- und risikoorientierten Ansatz, bei dem die im Hinblick auf die Geschäftstätigkeit und Risikolage wesentlichen Prozesse im Fokus stehen.

Grundsätzlich trägt jede Funktion beziehungsweise Organisationseinheit der Mainova AG die Verantwortung für eine angemessene Ausgestaltung sowie für die wirksame Umsetzung und Steuerung ihrer Geschäftsabläufe. Dies schließt die Steuerung von Risiken über Kontrollaktivitäten im Sinne des IKS ein. Dies gilt entsprechend auch für spezifische Themenbereiche wie Tax-Compliance, Nachhaltigkeitsmanagement und Informationssicherheit, die bei Mainova dezidiert mit eigenen Verantwortlichkeiten ausgeprägt sind. In unserem Unternehmenshandbuch sind Aufbau- und Ablauforganisation, Verantwortlichkeiten sowie geltende Regelungen und Vorgaben verbindlich verankert.

Mainova hat zudem eine zentrale Funktion etabliert, die das IKS als Corporate-Governance-System orchestriert. Die zentrale IKS-Funktion überprüft in diesem Zusammenhang wesentliche Prämissen und Anforderungen an das IKS und passt den Aufbau und die Ausrichtung des IKS kontinuierlich bedarfsgerecht an. Der Aufbau unseres IKS sowie die zugehörigen Rollen und Verantwortlichkeiten sind ebenfalls für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbindlich in unserem Unternehmenshandbuch verankert. Zusätzlich sind Informationen zum IKS für alle Mitarbeitenden transparent im Intranet zugänglich.

Mainova hat einen IKS-Regelkreis implementiert, um wesentliche Geschäftsprozesse, Risiken und zugehörige Kontrollaktivitäten entsprechend dem risikoorientierten Ansatz sukzessive, systematisch und regelmäßig zu überprüfen. Das Ergebnis der Überprüfung wird systemgestützt in Form von Risiko-Kontroll-Matrizen dokumentiert. Dieser Regelkreis wird durch die zentrale IKS-Funktion gesteuert.

Für die Überprüfung werden regelmäßig die relevanten Prozesse entsprechend der aktuellen Geschäftstätigkeit und Risikolage von Mainova identifiziert. Für diese Prozesse werden die wesentlichen Risiken für die Zielerreichung durch die prozessverantwortlichen und -beteiligten Funktionseinheiten sowie durch Fachexperten und -expertinnen systematisch erfasst beziehungsweise überprüft. Für die ermittelten Risiken werden die eingesetzten Schlüsselkontrollen zur Risikomitigation identifiziert und hinsichtlich ihrer Angemessenheit und Wirksamkeit beurteilt (Self-Assessment der verantwortlichen Einheiten). Die Überprüfung wird durch die zentrale IKS-Funktion über gemeinsame Workshops begleitet und die Beurteilung kritisch hinterfragt.

Vorstand und Aufsichtsrat werden regelmäßig und bei Bedarf zusätzlich anlassbezogen über das IKS insgesamt sowie zu den Erkenntnissen aus dem IKS-Regelkreis informiert. Die Interne Revision unterstützt den Vorstand und Aufsichtsrat grundsätzlich entsprechend ihrer Rolle bei der Überwachung des IKS.

Wir verstehen unser IKS als dynamisches System, das kontinuierlich entsprechend dem prozess- und risikoorientierten Ansatz bedarfsgerecht fokussiert, angepasst und weiterentwickelt wird.

Internes Kontrollsystem bezogen auf den Konzernrechnungslegungsprozess nach §§ 289 Abs. 4 und 315 Abs. 4 HGB

Die Zielsetzung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems ist es, die Ordnungsmäßigkeit sowie die Verlässlichkeit der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung durch die Implementierung von Kontrollaktivitäten sicherzustellen. Dies beinhaltet Grundsätze, Verfahren, Regelungen und Maßnahmen, um eine vollständige, korrekte und zeitnahe Erfassung von Geschäftsvorfällen unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu gewährleisten. Die Grundlagen dafür sind die Identifikation möglicher Fehlerquellen und die wirksame Begrenzung daraus resultierender Risiken.

Die Verantwortlichkeit für die Implementierung, Aufrechterhaltung und Wirksamkeit des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sowie für die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben liegt bei dem für Finanzen zuständigen Mitglied des Vorstands der Mainova AG. Diese Verantwortung ist in der Geschäftsordnung des Vorstands festgehalten. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und konzerninternen Richtlinien für das Kontroll- und Risikomanagementsystem wird von der Internen Revision durch risikoorientierte Prüfungen regelmäßig überwacht. Der Aufsichtsrat überwacht als übergeordnete Instanz regelmäßig das interne Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionssystem auf seine Angemessenheit und Wirksamkeit.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem ist ein integraler Bestandteil unseres Rechnungslegungsprozesses und erstreckt sich auf die Finanzberichterstattung im gesamten Konzern. Es beinhaltet eine klare Funktionstrennung zwischen den beteiligten Bereichen, die darüber hinaus in quantitativer und qualitativer Hinsicht angemessen ausgestattet sind. Die für die Rechnungslegung eingesetzten IT-Systeme sind durch Sicherheitsvorkehrungen vor unbefugten Zugriffen geschützt. Erhaltene Rechnungslegungsdaten überprüfen wir regelmäßig in Stichproben auf Vollständigkeit und Richtigkeit. Zudem finden durch die eingesetzte Software programmierte Plausibilitätskontrollen statt.

Die im Risikomanagementsystem erfassten und bewerteten Risiken werden im Jahresabschluss berücksichtigt, sofern bestehende Bilanzierungsregelungen dies vorschreiben. Für die Umsetzung dieser Regelungen sind die beteiligten Bereiche und Abteilungen zuständig.

Der Konzernabschluss wird mithilfe einer SAP-Konsolidierungssoftware erstellt. Die von den einzelnen Gesellschaften nach den konzernweit geltenden Bilanzierungsrichtlinien erstellten Abschlüsse fassen wir bei der Mainova AG zum Konzernabschluss zusammen. Die Mainova AG trägt die Verantwortung für die Betreuung des Konsolidierungssystems, für den konzern einheitlichen Kontenrahmen und die Durchführung der Konsolidierungsmaßnahmen.

Compliance Management System

Das Compliance Management System (CMS) soll gesetzeskonformes Verhalten innerhalb des Unternehmens und gegenüber Geschäftspartnern, basierend auf den Werten Integrität und Transparenz, gewährleisten. Um den aktuellen Anforderungen gerecht zu werden, umfasst das CMS vielfältige Strukturen und Richtlinien, die kontinuierlich überwacht und weiterentwickelt werden. Um eine vertrauensvolle Grundlage für Respekt und Offenheit zu schaffen, wird gesetzeswidriges Verhalten weder von Mitarbeitenden noch von Geschäftspartnern toleriert. Unser Ziel ist es, Fehlverhalten und potenzielle Regelverstöße zu verhindern und aufzudecken. Bei der Entdeckung von Verstößen reagieren wir umgehend und gewährleisten den besonderen Schutz von Hinweisgebern. Hinsichtlich spezifischer Compliance-Grundsätze und des Hinweisgebersystems von Mainova wird auf das Kapitel „Governance-Informationen“ unter „Konzepte für die Unternehmensführung“ im nichtfinanziellen Bericht verwiesen.

Im Jahr 2025 gab es weder Fälle von Korruption oder Bestechung noch öffentliche Klagen gegen den Vorstand und die Geschäftsführungen oder die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Verbunds Mainova. Es liegen keine Hinweise darauf vor, dass das Compliance Management System unangemessen oder nicht wirksam ist.

Organisatorische Verankerung

Das Compliance Management ist als Teil der Stabsstelle Recht und Compliance Management direkt dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und wird vom Chief Compliance Officer (CCO) geleitet. Der organisatorische Aufbau umfasst neben einem CCO auch Compliance Manager und -Managerinnen sowie eine Ombudsperson.

Der CCO unterstützt den Vorstand bei der Implementierung und Überwachung des Compliance Managements. Gemeinsam mit den Compliance Managern und -Managerinnen erstellt er regelmäßig Berichte für den Vorstand und für relevante Gremien.

Die Compliance Manager und -Managerinnen unterstützen den CCO und sind operative Ansprechpersonen für Compliance-Vorgänge. Ferner gehört zu ihrem Aufgabenbereich die Erstellung von Richtlinien, die Prozessüberwachung, die Bearbeitung von Anfragen, die Kommunikation sowie die Planung und Durchführung von Schulungen oder ein Compliance-Forum, insbesondere mit Fokus auf die besondere Verantwortung von Führungskräften. Das Compliance-Forum für Führungskräfte wird mindestens einmal jährlich durchgeführt, um ein effektives Compliance Management sicherzustellen und Compliance-relevante Fallkonstellationen zu diskutieren.

Das Compliance Management ist eng mit dem Risikomanagement verknüpft. Das elektronische Risikomanagementsystem erfasst neben finanziellen Risiken auch Compliance-Risiken. Ein Risiko wird als Compliance-relevant eingestuft, wenn es potenzielle haftungs- und reputationsbezogene Konsequenzen hat. Hinsichtlich des Risikomanagementsystems verweisen wir auf den Abschnitt „Operative Risiken“ im Kapitel „Chancen und Risikobericht“.

Maßnahmen und Instrumente

Das Compliance Management führt eine Vielzahl von Informations- und Beratungsmaßnahmen durch, um sicherzustellen, dass alle Beschäftigten die relevanten Richtlinien kennen und rechtliche Anforderungen sowie gesetzliche Neuerungen erfolgreich umsetzen können. Ein zentrales Instrument in diesem Prozess ist das Unternehmenshandbuch, in dem die wesentlichen Compliance-relevanten Richtlinien dokumentiert sind. Hierzu gehören unter anderem:

- Vorgehen bei Verdachtsfällen und Compliance-Verstößen (Hinweisgebersystem)
- Verhaltenskodex
- Unterschriftenregelung
- Richtlinie für Geschenke, Bewirtungen und Veranstaltungen

Im Jahr 2025 fanden erneut Präsenzs Schulungen statt. Zudem vermittelt unser Online-Kurs Compliance Basiswissen als verpflichtende Schulung grundlegende Inhalte zum Umgang mit Geschäftspartnern, Geschenken und Bewirtungen sowie vertraulichen Informationen.

Hinsichtlich spezifischer Compliance-Grundsätze und der Verpflichtung zur Durchführung von Schulungen wird auf das Kapitel „Governance-Informationen“ unter „Konzepte für die Unternehmensführung“ im nichtfinanziellen Bericht verwiesen.

Aktuelle Entwicklungen und relevante Compliance-Themen werden regelmäßig über die zahlreichen internen Kommunikationskanäle und durch individuelle Beratung an die Belegschaft weitergegeben.

Übernahmerelevante Angaben nach §§ 289a und 315a HGB

Das Grundkapital der Mainova AG beträgt 192.089.600,00 Euro und ist in 7.503.500 nennbetragslose Stückaktien, jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 25,60 Euro je Aktie, eingeteilt. Davon lauten 7.421.578 (rund 98,9 %) auf den Namen (ISIN: DE0006553407) und 81.922 (rund 1,1 %) auf den Inhaber (ISIN: DE0006553464). Davon wurden im Geschäftsjahr 2025 aus dem genehmigten Kapital 824.619 Namensaktien und 9.102 Inhaberaktien gezeichnet. Die Inhaberaktien sind zum regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Die mit den Aktien verbundenen Rechte und Pflichten richten sich nach dem AktG. Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben. Die am Kapital der Gesellschaft beteiligten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können ihre Stimmrechte uneingeschränkt selbst ausüben.

Nach Kenntnis der Gesellschaft hält die Mehrheitsaktionärin WEBG 6.680.116 Namens-Stückaktien und 42.126 Inhaber-Stückaktien (insgesamt rund 89,59 %). Diese Aktien werden der SWFH beziehungsweise der Stadt Frankfurt am Main und der Thüga AG beziehungsweise der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA zugerechnet. Die SWFH hält als Minderheitsaktionärin nach Kenntnis der Gesellschaft 741.462 Namens-Stückaktien und 21.574 Inhaber-Stückaktien (insgesamt rund 10,17 %). Diese Aktien werden der Stadt Frankfurt am Main zugerechnet. Die restlichen Aktien befinden sich im Streubesitz (rund 0,24 %). Die Thüga AG und die

SWFH haben Aktien an der Mainova AG in der WEBG gebündelt und stimmen die Ausübung der Stimmrechte aus den Aktien nach Maßgabe der konsortialvertraglichen Vereinbarung ab.

Die Namens-Stückaktien sind nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragbar, soweit diese nicht auf die SWFH übertragen werden. Der Aufsichtsrat entscheidet über die Zustimmung.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 29. August 2028 das Grundkapital der Gesellschaft einmalig oder mehrmals, insgesamt jedoch höchstens um 21.414.400,00 Euro durch Ausgabe von bis zu 836.500 neuen Stückaktien in Form von Namens- und/oder Inhaberaktien gegen Bareinlagen zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Dabei ist den Aktionärinnen und Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht für Spitzenbeträge auszuschließen. Der Vorstand ist weiterhin mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, das Bezugsrecht von Inhabern einer Art auf Aktien einer anderen Art auszuschließen. Der Vorstand ist ferner mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Satzung entsprechend der Durchführung der Kapitalerhöhung anzupassen. Von der Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats bisher zweimal Gebrauch gemacht, und zwar in den Geschäftsjahren 2024 und 2025. Der Vorstand ist nicht zum Rückkauf von Aktien befugt. Die Zwangseinziehung von Aktien ist gemäß § 5 der Satzung zugelassen.

Gemäß § 6 unserer Satzung besteht der Vorstand aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Mitglieder des Vorstands. Für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern ist gemäß § 31 Mitbestimmungsgesetz eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands gemäß § 84 Abs. 1 S. 1 AktG auf höchstens fünf Jahre. Der Aufsichtsrat ist gemäß § 84 Abs. 4 AktG auch für den Widerruf der Bestellung zuständig. Sofern ein Mitglied des Vorstands sein Recht zum Ersuchen des Widerrufs seiner Bestellung ausübt, weil es wegen Mutterschutz, Elternzeit, der Pflege eines Familienangehörigen oder Krankheit seinen mit der Bestellung verbundenen Pflichten vorübergehend nicht nachkommen kann, so hat der Aufsichtsrat die Wieder-

bestellung gemäß den Vorgaben des § 84 Abs. 3 S. 2 bis 5 AktG vorzunehmen. Im Übrigen gelten für die Bestellung und die Abberufung von Mitgliedern des Vorstands die Rechtsvorschriften der §§ 84 und 85 AktG in Verbindung mit § 31 Mitbestimmungsgesetz.

Soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes vorgeschrieben ist, bedürfen Satzungsänderungen der einfachen Kapital- und Stimmenmehrheit.

Von den von der Gesellschaft in Anspruch genommenen Darlehen könnten im Falle eines Kontrollwechsels insgesamt Darlehen in Höhe von 587,5 Mio. Euro vom Darlehensgeber gekündigt werden.

Die Mainova AG hat mit ihren Mitgesellschaftern in der Thüga Holding Vereinbarungen geschlossen, die gegenseitige Call-Optionen für den Fall eines Kontrollwechsels bei einer Partei vorsehen. Abweichend von den Vorschriften der §§ 289a S. 1 Nr. 8, 315a S. 1 Nr. 8 HGB liegt ein Kontrollwechsel im Sinne dieser Vereinbarung dann vor, wenn eine Person, die zuvor keine Mehrheit der Stimmen oder des Kapitals an einer Partei hält oder anderweitig keinen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss im Sinne des § 17 AktG auf eine Partei ausübt, eine solche Mehrheit beziehungsweise einen solchen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss erlangt. Jede von einem Kontrollwechsel nicht betroffene Partei ist jeweils nach dem Verhältnis ihrer Beteiligung berechtigt, von der durch den Kontrollwechsel betroffenen Partei die Übertragung der betreffenden Aktien zu verlangen. Der Kaufpreis für die von der Call-Option betroffenen Aktien entspricht dem anteiligen Ertragswert.

Weitere wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels stehen, sind:

- Der Partnerschaftsvertrag über den Bau und Betrieb eines Gas- und Dampfkraftwerks am Kraftwerksstandort Irsching. Darin haben die Vertragsparteien vereinbart, im Falle eines bei einer Partei eintretenden Kontrollwechsels die jeweils gehaltenen Geschäftsanteile an der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH einander zum Kauf anzubieten. Bei einem Ausscheiden aus der Kraftwerksgesellschaft würde die Gesellschaft einen maßgeblichen Teil ihrer Eigenerzeugungskapazität für Strom verlieren.
- Der Konsortialvertrag mit der Beteiligungsholding der Stadt Hanau steht unter dem Vorbehalt der Kündbarkeit für den Fall des Kontrollwechsels.

- Der Gesellschaftsvertrag der MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH sieht die Möglichkeit der Kündigung für den Fall vor, dass bei der Mainova AG oder dem Vertragspartner, der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, ein Kontrollwechsel erfolgt.
- Der Konsortialvertrag der Dynega Energiehandel GmbH sieht die Möglichkeit des Ausschlusses eines Gesellschafters durch Gesellschafterbeschluss vor, wenn dieser nicht mehr zumindest überwiegend unmittelbar oder mittelbar in kommunalem Eigentum steht oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.
- Der Gesellschaftsvertrag der Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG sieht vor, dass die Kommanditisten einen der ihren aus der Gesellschaft ausschließen können, falls es bei diesem zu einem Kontrollwechsel kommt.
- Der Gesellschaftsvertrag der Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG beinhaltet die Möglichkeit, dass die Gesellschafterversammlung den Ausschluss eines Mitgesellschafters beschließen kann, wenn dieser sich nicht mehr überwiegend in kommunalem Eigentum befindet oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.
- Der Gesellschaftsvertrag der TAP Steuerungsgesellschaft mbH & Co. KG sieht unter §3 Abs. 2 vor, dass Gesellschafter der Gesellschaft nur solche Gesellschafter sein dürfen, an denen die Thüga AG unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Wenn ein Gesellschafter nicht mehr diese Voraussetzungen erfüllt, scheidet er gemäß § 15 S. 1 lit. c) aa) aus der Gesellschaft aus.
- Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der Mainova AG innehat (Kontrollwechsel) oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß § 190 ff. Umwandlungsgesetz oder bei Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die Mainova AG der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Konzerns der SWFH unterstellt (Beherrschungsvertrag gemäß §291 Abs. 1 S. 1 1. Alt. AktG), gewährt die Mainova AG einem Vorstandsmitglied ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amtes. Die zugrunde liegende Vereinbarung galt lediglich bis zum Ende des Berichtszeitraums und ist seitdem nicht mehr wirksam.
- Darüber hinaus enthalten die Rahmenverträge über die Lieferung von elektrischem Strom und Erdgas, die nach dem Muster der Energy Traders Europe erstellt wurden, spezifische Regelungen, die im Falle einer Zusammenlegung, Fusion oder Umstrukturierung der beherrschenden Rechtsperson greifen. Diese Regelungen stellen sicher, dass die Vorteile bestehender Sicherheiten weiterhin bestehen bleiben und sich auf die neue Rechtsperson erstrecken. Sollte die Kreditwürdigkeit der neuen Rechtsperson wesentlich schwächer sein als die der ursprünglichen Partei, sind zusätzliche Sicherheiten zu stellen, um die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen zu gewährleisten.

Erklärung zur Unternehmensführung nach §§ 289f und 315d HGB

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach §§ 289f und 315d HGB kann im Internet (www.mainova.de/berichte-unternehmensfuehrung) eingesehen werden.

Erläuterungen zum Jahresabschluss der Mainova AG (HGB)

Die Mainova AG, Frankfurt am Main, stellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB sowie nach den ergänzenden Vorschriften des AktG und des EnWG auf.

Die Mainova AG ist ein wesentlicher Bestandteil des Konzerns, da die Ergebnisbeiträge der wesentlichen Tochterunternehmen aufgrund bestehender Ergebnisabführungsverträge enthalten sind. Daher treffen die Ausführungen zu den Grundlagen des Konzerns und zu den Rahmenbedingungen im Wirtschaftsbericht grundsätzlich auch auf die Mainova AG zu.

Wirtschaftsbericht der Mainova AG

Ertragslage der Mainova AG

Nachfolgend wird die Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

023 Gewinn- und Verlustrechnung der Mainova AG (Kurzfassung)

Mio. €	2025	2024	Veränderung
Umsatzerlöse	3.879,0	4.271,0	-392,0
Bestandsveränderung und aktivierte Eigenleistungen	7,7	4,6	3,1
Sonstige betriebliche Erträge	28,8	48,7	-19,9
Materialaufwand	3.069,9	3.620,2	-550,3
Personalaufwand	311,3	289,2	22,1
Abschreibungen	92,2	82,2	10,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	261,4	245,0	16,4
Finanzergebnis	26,7	37,1	-10,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	207,4	124,8	82,6
Steuern	56,5	27,6	28,9
Aufwand aus Ergebnisabführungsvertrag	108,7	90,0	18,7
Jahresüberschuss	42,2	7,2	49,4
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	42,2	7,2	35,0
Bilanzgewinn	0,0	0,0	0,0

Das über dem Plan liegende EBT der Mainova AG nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

024 Segmentergebnisse der Mainova AG

Mio. €	2025	2024	Veränderung
Stromversorgung	46,1	35,7	10,4
Gasversorgung	75,6	12,5	63,1
Erzeugung und Fernwärme	53,8	23,9	29,9
Erneuerbare Energien/ Energiedienstleistungen	-0,1	5,8	-5,9
Wasserversorgung	3,1	6,8	-3,7
Beteiligungen	48,3	59,1	-10,8
Sonstige Aktivitäten/ Konsolidierung	-19,4	-19,0	-0,4
	207,4	124,8	82,6

Insgesamt ist das Jahr 2025 von einem stabilen Marktumfeld, gesunkenen Energiepreisen und einer ausgewogenen Witterung geprägt, sodass wir wie erwartet ein Ergebnis deutlich über dem Vorjahresniveau erzielen konnten.

In der Stromversorgung konnte das Ergebnis aus dem operativen Geschäft im Vertrieb deutlich gesteigert werden. Auch im Netzgeschäft wirkten sich gestiegene Erlöse positiv aus. Diese wurden jedoch zum Teil durch Kostensteigerungen kompensiert. Die Wertberichtigungen auf Forderungen und Forderungsausfälle bewegten sich weiterhin auf einem hohen Niveau.

Die Ergebnisverbesserung im Segment Gasversorgung entfiel auf das Vertriebs- und Netzgeschäft. Das operative Vertriebsgeschäft verbesserte sich aufgrund vergleichsweise stabiler Energiemärkte und Witterungsverhältnisse sowie durch gesunkene Beschaffungskosten. Außerdem machte sich insbesondere der Wegfall von witterungsbedingten Spoteffekten bemerkbar, die das Vorjahr stark belastet hatten. Die Ergebnisverbesserung im Netz war auf geänderte regulatorische Rahmenbedingungen zurückzuführen.

Im Segment Erzeugung und Fernwärme entfiel der Ergebnisanstieg zum einen auf witterungsbedingt höhere Absatzmengen und eine Preisanpassung. Zum anderen konnten positive Beiträge durch unsere Beschaffungsstrategie für Emissionszertifikate sowie aus der Vermarktung der Leistung unserer Kraftwerksbeteiligungen erzielt werden.

Der Ergebnisrückgang im Segment Erneuerbare Energien/Energiedienstleistungen ist im Wesentlichen auf geringere Ergebnisabführungen zurückzuführen. Dem steht ein verbessertes Ergebnis im Contracting sowie aus unserem Biomassekraftwerk gegenüber.

Im Segment Wasserversorgung konnten gestiegene Absatzmengen und Preisanpassungen nicht die höheren Bezugskosten und Gemeinkostensteigerungen kompensieren.

Der Rückgang des Ergebnisses im Segment Beteiligungen resultierte im Wesentlichen aus der vollständigen Abschreibung des Beteiligungsbuchwerts an der ABO Energy GmbH & Co. KGaA.

Das Segment Sonstige Aktivitäten/Konsolidierung liegt auf dem Vorjahresniveau.

Die Umsatzerlöse stellten sich wie folgt dar:

025 Umsatzerlöse der Mainova AG

Mio. €	2025	2024	Veränderung
Stromverkauf	1.124,2	1.294,3	-170,1
Gasverkauf	664,1	716,8	-52,7
Wärme-/Kälteverkauf	279,1	266,0	13,1
Wasserverkauf	108,1	101,6	6,5
Handel	1.164,6	1.403,3	-238,7
Sonstige	538,9	489,0	49,9
	3.879,0	4.271,0	-392,0

Die Veränderung im Stromverkauf war im Wesentlichen auf Preisrückgänge vor allem im Individualkundengeschäft zurückzuführen. Eine geringere Kundenanzahl bei Energiepartnern und Geschäftskunden und -kundinnen belasteten die Umsatzerlöse im Gasverkauf. Demgegenüber wirkten Neukundinnen und -kunden im Individualkundengeschäft teilweise kompensierend. Der Umsatzanstieg aus dem Wärmegeschäft resultierte im Wesentlichen aus dem zum 1. Juli 2025 eingeführten neuen Preissystem sowie aus höheren Absatzmengen. Die Wassererlöse erhöhten sich insbesondere aufgrund von Preisanpassungen. Die Handelserlöse reduzierten sich im Wesentlichen mengenbedingt. Die sonstigen Umsatzerlöse erhöhten sich aufgrund von regulatorisch bedingt gestiegenen Pachterlösen sowie durch höhere Erlöse aus Redispatch-Aufrufen.

Ursächlich für den Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge waren Auflösungen von Rückstellungen.

Der Materialaufwand reduzierte sich nahezu vollständig aus rückläufigen Strom- und Gasbezugskosten. Das Vorjahr war unter anderem durch hohe Spotkosten geprägt. Gegenläufig war ein leichter Anstieg der Aufwendungen für Emissionszertifikate zu verzeichnen.

Die Veränderung des Personalaufwands war insbesondere auf Tarifierpassungen sowie auf einen Anstieg des Personalbestands zurückzuführen.

Die Abschreibungen erhöhten sich investitionsbedingt.

Zu dem Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen führten höhere Wertberichtigungen auf Forderungen sowie gestiegene Aufwendungen für Leistungsverrechnungen mit Tochtergesellschaften.

Der Rückgang des Finanzergebnisses resultierte aus geringeren Erträgen aus Beteiligungen, die im Wesentlichen auf die Mainova Datacenter Holding GmbH und die Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG zurückzuführen sind. Darüber hinaus erhöhten sich die Aufwendungen aus der Verlustübernahme der NRM. Zudem stiegen die Abschreibungen auf Finanzanlagen im Wesentlichen durch die vollständige Abschreibung

des Buchwerts der ABO Energy GmbH & Co. KGaA. Gegenläufig wirkten sich geringere Zinsaufwendungen aufgrund der Kapitalerhöhung sowie eine geringere Verlustübernahme der MSD aus.

Der Steueraufwand lag bei einem gestiegenen EBT und unter Berücksichtigung von steuerlich unterschiedlich zu behandelnden Sachverhalten bei Beteiligungen und Rückstellungen über dem Vorjahr.

Vermögenslage der Mainova AG

Die Bilanz der Mainova AG (Kurzfassung) stellt sich wie folgt dar:

026 Bilanz der Mainova AG (Kurzfassung)

Mio. €	31.12.2025	31.12.2024	Ver- änderung
Aktiva			
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	1.865,3	1.591,5	273,8
Finanzanlagen	680,5	769,7	-89,2
Anlagevermögen	2.545,8	2.361,2	184,6
Vorräte	160,1	174,0	-13,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	499,8	656,2	-156,4
Übrige Vermögensgegenstände	12,2	46,5	-34,3
Umlaufvermögen	672,1	876,7	-204,6
	3.217,9	3.237,9	-20,0

Passiva

Eigenkapital	1.105,8	763,4	342,4
Erhaltene Zuschüsse	330,9	320,8	10,1
Rückstellungen	511,1	477,2	33,9
Verbindlichkeiten, Rechnungsabgrenzungsposten	1.270,1	1.676,5	-406,4
	3.217,9	3.237,9	-20,0

Der Anstieg der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen ist insbesondere durch die Investitionen in die Erneuerung der Heizkraftwerke sowie in die Versorgungsnetze verursacht. Der Rückgang des Finanzanlagevermögens ist maßgeblich auf die Rückzahlung von Ausleihungen an verbundene Unternehmen sowie auf die vollständige Abschreibung des Buchwerts der ABO Energy GmbH & Co. KGaA zurückzuführen.

Das Umlaufvermögen hat sich durch einen niedrigeren Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie an Emissionsrechten innerhalb des Vorratsvermögens reduziert. Gleichzeitig reduzierte sich das Bankguthaben durch die Übertragung in das Cash Pooling.

Durch die Kapitalerhöhung haben sowohl das gezeichnete Kapital als auch die Kapitalrücklagen zugenommen. Gegenläufig sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die den Energiebezug betreffen, sowie die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen zurückgegangen.

Finanzlage der Mainova AG

Die folgende Tabelle zeigt die finanzielle Entwicklung anhand der zusammengefassten Kapitalflussrechnung:

027 Kapitalflussrechnung der Mainova AG (Kurzfassung)

Mio. €	2025	2024	Veränderung
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	298,7	265,1	33,6
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-248,7	-467,1	218,4
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	251,6	298,5	-46,9
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	301,6	96,5	205,1
Finanzmittelfonds	-66,4	-368,0	301,6

Der Anstieg des positiven Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit resultierte insbesondere aus einem verbesserten Ergebnis sowie aus Veränderungen des Working Capital und der Rückstellungen.

Bei nahezu unverändert hohen Mittelabflüssen aus Investitionen in die Erzeugungs- und Netzinfrastruktur waren die insgesamt geringeren Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf Tilgungen von Ausleihungen an verbundene Unternehmen zurückzuführen. Im Vorjahr wurden Darlehen an verbundene Unternehmen vergeben.

Der positive Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit resultierte wie im Vorjahr insbesondere aus der durchgeführten Kapitalerhöhung.

Wie im Vorjahr setzte sich der Finanzmittelfonds aus den Forderungen aus der Konzernfinanzierung abzüglich der Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung sowie aus Guthaben bei Kreditinstituten zusammen. Die Mainova AG sowie verbundene Unternehmen sind in das Cash Pooling der SWFH einbezogen.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht der Mainova AG

Die im Prognose-, Chancen- und Risikobericht des Konzerns getroffenen Aussagen beziehen sich auch auf die Mainova AG. Da der Konzern im Wesentlichen durch die Mainova AG geprägt wird, unterliegen beide Abschlüsse den gleichen Einflüssen sowie Chancen und Risiken.

Für die Mainova AG rechnen wir im Geschäftsjahr 2026 mit einem EBT deutlich unter dem Vorjahresniveau. Die Entwicklung in den Segmenten wird dabei in etwa der des Konzernabschlusses entsprechen. Im Segment Beteiligungen wird jedoch mit einem deutlichen Ergebnisanstieg gerechnet.

Die für das Jahr 2026 geplanten Investitionen der Mainova AG belaufen sich auf rund 399,6 Mio. Euro. Die Verteilung auf Segmente entspricht im Wesentlichen der im Prognosebericht des Konzerns aufgeführten Aufteilung.

Nachdem die im Vorjahr erwartete konstante Entwicklung für unsere Leistungsindikatoren Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit eingetreten ist, gehen wir auch im Jahr 2026 davon aus, dass diese in etwa auf Höhe des Jahres 2025 liegen.

Angaben zu den Tätigkeitsabschlüssen nach §6b EnWG

Gemäß §6b Abs. 7 S. 4 des EnWG ist im Lagebericht auf die Tätigkeiten im Sinne des §6b Abs. 3 S. 1 EnWG einzugehen. Zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung sind vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen zur Führung von getrennten Konten je Tätigkeitsbereich sowie zur Aufstellung von gesonderten Tätigkeitsabschlüssen verpflichtet. Als Tätigkeitsbereiche definiert das Gesetz die Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasspeicherung, den Betrieb von LNG-Anlagen sowie Entwicklung, Verwaltung oder Betrieb von Ladepunkten für Elektromobile nach §7c Abs. 2 EnWG. Ferner gehört zu den Tätigkeiten jede wirtschaftliche Nutzung eines Eigentumsrechts an Strom- und Gasnetzen, Gasspeichern, LNG-Anlagen und Ladepunkten.

Entsprechend dieser Berichtspflicht führen wir in der internen Rechnungslegung von Mainova jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung und für sonstige Tätigkeiten innerhalb sowie außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Auf dieser Grundlage werden für die Tätigkeitsbereiche eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung erstellt.

Die Ergebnisse der Tätigkeitsbereiche Elektrizitäts- und Gasverteilung der Mainova AG wurden von den Erlösen aus der Verpachtung der Strom- und Gasnetze an die NRM sowie von energiespezifischen Dienstleistungen für vertikal integrierte Netzbetreiber bestimmt. Den Aufwendungen aus Konzessionsabgabe (sonstige betriebliche Aufwendungen) standen Erträge aus der Weiterbelastung der Konzessionsabgabe an die NRM (Umsatzerlöse) gegenüber.

Der Tätigkeitsbereich Stromverteilung wies einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung und Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 12,7 Mio. Euro (Vorjahr 4,2 Mio. Euro) aus. Die Veränderung resultierte im Wesentlichen aus der Erhöhung der Umsatzerlöse. Auf der Aktivseite der Bilanz erhöhte sich das Anlagevermögen aufgrund gestiegener Investitionen um 89,6 Mio. Euro. Auf der Passivseite war eine Erhöhung des Eigenkapitals von 105,0 Mio. Euro aufgrund einer Kapitalerhöhung und Einstellungen in die Gewinnrücklagen zu verzeichnen. Die Verbindlichkeiten haben sich um 17,3 Mio. Euro reduziert.

Der Tätigkeitsbereich Gasverteilung wies einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung und Einstellungen in die Gewinnrücklagen in Höhe von 24,3 Mio. Euro (Vorjahr 13,6 Mio. Euro) aus. Die Veränderung resultierte im Wesentlichen aus der Erhöhung der Umsatzerlöse. Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen aufgrund gestiegener Investitionen um 13,3 Mio. Euro. Daneben haben sich die Forderungen um 24,5 Mio. Euro erhöht. Auf der Passivseite war ein Anstieg des Eigenkapitals von 37,2 Mio. Euro aufgrund einer Kapitalerhöhung und Einstellungen in die Gewinnrücklagen zu verzeichnen.

Frankfurt am Main, den 30. März 2026

Dr. Maxelon

Arnold

Giehl

Jahresabschluss



Wirkung: Kleinmarkthalle, Rebstockbad, Schulen und Zoo – Mainova schließt zentrale städtische Einrichtungen an das Frankfurter Fernwärmenetz an. Aktuell binden wir die ersten von rund 60 bislang meist mit Erdgas oder Öl beheizten städtischen Gebäude – vor allem Schulen und Kitas – an, wie hier die Georg-Büchner-Schule in Frankfurt-Bockenheim, die über 1.000 Schülerinnen und Schüler besuchen.



48 Bilanz

49 Gewinn- und Verlustrechnung

50 Anhang für das Geschäftsjahr 2025

50 1. Allgemeines

55 2. Erläuterungen zur Bilanz

62 3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

66 4. Geschäfte größeren Umfangs, die mit nahestehenden Unternehmen und Personen der Mainova getätigt wurden

68 5. Sonstige Angaben

72 6. Organe der Gesellschaft

78 Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2025

80 Beteiligungen

85 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

95 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Bilanz

zum 31. Dezember 2025

028 Bilanz

Tsd. €	Anhang	31.12.2025	31.12.2024
Aktiva			
A. Anlagevermögen	(1)		
Immaterielle Vermögensgegenstände		40.833	35.826
Sachanlagen		1.824.456	1.555.744
Finanzanlagen		680.548	769.708
		2.545.837	2.361.278
B. Umlaufvermögen			
Vorräte	(2)	160.048	173.997
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	499.827	656.183
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	(4)	5.085	43.861
		664.960	874.041
C. Rechnungsabgrenzungsposten	(5)	7.053	2.585
Summe Aktiva		3.217.850	3.237.904
Passiva			
A. Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	(6)	192.090	170.746
Kapitalrücklage	(7)	856.989	578.193
Gewinnrücklagen	(7)	56.660	14.460
		1.105.739	763.399
B. Erhaltene Zuschüsse		330.938	320.784
C. Rückstellungen	(8)	511.076	477.175
D. Verbindlichkeiten	(9)	1.268.407	1.674.824
E. Rechnungsabgrenzungsposten	(10)	1.690	1.722
Summe Passiva		3.217.850	3.237.904

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

029 Gewinn- und Verlustrechnung

Tsd. €	Anhang	2024	2023
Umsatzerlöse	(13)	3.879.036	4.270.958
Bestandsveränderung		76	1
Andere aktivierte Eigenleistungen		7.574	4.682
Sonstige betriebliche Erträge	(14)	28.781	48.791
Materialaufwand	(15)	3.069.880	3.620.240
Personalaufwand	(16)	311.270	289.225
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(17)	92.191	82.198
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(18)	261.426	245.021
Ergebnis aus Finanzanlagen	(19)	49.899	75.163
Zinsergebnis	(20)	-23.244	-38.128
Ergebnis vor Steuern (EBT)		207.355	124.783
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(21)	50.226	20.641
Ergebnis nach Steuern		157.129	104.142
Sonstige Steuern		6.199	6.970
Aufwand aus Ergebnisabführungsvertrag		108.730	89.972
Jahresüberschuss		42.200	7.200
Einstellung in andere Gewinnrücklagen		42.200	7.200
Bilanzgewinn		-	-

Anhang

für das Geschäftsjahr 2025

1. Allgemeines

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss der Mainova Aktiengesellschaft (Mainova) wird gemeinsam mit den Abschlüssen der verbundenen Unternehmen in den Konzernabschluss der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) einbezogen, die einen Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) aufstellt. Der Konzernabschluss der SWFH wird der das Unternehmensregister führenden Stelle elektronisch zur Einstellung in das Unternehmensregister übermittelt.

Zudem wird der Konzernabschluss der Mainova nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt und in der das Unternehmensregister führenden Stelle veröffentlicht.

Der Sitz der Mainova ist in Frankfurt am Main (Amtsgericht Frankfurt am Main, HRB 7173). Die Anschrift lautet Solmsstraße 38, 60486 Frankfurt am Main. Der Sitz der SWFH ist ebenfalls in Frankfurt am Main (Amtsgericht Frankfurt am Main, HRB 40464).

Die Anteile an der Mainova AG werden von einem Tochterunternehmen der SWFH, der Westend Energiebeteiligungsgesellschaft mbH (WEBG), gehalten.

Seit dem 1. Januar 2024 besteht zwischen der Mainova und der WEBG ein Ergebnisabführungsvertrag. In dem Vertrag wurde vereinbart, dass an die außenstehenden Aktionäre eine Ausgleichszahlung zu leisten ist. Zwischen der WEBG und der SWFH besteht ebenfalls ein Ergebnisabführungsvertrag.

Aufstellung des Jahresabschlusses

Die Aufstellung des Jahresabschlusses der Mainova zum 31. Dezember 2025 erfolgt nach den Vorschriften des HGB, den Sondervorschriften des Aktiengesetzes (AktG) und den wirtschaftszweigspezifischen Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG).

Formale Darstellung

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Zur Klarheit der Darstellung werden in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Bilanzierung und Bewertung

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauer beträgt zwischen 5 und 20 Jahren.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen direkt zurechenbare Einzelkosten, angemessene Teile der notwendigen Gemeinkosten sowie des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist. Zinsen für Fremdkapital, das zur Finanzierung der Herstellung eines Vermögensgegenstands verwendet wird, werden nicht angesetzt.

Erhaltene Investitionszuschüsse der öffentlichen Hand werden von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt.

Sachanlagen, die ab dem 1. Januar 2010 aktiviert wurden, werden linear abgeschrieben. Abschreibungen auf Sachanlagen, die vor dem 1. Januar 2010 aktiviert wurden, werden handelsrechtlich grundsätzlich in steuerlich höchstzulässigem Umfang unter Berücksichtigung des Beibehaltungswahlrechts gemäß Artikel 67 Abs. 4 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch vorgenommen. Die beibehaltenen degressiven Abschreibungen beliefen sich im Geschäftsjahr auf 3,1 Mio. Euro (Vorjahr 4,1 Mio. Euro).

Die planmäßigen Abschreibungen der wichtigsten Posten des Sachanlagevermögens werden nach folgenden Nutzungsdauern bemessen:

030 Nutzungsdauer der Sachanlagen

	Jahre
Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	10–50
Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	10–50
Verteilungsnetze	15–40
Hausanschlüsse	20–40
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–20

Der Beschluss der Bundesregierung zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 hat grundsätzlich den Ausstieg aus der Gasversorgung zur Folge, wodurch die Zukunft der Gasnetze mit großer Unsicherheit behaftet ist. Als Reaktion hierauf ermöglicht die Bundesnetzagentur im Rahmen der Netzentgeltregulierung eine Verkürzung der Nutzungsdauer der Gasnetze auf das Jahr 2045. Die Umsetzung des Beschlusses stellt die Kommunen und Energieversorger vor große praktische Herausforderungen. Die kommunale Wärmeplanung der Stadt Frankfurt, die in hohem Maße die Zukunft unseres Gasnetzes bestimmt, ist erst im Jahr 2026 vorzulegen. Die Erkenntnisse hieraus sind zunächst abzuwarten, um eine fundierte Entscheidung hinsichtlich handelsrechtlicher Nutzungsdauern treffen zu können. Darüber hinaus bestehen große regionale Unterschiede im übrigen Konzessionsgebiet der Mainova. Aus diesen Gründen wird insgesamt die wirtschaftliche Nutzungsdauer des Gasnetzes im Jahresabschluss 2025 nicht verändert.

Sofern in Vorjahren aufgrund einer dauerhaften Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen wurden, wird der niedrigere Wertansatz beibehalten, bis die Gründe dafür entfallen sind.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von 251 bis 1.000 Euro werden in einem Sammelposten erfasst und ab dem Jahr der Anschaffung oder Herstellung linear über fünf Jahre abgeschrieben. Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 250 Euro werden direkt als Aufwand erfasst.

Unter den Finanzanlagen werden die Anteile an verbundenen Unternehmen, die Beteiligungen und die übrigen Finanzanlagen zu Anschaffungskosten oder bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Anhand qualitativer und quantitativer Kriterien wird untersucht, ob die Wertminderung voraussichtlich dauernd ist. Auf das Wahlrecht, Finanzanlagen auch bei nicht dauerhafter Wertminderung abzuschreiben, wird verzichtet (§ 253 Abs. 3 Satz 6 HGB). Zur Ermittlung der Wertminderung wird das Discounted-Cashflow-Verfahren herangezogen. Die dabei verwendeten Zahlungsströme beruhen auf den Mehrjahresplanungen der jeweiligen Gesellschaften, die mit Annahmen über langfristige Wachstumsraten fortgeschrieben werden. Wenn der Barwert der zukünftig erwarteten Cashflows den Buchwert der Finanzanlage unterschreitet, liegt eine Wertminderung vor. Der Zinssatz wird beteiligungsspezifisch unter Aufschlag einer Marktrisikoprämie in Höhe von 6,0 % (Vorjahr 6,5 %) und Verwendung eines geschäftsspezifischen Betafaktors zwischen 0,60 und 1,00 (Vorjahr zwischen 0,60 und 1,00) ermittelt. Bei Beteiligungen mit einer Garantiedividende im Rahmen eines Ergebnisabführungsvertrags wird für den Anteil der Garantiedividende wie im Vorjahr ein Betafaktor in Höhe von 0,5 zugrunde gelegt. Der risikolose Zinssatz beträgt 3,25 % (Vorjahr 2,50 %). Ausleihungen sind zu Nenn- beziehungsweise Barwerten bilanziert.

Vorräte werden zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen bewertet. Bestandsrisiken wegen langer Lagerdauer und verminderter Verwertbarkeit sind durch angemessene Abschläge berücksichtigt. Die unfertigen Leistungen sind zu Herstellungskosten einschließlich angemessener Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie des Werteverzehrs des Anlagevermögens bewertet.

Unentgeltlich zugeteilte Emissionsrechte werden mit null Euro bewertet. Erworbene Emissionsrechte und Herkunftsnachweise werden zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Vorräten bilanziert. Für die Abgabeverpflichtung zum Stichtag wird eine Rückstellung in Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten gebildet. Dabei werden die bereits erworbenen Emissionsrechte und Herkunftsnachweise zu fortgeführten Anschaffungskosten und die darüber hinaus benötigten Emissionsrechte und Herkunftsnachweise in Höhe des beizulegenden Zeitwerts bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nominalwerten gegebenenfalls vermindert um angemessene Einzel- und pauschale Einzelwertberichtigungen in Abhängigkeit von der Überfälligkeit der Forderungen bewertet. Darüber hinaus gehende Ausfallrisiken werden bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen durch eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 3,0 % (Vorjahr 3,0 %) des Nettoforderungsbestands berücksichtigt. Erhaltene Abschlagszahlungen auf den noch nicht abgerechneten Energieverbrauch von Kunden werden mit den zwischen dem letzten Abrechnungszeitpunkt und dem Bilanzstichtag hochgerechneten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verrechnet. Das Hochrechnungsverfahren berücksichtigt das Verbraucherverhalten der Vergangenheit, die historischen Temperaturverläufe beziehungsweise Gradtagszahlen und kundenindividuelle Verbrauchseinschätzungen. Sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden entsprechend abgezinst, soweit diese niedrig- oder unverzinslich sind. Geleistete und erhaltene Anzahlungen sind zum Nennbetrag angesetzt.

Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert bewertet.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind transitorische Posten ausgewiesen, das heißt Ausgaben beziehungsweise Einnahmen, die Aufwand beziehungsweise Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Derivative Finanzinstrumente, die im Rahmen der Absicherung unseres operativen Geschäfts getätigt werden, werden grundsätzlich gemäß ÖFA 3 bilanziert. Für Einzelsachverhalte werden Bewertungseinheiten gebildet. Dies betrifft derzeit ausschließlich Strom-Forwards im Zusammenhang mit Sleeve-Geschäften. Mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen werden zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken mit Finanzinstrumenten zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode. Aufwendungen beziehungsweise Erträge aus Ausgleichszahlungen von Derivaten, die sich in einer Bewertungs-

einheit zu einer mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion befinden, werden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen, soweit die zuzuordnenden Aufwendungen beziehungsweise Erträge aus der mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion nach dem Abschlussstichtag anfallen.

Das Wahlrecht zum Ansatz aktiver latenter Steuern wurde nicht in Anspruch genommen.

Das gezeichnete Kapital wird mit dem Nennbetrag angesetzt.

Erhaltene Zuschüsse, wie Baukostenzuschüsse und Netzkostenbeiträge, werden abhängig von ihrem Entstehungszeitpunkt wie folgt behandelt:

- Aufgrund der ab 2003 geänderten steuerlichen Bilanzierungsvorschriften wurden erhaltene Zuschüsse ab diesem Zeitpunkt bis einschließlich 2009 von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt und im Anlagespiegel als Abgänge ausgewiesen.
- Seit dem 1. Januar 2010 werden die erhaltenen Zuschüsse wieder gesondert auf der Passivseite ausgewiesen und über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.
- Gemäß dem Pachtvertrag mit der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) und energierechtlichen Vorschriften wurden ab dem 1. Januar 2006 die erhaltenen Zuschüsse für das Strom- und Gasnetz von der NRM vereinnahmt und verbleiben dort bis zur Auflösung. Gemäß der Abtretungsvereinbarung mit der NRM werden ab dem 1. Januar 2010 die erhaltenen Zuschüsse für das Strom- und Gasnetz von der NRM an Mainova abgetreten und bei Mainova passiviert.

Davon ausgenommen sind Investitionszuschüsse der öffentlichen Hand. Diesbezüglich verweisen wir auf die Angaben zum Sachanlagevermögen.

Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags passiviert. In diesem Betrag sind zukünftige Preis- und Kostensteigerungen einbezogen. Mit Ausnahme der Pensionsrückstellungen werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank ermittelt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen mit dem Erfüllungsbetrag unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode passiviert. Die Rückstellungen werden unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregelung gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre in Höhe von 2,06 % (Vorjahr 1,90 %) abgezinst. Der Unterschiedsbetrag aus der im Jahr 2016 erfolgten Änderung des Zeitraums für die Ermittlung des durchschnittlichen Marktzinssatzes von sieben auf zehn Jahre wird unter Angabe (8) in den Erläuterungen zur Bilanz in Abschnitt 2 angegeben. Der berücksichtigte Rententrend beträgt wie im Vorjahr 2,0 %. Bei den pensionsähnlichen Verpflichtungen aus der Gewährung von Energiedeputaten wurde wie im Vorjahr eine erwartete jährliche Erhöhung in Höhe von 3,0 % zugrunde gelegt.

Es bestehen zudem Pensionsverpflichtungen in Form von kongruent rückgedeckten Versorgungszusagen, deren Wert sich gemäß § 253 Abs. 1 S. 3 HGB nach dem beizulegenden Zeitwert der kongruenten Rückdeckungsversicherung bemisst. Dieser entspricht dem versicherungsmathematischen Aktivwert. Da hinsichtlich der Rückdeckungsversicherung die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 S. 2 HGB erfüllt sind, erfolgt eine Verrechnung der Altersversorgungsverpflichtungen mit dem Deckungsvermögen sowie eine Saldierung der entsprechenden Erträge und Aufwendungen. Die Bewertung des Deckungsvermögens (Rückdeckungsversicherung) erfolgt mit dem beizulegenden Zeitwert, der den fortgeführten Anschaffungskosten entspricht.

Bei der Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen wurde ein Rechnungszins in Höhe von 1,88 % (Vorjahr 1,49 %) für abgeschlossene Altersteilzeitverträge mit einer mittleren Restlaufzeit von einem Jahr zugrunde gelegt. Da nicht von einer Verlängerung des TVV-ATZ auszugehen ist, werden keine potenziellen Altersteilzeitanwärter mehr berücksichtigt.

Die Basis für die versicherungsmathematischen Ermittlungen sind wie im Vorjahr jeweils die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. K. Heubeck.

Zur Gewährung einer betrieblichen Altersversorgung sind alle tariflichen Mitarbeiter im Rahmen der Bindung an den Tarifvertrag Versorgungsbetriebe sowie auf der Basis einzelvertraglicher Regelungen bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main (ZVK) nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst pflichtversichert. Die Beiträge werden im Rahmen eines Umlageverfahrens erhoben. Der Umlagesatz der ZVK, Frankfurt am Main, beläuft sich wie im Vorjahr auf 6,0 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts; hiervon übernimmt der Arbeitgeber 5,6 %, die Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer beträgt 0,4 %. Daneben wird gemäß § 63 der ZVK-Satzung vom Arbeitgeber wie im Vorjahr ein steuerfreies Sanierungsgeld in Höhe von 2,4 % erhoben. Für einen Teil der Pflichtversicherten wird für das ZVK-pflichtige Entgelt, das über dem tariflich festgesetzten Grenzwert liegt, unverändert zum Vorjahr eine zusätzliche Umlage in Höhe von 9,0 % gezahlt. Derzeit liegen keine gesicherten Erkenntnisse für einen weiteren Anstieg des Sanierungsgelds vor. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass auch künftig Beitragserhöhungen erfolgen können. Der Aufwand aus ZVK-Umlagen (Arbeitgeberanteil) ist unter den Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung ausgewiesen. Entsprechend der allgemeinen Bilanzierungspraxis hat Mainova keine Verpflichtungen im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der ZVK im Jahresabschluss passiviert. Mainova ist gemeinsam mit den übrigen Mitgliedsunternehmen verpflichtet, die bereits aufgelaufenen, nicht durch Vermögen gedeckten sowie die künftig hinzukommenden Verpflichtungen zu finanzieren.

Die Jubiläumsrückstellungen sind auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen mit dem Erfüllungsbetrag unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode angesetzt. Die Rückstellung wurde unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregel gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB mit einem Zinssatz von 2,22 % (Vorjahr 1,96 %) und wie im Vorjahr mit einem jährlichen Einkommenstrend von 2,0 % ermittelt.

Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften werden für Energiebeschaffungs- oder -vertriebsgeschäfte angesetzt und, sofern sie langfristig sind, mit dem aus den vergangenen sieben Jahren ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz, der von der Bundesbank veröffentlicht wird, abgezinst. Ein schwebendes Geschäft liegt vor, wenn ein verpflichtender Vertrag rechtswirksam geschlossen wurde, der auf einen Leistungsaustausch gerichtet ist und die Lieferung beziehungsweise Leistung noch nicht vollständig erbracht wurde. In diesem Zusammenhang ist eine Rückstellung für drohende Verluste zu bilden, wenn ein Verpflichtungsüberschuss zu erwarten ist. Die voraussichtlich anfallenden Aufwendungen sind zu Vollkosten zu bewerten und die Rückstellung zum Erfüllungsbetrag anzusetzen. Dabei werden Einschätzungen zur zukünftigen Entwicklung auf den Energiemärkten getroffen. Die Angemessenheit dieser Einschätzungen beruht auf externen Markteinschätzungen.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag passiviert.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag umgerechnet.

2. Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Posten des Anlagevermögens und ihre Entwicklung sind im Anlagespiegel dargestellt. Wir verweisen auf die Anlage 1 zum Anhang.

Im Jahr 2025 wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 2,6 Mio. Euro (im Vorjahr keine) sowie auf Finanzanlagen in Höhe von 16,9 Mio. Euro (Vorjahr 10,2 Mio. Euro) vorgenommen.

Dem Anhang ist eine Beteiligungsliste (Anlage 2 zum Anhang) beigefügt, die gemäß § 285 Nr. 11 HGB die verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit Angaben zum letzten Jahresabschluss nach den Regelungen des HGB (Anteil am Kapital, Eigenkapital und Jahresergebnis) enthält.

(2) Vorräte

031 Vorräte

Tsd. €	31.12.2025	31.12.2024
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	159.177	173.181
Unfertige und fertige Leistungen und Erzeugnisse	871	816
	160.048	173.997

In den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind Emissionsrechte in Höhe von 134,3 Mio. Euro (Vorjahr 146,9 Mio. Euro) enthalten. Die kumulierten Gängigkeitsabschläge auf den Bestand an Bau- und Installationsmaterial betragen zum Stichtag insgesamt 9,2 Mio. Euro (Vorjahr 8,2 Mio. Euro).

(3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

032 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Tsd. €	31.12.2025	31.12.2024
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.228.395	1.274.227
abzüglich noch nicht abgerechneter Abschlagszahlungen	-884.807	-832.518
	343.588	441.709
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	135.364	130.338
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	15.111	11.801
Sonstige Vermögensgegenstände	5.764	72.335
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr)	(1)	(2)
	499.827	656.183

In den Forderungen sind wie im Vorjahr keine Sachverhalte enthalten, die eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr aufweisen.

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit 1.052,0 Mio. Euro (Vorjahr 1.095,2 Mio. Euro) abgegrenzte, noch nicht abgerechnete Gas-, Strom-, Wasser- und Wärmelieferungen zwischen Ablese- und Bilanzstichtag enthalten, denen hierauf geleistete Abschläge gegenüberstehen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen gliedern sich wie folgt:

033 Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Tsd. €	31.12.2025	31.12.2024
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		
Forderungen aus Cash Pooling gegen Tochterunternehmen	159.158	139.804
Verbindlichkeiten/Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-20.903	-15.436
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführungen	-2.891	5.970
	135.364	130.338

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, resultieren wie im Vorjahr vollständig aus Lieferungen und Leistungen.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind verschiedene Abgrenzungen gegenüber Lieferanten sowie geleistete Anzahlungen.

(4) Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

034 Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Tsd. €	31.12.2025	31.12.2024
Guthaben bei Kreditinstituten	5.081	43.860
Kassenbestand	4	1
	5.085	43.861

Im Rahmen des konzernweiten Cash Poolings werden liquide Mittel von Mainova täglich an die SWFH abgeführt. Die Guthaben bei Kreditinstituten beinhalten ein Konto in US-Dollar in Höhe von 0,5 Mio. Euro (Vorjahr 0,3 Mio. Euro).

(5) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Bei den Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich im Wesentlichen um Vorauszahlungen aus Wartungs-, Lizenz-, Pacht- und Marketingverträgen.

(6) Gezeichnetes Kapital

Auf der Hauptversammlung am 30. August 2023 wurde für eine Laufzeit von fünf Jahren die Schaffung eines genehmigten Kapitals beschlossen. Dieses erlaubt dem Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Grundkapital während der Laufzeit je nach Investitions- und Finanzierungsbedarf flexibel zu erhöhen. Die Erhöhung kann einmalig oder mehrmals, insgesamt jedoch höchstens um 71,2 Mio. Euro durch Ausgabe von bis zu 2.780.000 neuen Stückaktien in Form von Namens- oder Inhaberaktien gegen Bareinlagen erfolgen. Den Aktionären und Aktionärinnen wird grundsätzlich ein Bezugsrecht gewährt. Das genehmigte Kapital wurde im August 2025 zum zweiten Mal in Anspruch genommen. Das Grundkapital der Mainova AG erhöhte sich im Zuge dieser zweiten Tranche von 170,7 Mio. Euro auf 192,1 Mio. Euro, das in 7.503.500 (Vorjahr 6.669.779) nennbetragslose Stückaktien eingeteilt ist; davon lauten 7.421.578 (Vorjahr 6.596.959) auf den Namen und 81.922 (Vorjahr 72.820) auf den Inhaber. Die neu ausgegebenen Aktien wurden vollständig von Bestandsaktionären gezeichnet, wobei die Anteilsverhältnisse im Wesentlichen unverändert blieben.

(7) Rücklagen

Durch die im August 2025 durchgeführte Kapitalerhöhung erhöhte sich die Kapitalrücklage von 578,2 Mio. Euro auf 857,0 Mio. Euro.

Die Gewinnrücklagen in Höhe von 56,7 Mio. Euro (Vorjahr 14,5 Mio. Euro) setzen sich aus der gesetzlichen Rücklage nach § 150 AktG in Höhe von 7,3 Mio. Euro (Vorjahr 7,3 Mio. Euro) sowie aus anderen Gewinnrücklagen in Höhe von 49,4 Mio. Euro (Vorjahr 7,2 Mio. Euro) zusammen.

(8) Rückstellungen

035 Rückstellungen

Tsd. €	31.12.2025	31.12.2024
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	98.748	98.631
Steuerrückstellungen	-	-
Sonstige Rückstellungen	412.328	378.544
(davon Umweltrückstellungen)	240.392	213.717
(davon Rückstellungen für drohende Verluste)	71.390	60.387
(davon Personalarückstellungen)	34.376	30.788
(davon rechtliche Risiken)	13.460	15.183
(davon übrige Rückstellungen)	52.710	58.469
	511.076	477.175

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ergibt sich durch die Umstellung des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes nach § 253 Abs. 6 HGB ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 2,7 Mio. Euro (Vorjahr 1,1 Mio. Euro). Ergebnisabführungsgesperrte Beträge liegen bei der Gesellschaft nicht vor. In den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind Versorgungszusagen in Höhe von 1,0 Mio. Euro enthalten, die mit kongruenten Rückdeckungsversicherungen in gleicher Höhe saldiert wurden.

Die Umweltrückstellungen betreffen insbesondere Abgabeverpflichtungen für Emissionsrechte sowie Grundstücksrisiken aus früheren Geschäftsbetrieben. Der Anstieg ist insbesondere auf die Emissionsrechte im Zusammenhang mit dem Brennstoffemissionshandelsgesetz zurückzuführen. Die Rückstellungen aus Grundstücksrisiken haben sich aufgrund von Kostensteigerungen erhöht.

Die Rückstellungen für drohende Verluste resultieren aus Energiebeschaffungs- und -vertriebsgeschäften.

In den Personalarückstellungen sind insbesondere Rückstellungen für Urlaubs- und Gleitzeitansprüche, Erfolgsbeteiligung und Jubiläen enthalten.

Die Rückstellungen für rechtliche Risiken beinhalten im Wesentlichen Rechtsstreitigkeiten. Es handelt sich um mehrere Einzelsachverhalte, bei denen die Höhe der Inanspruchnahme ungewiss ist. Die Bewertung erfolgt ausgehend vom erwarteten Prozessergebnis, das nach den aktuell verfügbaren Informationen die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt.

Die übrigen Rückstellungen setzen sich aus einer Vielzahl von Einzelvorgängen unter anderem für Rückbau- und Umlegungsverpflichtungen sowie für ausstehende Rechnungen zusammen.

(9) Verbindlichkeiten

036 Verbindlichkeiten

Tsd. €	31.12.2025				31.12.2024			
	Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit			Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	über 1 Jahr	davon über 5 Jahre		bis zu 1 Jahr	über 1 Jahr	davon über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	730	730	-	-	1.712	982	730	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	302.254	302.254	-	-	401.729	401.729	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	899.402	342.364	557.038	438.130	1.178.119	591.354	586.765	467.857
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.442	7.442	-	-	9.382	9.382	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	58.579	58.579	-	-	83.882	83.882	-	-
(davon aus Steuern)	(22.848)	(22.848)	(-)	(-)	(13.584)	(13.584)	(-)	(-)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
	1.268.407	711.369	557.038	438.130	1.674.824	1.087.329	587.495	467.857

Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen Negativklauseln in Höhe von 0,7 Mio. Euro (Vorjahr 101,7 Mio. Euro). Darlehen wurden in Höhe von 14,2 Mio. Euro (Vorjahr 0,9 Mio. Euro) getilgt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ergeben sich wie folgt:

037 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Tsd. €	31.12.2025	31.12.2024
Verbindlichkeiten gegenüber SWFH		
Verbindlichkeiten aus Darlehen	586.765	600.000
Forderungen aus Cash Pooling einschließlich Stadtkasse	-319.813	-90.792
Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführungsvertrag	-	-
Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer	3.247	7.831
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verrechnungen	-609	-232
Forderungen aus Ertragsteuern	-4.585	-4.584
	265.005	512.223
Verbindlichkeiten gegenüber WEBG		
Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführungsvertrag	108.730	89.972
Verbindlichkeiten (im Vorjahr Forderungen) aus Ertragsteuern	19.862	-14.777
	128.592	75.195
Übrige Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		
Verbindlichkeiten aus Cash Pooling gegenüber Tochterunternehmen	550.480	642.438
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.361	802
Forderungen aus Ergebnisabführungen	-46.036	-52.539
	505.805	590.701
	899.402	1.178.119

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, setzen sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 7,4 Mio. Euro (Vorjahr 8,3 Mio. Euro) und im Vorjahr aus Finanzverbindlichkeiten in Höhe von 1,1 Mio. Euro zusammen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten folgende wesentliche Einzelpositionen:

038 Sonstige Verbindlichkeiten

Tsd. €	31.12.2025	31.12.2024
Verbindlichkeiten aus Steuern	22.848	13.584
Kreditorische Debitoren	7.234	41.648
Erhaltene Sicherheiten	6.172	6.448
Übrige	22.325	22.202
	58.579	83.882

Von den sonstigen Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr keine mit einer Negativklausel belegt.

(10) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten enthält erhaltene Vorauszahlungen für zu erbringende Dienstleistungen sowie abgegrenzte Erträge aus Derivaten.

(11) Haftungsverhältnisse

Die Haftungsverhältnisse setzen sich wie folgt zusammen:

039 Haftungsverhältnisse

Tsd. €	2025		2024	
	Nominalbetrag	Valuta	Nominalbetrag	Valuta
Bürgschaften	250.304	250.304	250.304	250.304
(davon gegenüber verbundenen Unternehmen)	(-)	(-)	(-)	(-)
(davon gegenüber assoziierten Unternehmen)	(299)	(299)	(299)	(299)
(davon gegenüber Gemeinschaftsunternehmen)	(5)	(5)	(5)	(5)
(davon gegenüber Dritten)	(250.000)	(250.000)	(250.000)	(250.000)
Gewährleistungsverträge	357.500	270.200	422.500	276.500
(davon gegenüber verbundenen Unternehmen)	(357.500)	(270.200)	(422.500)	(276.500)
	607.804	520.504	672.804	526.804

Die Bürgschaften gegenüber Dritten wurden für die Absicherung des Aufbaus des Rechenzentrumsgeschäfts ausgegeben.

Wie im Vorjahr stehen die Gewährleistungsverträge im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA. Für die von der Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH in diesem Zusammenhang aufgenommenen Darlehen hat Mainova den Schuldbeitritt erklärt.

Auf Basis der bis zum Aufstellungszeitpunkt gewonnenen Erkenntnisse geht Mainova derzeit davon aus, dass die den vorab genannten Haftungsverhältnissen zugrunde liegenden Verpflichtungen von den jeweiligen Hauptschuldnern erfüllt werden können. Daher schätzt Mainova bei allen aufgeführten Haftungsverhältnissen die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme als gering ein.

(12) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen bestehen im branchenüblichen Umfang und setzen sich wie folgt zusammen:

040 Finanzielle Verpflichtungen

Tsd. €	31.12.2025				31.12.2024			
	Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit			Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	1 – 5 Jahre	Über 5 Jahre		bis zu 1 Jahr	1 – 5 Jahre	über 5 Jahre
Verpflichtungen aus abgeschlossenen Energielieferverträgen	1.968.656	107.622	1.793.969	67.065	2.226.253	1.490.906	639.691	95.656
Verpflichtungen aus dem Erwerb von Emissionsrechten	134.825	72.867	61.958	–	95.201	72.503	22.698	–
Nominalwerte aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	62.043	30.400	27.536	4.107	50.404	27.509	19.303	3.592
Bestellobligo für begonnene Investitions- und Instandsetzungsmaßnahmen	47.029	47.029	–	–	181.163	181.163	–	–
Verpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich	43.754	43.754	–	–	21.382	21.382	–	–
Verpflichtungen aus Großrevisionen	14.381	1.677	12.704	–	13.914	2.715	11.199	–
Abnahmeverpflichtungen	10.692	–	10.692	–	–	–	–	–
	2.281.380	303.349	1.906.859	71.172	2.588.317	1.796.178	692.891	99.248

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus abgeschlossenen Energielieferverträgen entfallen 111,2 Mio. Euro (Vorjahr 120,1 Mio. Euro) auf assoziierte Unternehmen. Die Verpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich entfallen in Höhe von 37,5 Mio. Euro (Vorjahr 13,1 Mio. Euro) auf verbundene Unternehmen und in Höhe von 1,0 Mio. Euro (Vorjahr 1,0 Mio. Euro) auf assoziierte Unternehmen.

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(13) Umsatzerlöse

041 Umsatzerlöse

Tsd. €	2025	2024
Stromverkauf	1.124.182	1.294.274
Gasverkauf	664.087	716.788
Wärme-/Kälteverkauf	279.052	265.995
Wasserverkauf	108.080	101.567
Handel	1.164.572	1.403.298
Pachterlöse	92.307	63.960
Materialverkauf, Installationen, sonstige Leistungen und Konzernverrechnungen	429.170	408.587
Auflösung erhaltener Ertragszuschüsse	17.586	16.489
	3.879.036	4.270.958

In den Umsatzerlösen sind in Summe periodenfremde Erlöse in Höhe von 49,1 Mio. Euro (Vorjahr 42,8 Mio. Euro) enthalten, die vor allem aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung resultieren.

(14) Sonstige betriebliche Erträge

042 Sonstige betriebliche Erträge

Tsd. €	2025	2024
Periodenfremde Erträge		
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	15.761	35.874
Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen	5.366	2.923
Erträge aus der Zuschreibung von Finanzanlagen	3.804	1.332
Erträge aus Schadenersatz	2.176	3.981
Erträge aus Anlagenabgängen	971	3.204
Übrige periodenfremde Erträge	242	166
	28.320	47.480
Übrige Erträge	461	1.311
	28.781	48.791

(15) Materialaufwand

043 Materialaufwand

Tsd. €	2025	2024
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.992.062	3.545.288
Aufwendungen für bezogene Leistungen	77.818	74.952
	3.069.880	3.620.240

Im Materialaufwand sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 30,7 Mio. Euro (Vorjahr 42,1 Mio. Euro) enthalten, die insbesondere aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung resultieren.

(16) Personalaufwand

044 Personalaufwand

Tsd. €	2025	2024
Löhne und Gehälter	241.291	225.522
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	69.979	63.703
(davon für Altersversorgung)	(22.140)	(20.504)
	311.270	289.225

Im Durchschnitt des Berichtsjahres beschäftigte Mainova 3.021 (Vorjahr 2.946) Arbeitnehmer, davon waren 2.228 Männer (Vorjahr 2.183) und 793 Frauen (Vorjahr 764). Darüber hinaus wurden im eigenen Nachwuchszentrum durchschnittlich 128 (Vorjahr 104) Auszubildende gefördert.

Bei den Aufwendungen für Altersversorgung handelt es sich im Wesentlichen um ZVK-Umlagen. Im Jahr 2026 werden Beiträge zur ZVK in Höhe von 18,7 Mio. Euro erwartet.

Im Personalaufwand sind wie im Vorjahr keine wesentlichen periodenfremden Aufwendungen enthalten.

(17) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Im Jahr 2025 wurden außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von 2,6 Mio. Euro vorgenommen (Vorjahr keine).

(18) Sonstige betriebliche Aufwendungen

045 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Tsd. €	2025	2024
Fremdleistungen (Verwaltung, IT, Gebäude)	64.308	65.516
Konzessionsabgabe	54.717	54.682
Leistungsverrechnung Konzerngesellschaften	30.243	24.851
Mieten, Pachten, Leasing	22.240	22.027
Wertberichtigung/Ausbuchungen von Forderungen	21.370	15.390
Werbekosten und Provisionen	17.996	17.591
Versicherung	8.010	9.714
Gutachten und Beratung	7.998	13.325
Übrige	34.544	21.925
	261.426	245.021

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 4,3 Mio. Euro (Vorjahr 0,4 Mio. Euro) enthalten.

(19) Ergebnis aus Finanzanlagen

046 Ergebnis aus Finanzanlagen

Tsd. €	2025	2024
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	65.499	68.910
Erträge aus Beteiligungen	13.218	27.893
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(264)	(15.971)
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	11.382	6.436
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(11.378)	(6.321)
Abschreibungen auf Finanzanlagen	16.924	10.234
Aufwendungen aus Verlustübernahme	23.276	17.842
	49.899	75.163

(20) Zinsergebnis

047 Zinsergebnis

Tsd. €	2025	2024
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11.297	9.043
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(6.657)	(5.989)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34.541	47.171
(davon an verbundene Unternehmen)	(34.319)	(46.549)
	-23.244	-38.128

Im Zinsergebnis sind wie im Vorjahr keine periodenfremden Sachverhalte enthalten.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen betragen 0,1 Mio. Euro (Vorjahr 0,4 Mio. Euro). Die Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen betragen 1,2 Mio. Euro (Vorjahr 0,4 Mio. Euro).

(21) Steuern

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag setzen sich wie folgt zusammen:

048 Steuern

Tsd. €	2025	2024
Körperschaftsteuer		
Körperschaftsteuerumlage an die WEBG	24.357	10.043
Körperschaftsteuer auf die Ausgleichszahlung an die außenstehenden Aktionäre	35	35
	24.392	10.078
Gewerbsteuer		
Gewerbsteuerumlage an die WEBG	25.834	10.563
	25.834	10.563
	50.226	20.641

Die Anwendung der Pillar 2-Regelungen ab 2024 hat keine Auswirkungen auf die Steuerbelastung.

Wie im Vorjahr aufgezeigt, sind sich ergebende Reportingpflichten aufgrund der Regelungen zur globalen Mindestbesteuerung (in Deutschland im Rahmen des Mindeststeuergesetzes – MinStG umgesetzt) von der SWFH als sogenannte „Ultimate Parent Entity“ (UPE) bzw. Gruppenträger im Sinne des § 3 Abs. 3 S. 1 MinStG zu erfüllen. Die nach § 3 Abs. 4 MinStG im Jahr 2025 erstmalig einzureichende Gruppenträgermeldung wurde von der SWFH am 29.01.2025 beim Bundeszentralamt für Steuern, somit fristgerecht vor dem 28. Februar 2025, eingereicht.

Die Unternehmensgruppe mit der SWFH als Gruppenträger erfüllt die Voraussetzungen des § 83 MinStG mit der Folge, dass die Unternehmensgruppe für längstens fünf Jahre von der Mindeststeuer in Form der deutschen Ergänzungssteuer gemäß § 2 MinStG freigestellt ist, sofern die Voraussetzungen jährlich erfüllt sind. So verfügt die Unternehmensgruppe über lediglich drei relevante Auslandsengagements bzw. -gesellschaften (jeweils eine Gesellschaft in der Schweiz, Österreich und Frankreich), in Summe also über Geschäftseinheiten in lediglich vier Steuerjurisdiktionen. In den drei ausländischen Steuerhoheitsgebieten wird der Grenzwert von insgesamt 50 Mio. Euro materiellen Vermögenswerten nicht überschritten.

Die Auslandsgesellschaften erfüllen ihrerseits jeweils die Voraussetzungen des Deminimis-CbCR-Safe-Harbour Tests gemäß § 84 Abs. 1 Nr. 1 MinStG mit der Folge, dass ein etwaiger Steuererhöhungsbetrag auf Antrag auf null reduziert wird.

4. Geschäfte größeren Umfangs, die mit nahestehenden Unternehmen und Personen der Mainova getätigt wurden

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen, welche die Mainova beherrschen oder maßgeblich beeinflussen, sowie Beziehungen zu Unternehmen, die von Mainova beherrscht oder maßgeblich beeinflusst werden, werden nachfolgend angegeben.

Durch die Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main über die SWFH und die direkte Mehrheitsgesellschafterin WEBG ist Mainova ein von diesen Gesellschaftern beherrschtes Unternehmen.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit unterhält die Mainova Geschäftsbeziehungen zu zahlreichen nahestehenden Personen und Unternehmen.

Dazu gehören neben der Stadt Frankfurt am Main sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die SWFH sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die Thüga Aktiengesellschaft (Thüga) und deren Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen sowie die Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen der Mainova.

Mit nahestehenden natürlichen Personen des Managements in Schlüsselpositionen sowie deren nächsten Familienangehörigen haben keine wesentlichen Transaktionen stattgefunden. Als Management in Schlüsselpositionen sind bei der Mainova der Vorstand und der Aufsichtsrat anzusehen.

Folgende Tabelle gibt eine Übersicht über alle Geschäfte, die mit nahestehenden Unternehmen getätigt wurden:

049 Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Tsd. €	SWFH sowie deren Tochterunternehmen, Stadt Frankfurt am Main sowie deren Tochterunternehmen ¹		Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen der SWFH und der Stadt Frankfurt am Main		Thüga und deren Tochterunternehmen und Gemeinschaftsunternehmen		Verbundene Unternehmen der Mainova ¹		Gemeinschaftsunternehmen der Mainova		Assoziierte Unternehmen der Mainova ¹	
	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024
Energie- und Wasserlieferungen												
Umsatzerlöse	168.720	145.759	14.899	14.184	172.185	210.602	88.198	167.596	810	11.531	12.512	13.738
Materialaufwand	39	25	9.619	9.454	254.052	227.251	341.809	329.726	24.127	19.964	118.238	103.035
Forderungen	48.501	39.409	2.586	1.768	17.769	24.824	177.634	154.293	10.457	9.023	3.721	2.735
Verbindlichkeiten	25.788	35.307	-	-	34.546	26.696	56.682	50.013	179	90	7.154	10.359
Sonstiges												
Erträge	44.954	40.449	97	214	227	48	426.590	404.133	22.778	17.771	21.089	15.592
Aufwendungen	247.259	202.368	89	143	1.016	816	109.948	98.280	4.286	4.064	1.825	3.658
Forderungen	79	77	-	-	-	-	281.666	410.465	-	-	1.336	1.778
Verbindlichkeiten	392.546	587.278	28	94	-	300	536.822	663.534	2	2	56	36

¹ Angaben gemäß § 6b Abs. 2 EnWG

Die sonstigen Aufwendungen und Verbindlichkeiten gegenüber der SWFH sowie deren Tochterunternehmen beinhalten die Gewinnabführung gemäß Ergebnisabführungsvertrag mit der WEBG.

Im Materialaufwand mit der Thüga und deren Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen ist im Wesentlichen der Strom- und Gasbezug enthalten.

Bei dem Materialaufwand mit verbundenen Unternehmen handelt es sich insbesondere um Netzdienstleistungen.

Die sonstigen Erträge mit verbundenen Unternehmen bestehen insbesondere aus Netzpacht, Personalgestellung und sonstigen Verrechnungen. In den sonstigen Erträgen und Aufwendungen mit Tochterunternehmen sind ferner die Beteiligungserträge und Ergebnisübernahmen im Rahmen von Ergebnisabführungsverträgen sowie Zinserträge und -aufwendungen enthalten. Die sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Tochterunternehmen resultieren im Wesentlichen aus dem Cash Pooling.

Die Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen worden und unterscheiden sich grundsätzlich nicht von den Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit anderen Unternehmen.

Zur Besicherung der Darlehen der Mainova hat die Stadt Frankfurt am Main wie im Vorjahr keine Bürgschaften abgegeben. Negativklauseln wurden in Höhe von insgesamt 0,7 Mio. Euro (Vorjahr 101,7 Mio. Euro) geleistet.

5. Sonstige Angaben

Honorar des Abschlussprüfers

Das für den Jahresabschlussprüfer erfasste Honorar setzt sich für das Geschäftsjahr 2025 wie folgt zusammen:

050 Honorar des Abschlussprüfers

Tsd. €	Januar bis Dezember 2025	Januar bis Dezember 2024
Abschlussprüfungsleistungen	571	535
Andere Bestätigungsleistungen	171	401
Sonstige Leistungen	-	1

In den Abschlussprüfungsleistungen ist kein Aufwand für das Vorjahr enthalten.

Die anderen Bestätigungsleistungen betreffen im Wesentlichen Prüfungen des nicht finanziellen Berichts sowie die Prüfung der Preisbremsen und Prüfungen von Konzessionsabgaben.

Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die den aktuellen Vorstandsmitgliedern im Geschäftsjahr 2025 gewährten Gesamtbezüge betragen insgesamt 2.932 Tsd. Euro (Vorjahr 3.005 Tsd. Euro). Im Geschäftsjahr 2023 wurde einem Vorstandsmitglied ein zinsloses Wohnungsbaudarlehen in Höhe von 100 Tsd. Euro über fünf Jahre gewährt. Der Darlehensstand zum 31. Dezember 2025 beträgt 71 Tsd. Euro.

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 1.073 Tsd. Euro (Vorjahr 976 Tsd. Euro). Für diese Personengruppe sind Pensionsansprüche in Höhe von 22.811 Tsd. Euro (Vorjahr 22.518 Tsd. Euro) zurückgestellt.

Die Vergütung des Aufsichtsrats beträgt insgesamt 366 Tsd. Euro (Vorjahr 320 Tsd. Euro) und für den Beirat 59 Tsd. Euro (Vorjahr 44 Tsd. Euro).

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Hinsichtlich der nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäfte wird auf die Abschnitte „Haftungsverhältnisse“ und „Sonstige finanzielle Verpflichtungen“ verwiesen.

Darüber hinaus setzt die Mainova bei der Energiebeschaffung zur Absicherung der Risiken sowie zur Erzielung von Handelsmargen derivative Finanzinstrumente ein. Da es sich hierbei um schwebende Geschäfte handelt, werden diese mit Ausnahme von Vorleistungen oder drohenden Verlusten nicht in der Bilanz erfasst, sondern im Anhang angegeben (siehe nachfolgenden Abschnitt). Bei drohenden Verlusten aus derivativen Finanzinstrumenten, die sich nicht in einer Bewertungseinheit befinden, erfolgt am Bilanzstichtag die Bildung einer Rückstellung.

Sicherungsgeschäfte zur Energiebeschaffung

Zur Vermeidung von Preisänderungsrisiken im Rahmen der Brennstoff-, Strom- und Gasbeschaffung sowie der Vermarktung von Stromerzeugungsmengen beschafft beziehungsweise vermarktet Mainova entsprechende Mengen mittels Forwards und Futures vorwiegend für die Jahre 2026 bis 2028 im Voraus. Darüber hinaus werden Swaps zur Preissicherung eingesetzt. Ein Teil dieser Geschäfte wird als derivative Finanzinstrumente eingestuft und im Kapitel zu derivativen Finanzinstrumenten dargestellt. Die übrigen Geschäfte werden im Kapitel zur Vertragsportfoliobewirtschaftung erläutert.

Derivative Finanzinstrumente

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über den Bestand an derivativen Finanzinstrumenten:

051 Derivative Finanzinstrumente

Tsd. €	Nominal				Marktwert				
	< 1 Jahr	1–5 Jahre	Summe	Summe Vorjahr	Positiv	Negativ	Summe	< 1 Jahr	Summe Vorjahr
Strom									
Forward (long)	192	306.387	306.579	71.976	2.253	-12.964	-10.711	-15	1.295
Forward (short)	192	306.503	306.695	71.984	13.069	-2.254	10.815	15	-1.297
Gas									
Forward (long)	-	-	-	746	-	-	-	-	108
Forward (short)	-	-	-	746	-	-	-	-	-108
Kohle									
Swap (Payer)	8.832	332	9.164	46.219	-	-1.770	-1.770	-1.737	-1.113
Swap (Receiver)	7.793	331	8.124	11.018	908	-1	907	874	-607
	17.009	613.553	630.562	202.689	16.230	-16.989	-759	-863	-1.722

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über die derivativen Finanzinstrumente, die sich in einer Bewertungseinheit befinden:

052 Derivative Finanzinstrumente in Bewertungseinheiten

Tsd. €	Nominal				Marktwert				
	< 1 Jahr	1–5 Jahre	Summe	Summe Vorjahr	Positiv	Negativ	Summe	< 1 Jahr	Summe Vorjahr
Strom									
Forward (long)	192	306.387	306.579	71.976	2.253	-12.964	-10.711	-15	1.295
Forward (short)	192	306.503	306.695	71.984	13.069	-2.254	10.815	15	-1.297
Gas									
Forward (long)	-	-	-	746	-	-	-	-	108
Forward (short)	-	-	-	746	-	-	-	-	-108
Kohle									
Swap (Payer)	-	-	-	29.950	-	-	-	-	19
	384	612.890	613.274	175.402	15.322	-15.218	104	-	17

Das Nominalvolumen der dargestellten derivativen Finanzinstrumente wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Bei der Ermittlung der Nominalwerte wurden nur die Zahlungsströme berücksichtigt, die nach dem 31. Dezember 2025 zu leisten sind.

Die Marktwerte der Derivate werden auf Basis von abgezinsten, zukünftig erwarteten Cashflows ermittelt; dabei werden die für die Restlaufzeit der Finanzinstrumente abgeleiteten Forward-Preise verwendet.

Bei den Bewertungseinheiten (Micro Hedge) handelt es sich im Wesentlichen um mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen beziehungsweise kontrahierte Transaktionen zur Absicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen der Brennstoff- und Strombeschaffung. Die designierten Grundgeschäfte entsprechen hinsichtlich des Zeitraums sowie des Volumens im Wesentlichen den in der vorhergehenden Tabelle aufgeführten Werten. Die Höhe der im Rahmen von Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken entspricht den aufgeführten negativen Marktwerten der derivativen Finanzinstrumente.

Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen wird durch die Critical-Term-Match-Methode beziehungsweise Dollar-Offset-Methode nachgewiesen. Kommt es im Rahmen der Bewertungseinheiten zu Unwirksamkeiten, entstehen Überhänge aus den Sicherungszusammenhängen. Positive Überhänge des Sicherungsinstruments sind dabei grundsätzlich unberücksichtigt zu lassen, da sie unrealisierte Gewinne darstellen. Für negative Überhänge aus Bewertungseinheiten ist eine Rückstellung zu bilden. Zum 31. Dezember 2025 bestehen keine Rückstellungen.

Soweit die Voraussetzungen der Einbeziehung in Bewertungseinheiten nicht erfüllt sind, wurde für derivative Finanzinstrumente, die zum Stichtag einen negativen Marktwert aufweisen, eine Rückstellung gebildet. Bei derivativen Finanzinstrumenten, die zum Stichtag einen positiven Marktwert aufwiesen, blieb dieser entsprechend dem Imparitätsprinzip außer Ansatz. Die derivativen Finanzinstrumente, die sich nicht in einer Bewertungseinheit befinden, weisen zum 31. Dezember 2025 einen negativen Marktwert in Höhe von 1,8 Mio. Euro (Vorjahr 5,0 Mio. Euro) auf.

Vertragsportfoliobewirtschaftung

Zur Vermeidung von Preisänderungsrisiken wurden im Rahmen des Strom- und Gasvertriebs entsprechende Mengen mittels Strom- beziehungsweise Gastermingeschäften (OTC-Forwards) vorwiegend für die Jahre 2026 bis 2028 (Vorjahr 2025 bis 2027) beschafft. Entsprechend den Grundsätzen des IDW RS ÖFA 3 fasst die Mainova diese schwebenden Energiebeschaffungsgeschäfte mit Energieabsatzverträgen für Zwecke der bilanziellen Bewertung zu Vertragsportfolien zusammen. Bei den Absatzmengen an Privat- und Gewerbekunden handelt es sich um routinemäßig durchgeführte Transaktionen, die im Rahmen des Endkundengeschäfts regelmäßig in den vergangenen Geschäftsjahren eingetreten sind und daher als hochwahrscheinlich eingestuft werden. Bei den zugehörigen schwebenden Beschaffungsgeschäften handelt es sich um physisch zu erfüllende Geschäfte, die der Marktpreissicherung für künftige Energielieferverpflichtungen für Strom und Gas dienen. Die in das jeweilige Vertragsportfolio einbezogenen Geschäfte sind sowohl in sachlicher als auch in zeitlicher Hinsicht gleichartigen Risiken ausgesetzt, sodass eine Sicherungswirkung erzielt werden kann. Die Vertragsportfolien weisen in den Beschaffungszeiträumen positive Deckungsbeiträge auf.

Die externe Absicherung der Vertriebs- und der Erzeugungspositionen erfolgt aus einem gemeinsamen Portfolio. Dieses gemeinsame Portfolio beinhaltet die Mengen des Vertriebs und der Erzeugung einschließlich der Mengen aus den Gemeinschaftskraftwerken Irsching und Bremen.

Die Stromtermingeschäfte im Rahmen des Stromvertriebs und der Erzeugungsvermarktung haben zum Bilanzstichtag ein Gesamtnominalvolumen in Höhe von 222,4 Mio. Euro (Vorjahr 419,5 Mio. Euro). Hierfür beträgt die Differenz zwischen der aktuellen Marktbewertung und dem Nominalwert zum Bilanzstichtag 1,8 Mio. Euro (Vorjahr 91,1 Mio. Euro). Darüber hinaus wurden in kleinem Umfang Börsentermingeschäfte (Futures) abgeschlossen. Das Volumen beläuft sich auf –264 Megawattstunden (MWh), hierfür sind nur geringfügige Margins aufgelaufen.

Die Gastermingeschäfte im Rahmen des Gasvertriebs sowie des Gasbezugs für die Erzeugung in den Kraftwerken Frankfurt, Irsching und Bremen weisen zum Bilanzstichtag ein Gesamtnominalvolumen in Höhe von 618,4 Mio. Euro (Vorjahr 531,3 Mio. Euro) und eine Differenz zwischen aktueller Marktbewertung und Nominalwert in Höhe von –91,6 Mio. Euro (Vorjahr 67,3 Mio. Euro) auf. Börsentermingeschäfte (Futures) für Gas wurden im Umfang von 3.720 MWh abgeschlossen. Hierfür sind nur geringfügige Margins aufgelaufen.

Zudem wurden für die Jahre 2026 bis 2028 Termingeschäfte für den Bezug von Emissionsrechten mit einem Nominalvolumen in Höhe von 123,3 Mio. Euro (Vorjahr 59,1 Mio. Euro) abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag ergibt sich eine Differenz zwischen aktueller Marktbewertung und Nominalwert in Höhe von 16,7 Mio. Euro (Vorjahr –7,9 Mio. Euro).

Deutscher Corporate Governance Kodex

Nach § 161 AktG haben börsennotierte Unternehmen jährlich eine Erklärung zur Beachtung der Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex i.d.F. vom 28. April 2022 zu veröffentlichen. Die entsprechende Erklärung von Mainova wurde am 18. Dezember 2025 im Internet veröffentlicht und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht (<https://www.mainova.de/de/ihre-mainova/ueber-uns/profil/corporate-governance>).

Frankfurt am Main, den 30. März 2026



Dr. Maxelon



Arnold




Giehl

6. Organe der Gesellschaft

(Stand 31. Dezember 2025)

Aufsichtsrat

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 <p>Mike Josef Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main Vorsitzender des Aufsichtsrats</p>		<ul style="list-style-type: none"> • ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (K) (V) • Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide, Frankfurt am Main (K) • Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K) (V) 	<ul style="list-style-type: none"> • Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (V) • BäderBetriebe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V) • FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main (V) • Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV), Hofheim am Taunus (V) • Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main (V) • Tourismus+Congress GmbH Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (V) • Genossenschaftliche Immobilienagentur Frankfurt am Main eG
 <p>Nicole Brunner Senior Controlllerin, Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Villmar 1. stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats</p>		<ul style="list-style-type: none"> • keine 	<ul style="list-style-type: none"> • keine
 <p>Dr. Matthias Cord Stellv. Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München Wohnort: Irschenberg 2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats</p>		<ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Würzburg Aktiengesellschaft, Würzburg • badenova AG & Co. KG, Freiburg (stv V) • badenova Verwaltungs-AG, Freiburg (stv V) 	<ul style="list-style-type: none"> • Energie Südbayern GmbH, München (V) • energie schwaben gmbh, Augsburg (V) • Energieversorgung Lohr-Karlstadt und Umgebung GmbH & Co. KG (stv V Beirat) • SWP Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG (stv V) • Stadtwerk Tauberfranken GmbH (stv V) • Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (seit 14. November 2025)
 <p>Gabriele Aplen Prokuristin der Thüga Aktiengesellschaft, München Wohnort: München</p>		<ul style="list-style-type: none"> • enercity Aktiengesellschaft, Hannover • Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz • N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg 	<ul style="list-style-type: none"> • EKO2 GmbH, Koblenz • Energie Südbayern GmbH, München • Energieversorgung Sylt GmbH, Westerland/Sylt • Stadtwerke Heide GmbH, Heide (stv V)

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	<p>Dr. Jörg Becker Bereichsleiter der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Darmstadt</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau (V)
	<p>Thomas R. Becker Senior Contoller, Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Altenstadt (Hessen) (bis 31. Dezember 2025)</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> keine
	<p>Dr. Bastian Bergerhoff Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide, Frankfurt am Main (K) Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K) Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K) (V) Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K) Süwag Energie AG, Frankfurt am Main Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München 	<ul style="list-style-type: none"> Dom Römer GmbH, Frankfurt am Main (V) FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH, Frankfurt am Main (bis 30. April 2025) Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH, Frankfurt am Main (bis 30. April 2025) Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH, Frankfurt am Main Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main Beirat der FinTech Community Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (stv. Mitglied) Eigenbetrieb Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main Eigenbetrieb Kita Frankfurt, Frankfurt am Main Eigenbetrieb Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main, Frankfurt am Main Eigenbetrieb Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main Eigenbetrieb Städtische Kliniken Frankfurt am Main – Höchst, Frankfurt am Main (V) Eigenbetrieb Volkshochschule Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
	<p>Thomas Dumke Freigestelltes Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Gelnhausen</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> keine


Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	<p>Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Bürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> • ABG Frankfurt Holding Wohnungs- bau- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (K) • Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> • Alte Oper Frankfurt – Konzert- und Kongresszentrum GmbH, Frankfurt am Main (stv V) • Agentur für Arbeit, Frankfurt am Main • Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main (stv V) • MuseumsBausteine Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main • SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main • Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main (stv V) • Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main • Tourismus- und Congress GmbH, Frankfurt am Main • Wirtschaftsförderung – Frankfurt Economic Development GmbH, Frankfurt am Main
	<p>Kerstin Flach Betriebsrätin der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Obertshausen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • keine 	<ul style="list-style-type: none"> • keine
	<p>René Gehringer IT-Anwendungsberater, Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Steinbach</p>	<ul style="list-style-type: none"> • keine 	<ul style="list-style-type: none"> • Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg
	<p>Martin Huber Fraktionsvorsitzender Volt im Römer der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (K) 	<ul style="list-style-type: none"> • Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main
	<p>Natalie Jopen Landesbezirksleiterin ver.di Hessen, Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> • BeteiligungsHolding Hanau GmbH, Hanau • Amadeus Fire AG, Frankfurt am Main (seit 12. November 2025) 	<ul style="list-style-type: none"> • keine
	<p>Holger Klingbeil IT-Anwendungsberater, Freigestelltes Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Flörsheim am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> • keine 	<ul style="list-style-type: none"> • keine

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	<p>Sebastian Marten Gewerkschaftssekretär ver.di Hessen, Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt • Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Friedberg • Oberhessische Versorgungsbetriebe AG, Friedberg 	<ul style="list-style-type: none"> • keine
	<p>Beate Mensch Gewerkschaftssekretärin, ver.di Hessen, Frankfurt am Main Wohnort: Köln</p>	<ul style="list-style-type: none"> • ERGO Group AG, Düsseldorf (bis 12.März 2025) 	<ul style="list-style-type: none"> • keine
	<p>Claus Möbius Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main (bis 7. Dezember 2025 im Aufsichtsrat (†))</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K bis 7. Dezember 2025) 	<ul style="list-style-type: none"> • Betriebskommission Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (bis 7. Dezember 2025) • Betriebskommission Volkshochschule Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (bis 7. Dezember 2025) • FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH, Frankfurt am Main (seit 23. Juni 2025, bis 7. Dezember 2025) • Frankfurt Ticket RheinMain GmbH, Frankfurt am Main (bis 7. Dezember 2025) • Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH, Frankfurt am Main (seit 23. Juni 2025, bis 7. Dezember 2025) • HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (bis 7. Dezember 2025) • Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main (stv V bis 7. Dezember 2025) • Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH, Frankfurt am Main (bis 7. Dezember 2025)
	<p>Roger Podstatny Stadtverordneter der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> • keine 	<ul style="list-style-type: none"> • AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • FES Frankfurter Versorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main • Nassauische Sparkasse, Wiesbaden (Mitglied im Verwaltungsrat)

Aufsichtsrat





	Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 <p>Stephanie Wüst Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K) (bis 21. August 2025), (seit 28. November 2025) • Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München 	<ul style="list-style-type: none"> • FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH, Frankfurt am Main (V) • FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main • Frischezentrum Frankfurt am Main Großmarkt GmbH, Frankfurt am Main (V) • HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mbH, Frankfurt am Main (V) • House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH, Frankfurt am Main (stv V) • Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main • Tourismus- und Congress GmbH, Frankfurt am Main • Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development GmbH, Frankfurt am Main (V) • Beirat der FinTech Community Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main • Eigenbetrieb Kita Frankfurt, Frankfurt am Main • Eigenbetrieb Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (V)
 <p>Tina Zapf-Rodríguez Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> • keine 	<ul style="list-style-type: none"> • AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH, Frankfurt am Main (V) • FES Frankfurter Entsorgungs und Service GmbH, Frankfurt am Main (V) • FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main • Nassauische Sparkasse, Wiesbaden (Mitglied der Verbandsversammlung) • Rebstock Projektgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (stv V) • Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH, Flörsheim am Main • Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH, Frankfurt am Main • Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe • RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Frankfurt am Main (stv V)

K Konzernmandate gemäß § 100 Abs. 2 S. 2 AktG
 V Vorsitz
 stv V stellvertretender Vorsitz

Vorstand

(Stand 31. Dezember 2025)

Vorstand

	Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 <p>Dr. Michael Maxelon bestellt vom 1. April 2024 bis 31. März 2029 Vorsitzender des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main (stv V seit 29. Januar 2025) Hanau Netz GmbH, Hanau (stv V) Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau Ohra Energie GmbH, Hörsel Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau³ (stv V) Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München^{1,2} Werraenergie GmbH, Bad Salzungen
 <p>Peter Arnold bestellt vom 1. Mai 2020 bis 31. März 2029 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH, Eisenach (stv V) Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (stv V seit 17. Juni 2025) Hanau Netz GmbH, Hanau Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG, Mörfelden-Walldorf Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg Ohra Energie GmbH, Hörsel (stv V seit 12. Juni 2025) Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau Werraenergie GmbH, Bad Salzungen (stv V)
 <p>Martin Giehl bestellt vom 1. Oktober 2021 bis 30. September 2026 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> ABO Energy GmbH & Co. KGaA (vorm. ABO Wind AG), Wiesbaden (bis 27. Mai 2025) KWS Energy Knowledge eG, Essen (V) 	<ul style="list-style-type: none"> Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH, Frankfurt am Main¹ (V) Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH, Eisenach Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg (stv V) Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen³ (stv V) Hanau Netz GmbH, Hanau Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich (Gast-Status) Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München^{1,2}
 <p>Diana Rauhut bestellt vom 1. November 2018 bis 31. Dezember 2025 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> Jost Werke SE 	<ul style="list-style-type: none"> Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg (V bis 31. Dezember 2025) Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main (bis 31. Dezember 2025) Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg (stv V bis 16. Juni 2025), (V seit 16. Juni 2025), (bis 31. Dezember 2025) Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich (stv V bis 31. Dezember 2025) Werraenergie GmbH, Bad Salzungen (bis 31. Dezember 2025)

1 Gesellschafterausschuss

2 Finanzausschuss

3 Konsortialausschuss

K Konzernmandate gemäß § 100 Abs. 2 S. 2 AktG

V Vorsitz

stv V stellvertretender Vorsitz

Die Angaben zu den Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien beziehen sich auf den 31. Dezember 2025 bzw. den Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Aufsichtsrat der Mainova.

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2025

053 Entwicklung des Anlagevermögens

Tsd. €	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				31.12.2025
	01.01.2025	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	191.807	10.256	8.277	–	210.340
	191.807	10.256	8.277	–	210.340
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	418.981	3.966	4.180	81	427.046
2. Technische Anlagen und Maschinen					
a.) Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	811.880	8.752	11.966	321	832.277
b.) Verteilungsanlagen					
– Verteilungsnetze	2.275.607	67.930	84.729	2.430	2.425.836
– Hausanschlüsse	478.802	24.225	720	–	503.747
– Straßenbeleuchtung, Zähler	95.973	2.258	–	952	97.279
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	210.212	5.768	7.441	3.982	219.439
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	526.948	245.214	–117.313	1.400	653.449
	4.818.403	358.113	–8.277	9.166	5.159.073
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	306.237	75	–	–	306.312
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	320.634	35.705	–	109.736	246.603
3. Beteiligungen	226.996	1.419	–	4.150	224.265
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	672	–	–	269	403
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	2.453	1.012	–	–	3.465
6. Sonstige Ausleihungen	201	–	–	96	105
7. Genossenschaftsanteile	4	–	–	–	4
	857.197	38.211	–	114.251	781.157
	5.867.407	406.580	–	123.417	6.150.570

				Abschreibungen		Buchwerte
01.01.2025	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge	31.12.2025	31.12.2025	31.12.2024	
155.981	13.526	-	169.507	40.833	35.826	
155.981	13.526	-	169.507	40.833	35.826	
247.276	5.908	80	253.104	173.942	171.705	
705.229	13.404	42	718.591	113.686	106.651	
1.757.930	38.208	2.024	1.794.114	631.722	517.677	
300.659	10.121	-	310.780	192.967	178.143	
74.231	2.200	845	75.586	21.693	21.743	
177.335	8.824	3.717	182.442	36.997	32.877	
-	-	-	-	653.449	526.948	
3.262.660	78.665	6.708	3.334.617	1.824.456	1.555.744	
-	316	-	316	305.996	306.237	
-	-	-	-	246.603	320.634	
87.489	16.608	3.804	100.293	123.972	139.507	
-	-	-	-	403	672	
-	-	-	-	3.465	2.453	
-	-	-	-	105	201	
-	-	-	-	4	4	
87.489	16.924	3.804	100.609	680.548	769.708	
3.506.130	109.115	10.512	3.604.733	2.545.837	2.361.278	

Beteiligungen

054 Beteiligungen

Firma	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital der Gesellschaften	Jahresergebnis der Gesellschaften	
		%	Tsd. €	Jahr	Tsd. €
Verbundene Unternehmen					
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH ¹	Frankfurt am Main	90,00	7.186	2025	1.108
ENERENT GmbH ¹	Friedberg (Bayern)	93,72	14.005	2025	1.981
ENERENT Austria GmbH ²	Sank Lorenz, Österreich	100,00	1.044	2025	-72
ENERENT Deutschland GmbH (vorm. mobiheat GmbH) ^{1,2}	Friedberg (Bayern)	100,00	9.498	2025	4.344
ENERENT Schweiz GmbH ²	Dietlikon, Schweiz	100,00	1.331	2025	713
ENERENT Service GmbH ²	Gottmadingen	100,00	223	2025	114
Energieversorgung Main-Spessart GmbH ¹	Aschaffenburg	100,00	9.000	2025	1.637
Energy Air GmbH ¹	Frankfurt am Main	100,00	52	2025	12.016
Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	Bad Salzungen	100,00	58.677	2025	3.642
Ferme Eolienne de Migé SARL ²	Toulouse, Frankreich	100,00	-1.208	2025	-318
Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG	Hanau	50,10	8.031	2025	-1.397
Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH	Hanau	50,10	29	2025	1
GSt 15. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	2.257	2025	-678
GSt 25. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-12	2025	-2
GSt 28. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-1	2025	-2
GSt 29. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-2
GSt 31. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	1	2025	-4
GSt 32. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-2
GSt 34. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	2	2025	-3
GSt 35. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	-124	2025	-55
GSt 37. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-7	2025	-1
GSt 38. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	-21	2025	-17
GSt 39. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-112	2025	-101
GSt 40. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-6	2025	-1
GSt 41. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-5	2025	-1
GSt 42. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	2.223	2025	-1.064
GSt 44. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-134	2025	-87
GSt 48. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	1	2025	-2
GSt 49. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-5	2025	-1
GSt 50. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-5	2025	-1
GSt 51. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	1	2025	1
GSt 52. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	-1.093	2025	-1.096
GSt 53. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-5	2025	-2
GSt 54. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-3	2025	-2
GSt 55. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	-76	2025	-86

Firma	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital der Gesellschaften	Jahresergebnis der Gesellschaften	
		%	Tsd. €	Jahr	Tsd. €
GSt 56. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-5	2025	-2
GSt 62. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	2.125	2025	-659
GSt 63. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	1	2025	-3
GSt 64. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	-5	2025	-2
GSt 65. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-5	2025	-2
GSt 66. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-5	2025	-2
GSt 67. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	3.927	2025	-960
GSt 68. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-4	2025	-2
GSt 69. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	296	2025	-21
GSt 70. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-5	2025	-3
GSt 71. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-363	2025	-361
GSt 72. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-3	2025	-21
GSt 73. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-4	2025	-2
GSt 74. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	168	2025	-34
GSt 75. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-4	2025	-2
GSt 77. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	1	2025	-6
GSt 78. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	-14	2025	-13
GSt 79. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	-5	2025	-2
GSt 80. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-4	2025	-2
GSt 82. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-4	2025	-2
GSt 83. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	1	2025	-3
GSt 84. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-4	2025	-2
GSt 87. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	-181	2025	-185
GSt 88. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	1	2025	-3
GSt 89. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-3	2025	-21
GSt 90. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-4	2025	-2
GSt 91. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	1	2025	-2
GSt 92. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	-3	2025	-3
GSt 93. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-1
GSt 94. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-1
GSt 95. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-1
GSt 96. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-5	2025	-6
GSt 97. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-1
GSt 99. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-1
GSt 103. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-1
GSt 104. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-1

Firma	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital der Gesellschaften	Jahresergebnis der Gesellschaften	
		%	Tsd. €	Jahr	Tsd. €
GSt 105. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-1
GSt 106. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Oberpörling	99,00	-2	2025	-2
GSt 107. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-1
GSt 108. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-1
GSt 109. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-1
GSt 111. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	-104	2025	-111
GSt 112. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-2
GSt 113. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-2
GSt 114. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-1
GSt 115. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-1
GSt 116. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	1	2025	-4
GSt 117. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-1	2025	-2
GSt 118. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	1	2025	-2
GSt 119. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-1	2025	-2
GSt 120. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	-5	2025	-5
GSt 121. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-2	2025	-2
GSt 122. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-1	2025	-2
GSt 123. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	-2	2025	-2
GSt 125. Solarpark GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	-1	2025	-2
GSt 126. Solarpark GmbH & Co. KG ^{2,6}	Plattling	100,00	1	2025	-1
GSt 127. Solarpark GmbH & Co. KG ^{2,6}	Plattling	100,00	-1	2025	-1
GSt 128. Solarpark GmbH & Co. KG ^{2,6}	Plattling	100,00	-324	2025	-329
GSt 129. Solarpark GmbH & Co. KG ^{2,6}	Plattling	100,00	-1	2025	-1
GSt 130. Solarpark GmbH & Co. KG ^{2,6}	Plattling	100,00	-1	2025	-1
GSt 131. Solarpark GmbH & Co. KG ^{2,6}	Plattling	100,00	12	2025	11
GSt 132. Solarpark GmbH & Co. KG ^{2,6}	Plattling	100,00	1	2025	-1
GSt 133. Solarpark GmbH & Co. KG ^{2,6}	Plattling	100,00	-1	2025	-1
GSt 134. Solarpark GmbH & Co. KG ^{2,6}	Plattling	100,00	-1	2025	-1
GSt 135. Solarpark GmbH & Co. KG ^{2,6}	Plattling	100,00	-1	2025	-1
Hotmobil Deutschland GmbH ^{1,2}	Gottmadingen	100,00	3.887	2025	2.192
Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH ¹	Frankfurt am Main	100,00	508.023	2025	44.928
Mainova Datacenter Holding GmbH	Frankfurt am Main	100,00	47.417	2025	-159
Mainova EE-Portfolio 1 GmbH & Co. KG ^{2,6}	Frankfurt am Main	100,00	8.719	2025	-5.603
Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	167.255	2025	-11.949
Mainova Erneuerbare Energien Management GmbH	Frankfurt am Main	100,00	30	2025	1
Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH ²	Frankfurt am Main	100,00	53	2025	-19
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG ²	Frankfurt am Main	85,00	5.825	2025	455
Mainova Projektentwicklung Erneuerbare Energien GmbH ^{1,2}	Frankfurt am Main	100,00	8.168	2025	-17
Mainova Projektentwicklung Management GmbH ^{2,6}	Frankfurt am Main	100,00	13	2025	-12
Mainova PV Brechen GmbH & Co. KG ^{2,6}	Frankfurt am Main	100,00	477	2025	-28
Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG ²	Frankfurt am Main	100,00	5.016	2025	27

Firma	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital der Gesellschaften	Jahresergebnis der Gesellschaften	
		%	Tsd. €	Jahr	Tsd. €
Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG ²	Frankfurt am Main	100,00	8.707	2025	1.413
Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH ¹	Frankfurt am Main	100,00	50	2025	-2.486
Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	3.403	2025	-296
Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG ²	Frankfurt am Main	100,00	618	2025	-457
Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG ²	Frankfurt am Main	100,00	5.551	2025	-24
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG ²	Frankfurt am Main	100,00	5.195	2025	768
Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG ²	Frankfurt am Main	100,00	2.950	2025	417
Mainova WP Nieder-Erlenbach GmbH & Co. KG ^{2, 6}	Frankfurt am Main	100,00	5.263	2025	-102
Metera Messdienste GmbH & Co. KG	Obertshausen	100,00	950	2025	275
Metera Verwaltungs-GmbH	Obertshausen	100,00	26	2025	1
Nachhaltiger Solarpark Eglseer Breite GmbH & Co. KG ²	Straubing	100,00	18	2025	-5
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH ¹	Frankfurt am Main	100,00	21.007	2025	-20.790
REmain GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	5.899	2025	640
REmain Management GmbH	Frankfurt am Main	100,00	30	2025	1
Solarpark Holztraubach GmbH & Co. KG ⁶	Plattling	100,00	-2	2025	-3
Solarpark Kollbachtal GmbH & Co. KG ² (vorm. GSt. 100 Solarpark GmbH & Co. KG)	Arnstorf	100,00	1	2025	-2
Solarpark Pönning 1. Betriebs GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	-2	2025	-2
Solarpark Wissing GmbH & Co. KG ²	Plattling	99,00	-2	2025	-2
Solea GmbH ²	Plattling	74,90	2.786	2025	2.361
Solea Service GmbH ²	Plattling	100,00	637	2025	182
Solea Solarpark Holding GmbH ²	Plattling	100,00	124	2025	51
Solea Solarpark Teisendorf GmbH & Co. KG ²	Plattling	100,00	6	2025	2
SRM StraßenBeleuchtung Rhein-Main GmbH ¹	Frankfurt am Main	100,00	34	2025	3.912
Umspannwerk Osterhofen GmbH & Co. KG ² (vorm. GSt. 124 Solarpark GmbH & Co. KG)	Plattling	99,00	-2	2025	-2
Beteiligungen					
a) unmittelbare Beteiligungen					
8KU GmbH	Berlin	12,50	316	2024	3
ABGnova GmbH	Frankfurt am Main	50,00	863	2024	89
ABO Energy GmbH & Co. KGaA	Wiesbaden	10,53	196.744	2024	25.930
book-n-drive mobilitätssysteme GmbH	Hofheim am Taunus	33,00	1.777	2024	843
Dynega Energiehandel GmbH	Frankfurt am Main	6,67	330	2024	5
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH	Gelnhausen	50,00	28.936	2024	4.005
Gasversorgung Offenbach GmbH ³	Offenbach am Main	25,10	21.599	2025	2.829
Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG	Bremen	25,10	91.214	2024	5.167
Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH	Vohburg	15,60	104.196	2024	3.684
Hessenwasser GmbH & Co. KG	Groß-Gerau	36,36	55.792	2024	8.571
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH	Groß-Gerau	36,33	98	2024	3
Infranova Bioerdgas GmbH	Frankfurt am Main	49,90	1.561	2024	183
Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain	Frankfurt am Main	20,00	173	2023	158
Lorenz Energie GmbH	Gründau	49,92	4.590	2024	688

Firma	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital der Gesellschaften	Jahresergebnis der Gesellschaften	
		%	Tsd. €	Jahr	Tsd. €
Mainova WebHouse GmbH ⁵	Frankfurt am Main	49,90	1.650	2024	-20.777
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	Frankfurt am Main	50,00	39	2024	-
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	26,03	8.676	2024	424
Oberhessische Gasversorgung GmbH	Friedberg (Hessen)	50,00	18.662	2024	2.227
Service4EVU GmbH	Coburg	50,00	1.372	2024	-8
Stadtwerke Dreieich GmbH ¹	Dreieich	26,25	21.831	2024	8.552
Stadtwerke Hanau GmbH ¹	Hanau	49,90	64.081	2024	9.854
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	Frankfurt am Main	29,90	11.603	2024	6.001
TAP Steuerungsgesellschaft mbH & Co. KG	München	12,50	632	2024	-2.595
b) Mittelbare Beteiligungen über Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH					
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH	Eisenach	23,90	14.243	2024	4.902
Ohra Energie GmbH	Hörsel	49,00	22.354	2024	2.345
Werraenergie GmbH	Bad Salzungen	49,00	30.037	2024	4.014
c) Mittelbare Beteiligungen über Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH					
Thüga Holding GmbH & Co. KGaA ⁴	München	20,53	2.350.794	2024	518.758
d) Mittelbare Beteiligungen über Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG					
CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG	Hamburg	30,00	3.770	2024	-48
SEBG Energiepark GmbH	Boitzenburger Land	74,99	4.305	2024	2.898
SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG	München	12,50	23.650	2024	4.894
WP Fischborn GmbH & Co. KG	Brachtal	33,33	2.742	2024	-68
WP Fischborn Verwaltungs GmbH	Brachtal	33,33	32	2024	2
e) Mittelbare Beteiligungen über Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG					
ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	Heidesheim	28,80	-	2024	0
f) Mittelbare Beteiligungen über Solea GmbH					
Energiepark Osterhofen GmbH ⁶	Osterhofen	49,00	-		-
Solarpark Hausenberg GmbH & Co. KG	Haarbach	10,63	93	2023	173
Solea Pinpoint Energy GmbH	Plattling	50,00	10	2024	-1

1 Ergebnisabführungsvertrag

2 indirekte Beteiligung

3 Bilanzstichtag 30. September

4 Konzernabschluss HGB

5 direkte Beteiligung mit 15 %, indirekte Beteiligung über Mainova Datacenter Holding GmbH mit 34,9 %

6 gegründet im Jahr 2025

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den zusammengefassten Lagebericht der Mainova Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025, der mit dem Konzernlagebericht der Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, zusammengefasst ist, geprüft.

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB und § 315d HGB einschließlich der Entsprechenserklärung nach § 161 AktG, die Versicherung der gesetzlichen Vertreter, den Abschnitt „Ausgestaltung des internen Kontrollsystems“ im zusammengefassten Lagebericht sowie alle übrigen Teile der Publikation „Jahresabschluss und zusammengefasster Lagebericht“ – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften zusammengefassten Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser zusammengefasste Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum zusammengefassten Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB und § 315d HGB sowie die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchstabe f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsdienstleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- 1 **Periodisierung der Umsatzerlöse aus Energie- und Wasserverkauf,**
- 2 **Bewertung der Rückstellungen für drohende Verluste aus langfristigen Energiebezugsverträgen.**

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir wie folgt strukturiert:

- 1 **Sachverhalt und Problemstellung,**
- 2 **Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse,**
- 3 **Verweis auf weitergehende Informationen.**

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

Periodisierung der Umsatzerlöse aus Energie- und Wasserverkauf

- 1 **Sachverhalt und Problemstellung**

Die Umsatzrealisierung im Zusammenhang mit dem Verkauf von Energie und Wasser an Privat- und Firmenkunden erfolgt grundsätzlich durch die zeitraumbezogene Abnahme durch die Kunden. Die fixen Bestandteile des Transaktionspreises (Grundpreis) werden unabhängig von der Menge linear erfasst und unterliegen keiner Schätzung. Für einen großen Teil der Kunden wird der Verbrauch lediglich einmal jährlich ermittelt (rollierende Jahresverbrauchsablesung), dadurch erfolgt die Erfassung der Umsatzerlöse zwischen dem letzten Abrechnungszeitpunkt des einzelnen Kunden und dem Bilanzstichtag insoweit aufgrund von Hochrechnungen und geschätzten Verkaufsmengen und Anwendung der kundenspezifischen Tarife. Es besteht ein Risiko für den Jahresabschluss, dass die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Energie und Wasser zum Stichtag aufgrund des Ansatzes von Schätzwerten im Zusammenhang mit dem Verbrauchsverhalten der Kunden, von der Vielzahl an Abnahmestellen sowie komplexer IT-gestützter Prozesse bei Ermittlung und Erfassung der Erlöse, falsch abgegrenzt wurden.

2 Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Aufgrund der Komplexität und der vorzunehmenden Einschätzungen und Annahmen besteht ein erhöhtes Risiko falscher Angaben in der Rechnungslegung. Daher haben wir die eingerichteten Prozesse und internen Kontrollen zur Abrechnung und Hochrechnung der Umsatzerlöse einschließlich des zum Einsatz kommenden IT-Systems beurteilt. Des Weiteren haben wir die der Hochrechnung zugrundeliegenden Parameter gewürdigt, eine Untersuchung der retrograden Verprobung zur Endabrechnung rollierend abgerechneter Kunden zu zuvor berücksichtigten geschätzten Mengen vorgenommen und einen Abgleich der insgesamt gelieferten Mengen zu den insgesamt den Kunden zugerechneten Mengen durchgeführt. Ferner haben wir Einzelfallprüfungshandlungen durchgeführt, die die Güte, Plausibilität, Stetigkeit und Vollständigkeit der Hochrechnung untersuchen und hierbei auch wesentliche von dem Konzern eingesetzte Plausibilisierungen und Validierungen einbezogen. Wir konnten uns davon überzeugen, dass die eingerichteten Systeme und Prozesse sowie die eingerichteten internen Kontrollen angemessen sind und stetig angewendet werden, um eine sachgerechte Periodenabgrenzung der Umsatzerlöse aus dem Energie- und Wasserverkauf darzustellen.

3 Verweis auf weitergehende Informationen

Die Angaben der Gesellschaft zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Abschnitt 1 des Anhangs der Gesellschaft aufgeführt.

Bewertung der Rückstellungen für drohende Verluste aus langfristigen Energiebezugsverträgen

1 Sachverhalt und Problemstellung

Die Gesellschaft ist aufgrund bestehender langfristiger Stromlieferverträge mit zwei Gaskraftwerken dazu verpflichtet, die produktionsbezogenen Kosten sowie die Fixkosten der Gaskraftwerke entsprechend ihrer Beteiligungsquote an den jeweiligen Gaskraftwerken zu tragen. Nach Einschätzung der Gesellschaft sowie basierend auf externen Markteinschätzungen ist eine kostendeckende Stromproduktion durch die Gaskraftwerke weiterhin mittel- bis langfristig nicht möglich. Die Gesellschaft hat den daraus resultierenden finanziellen Risiken mittels Bildung von sonstigen Rückstellungen für drohende Verluste aus langfristigen Strombezugsverträgen über die Restlaufzeit der Strombezugsverträge in Höhe von 50,9 Mio. EUR (Vorjahr 51,7 Mio. EUR) Rechnung getragen. Aufgrund der Langfristigkeit der Rückstellungen wurden diese gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit ihrem Barwert zum Bilanzstichtag angesetzt. Die Bewertung der Rückstellungen ist in einem hohen Maße abhängig von Annahmen und Prognosen, insbesondere über die Entwicklung der Energiemärkte, die die gesetzlichen Vertreter bei der Ermittlung zugrunde gelegt haben. Die Bewertung ist entsprechend mit wesentlichen Unsicherheiten und Ermessensentscheidungen behaftet. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der hohen Komplexität der Bewertung war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2 Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die Angemessenheit der Erwartungen der Gesellschaft zur zukünftigen Entwicklung der Energiemärkte bis zum Ende der Laufzeit der zugrundeliegenden Strombezugsverträge anhand externer Markterwartungen beurteilt. Zudem haben wir, ausgehend vom rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem, die Angemessenheit der angewandten Bewertungsmethoden sowie der Bewertungsprämissen (insbesondere Markteinschätzungen der gesetzlichen Vertreter, Bewertungszeitraum und Diskontierungszins) kritisch gewürdigt. Ferner haben wir die rechnerische Richtigkeit der Berechnungen nachvollzogen und die Angemessenheit der von der Gesellschaft vorgenommenen Sensitivitätsrechnungen gewürdigt. Den bei der Ermittlung des Barwertes verwendeten fristenadäquaten Diskontierungszins haben wir anhand öffentlich verfügbarer Vergleichsdaten auf Angemessenheit untersucht. Wir konnten uns davon überzeugen, dass die getroffenen Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter hinreichend begründet sind, um die Bilanzierung und Bewertung dieser Rückstellungen zu rechtfertigen.

3 Verweis auf weitergehende Informationen

Die Angaben der Gesellschaft zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Abschnitt 1 des Anhangs der Gesellschaft aufgeführt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich:

Die sonstigen Informationen umfassen

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB und § 315d HGB einschließlich der Entsprechenserklärung nach § 161 AktG,
- Versicherung der gesetzlichen Vertreter,
- den Abschnitt „Ausgestaltung des internen Kontrollsystems“ im zusammengefassten Lagebericht,
- alle übrigen Teile der Publikation „Jahresabschluss und zusammengefasster Lagebericht“ – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften zusammengefassten Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Für den Bericht des Aufsichtsrats im „Geschäftsbericht 2025“ und die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB und § 315d HGB einschließlich der Entsprechenserklärung nach § 161 AktG sind die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Angaben im zusammengefassten Lagebericht oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den zusammengefassten Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und zusammengefassten Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel,

ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des zusammengefassten Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im zusammengefassten Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutendsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts nach § 317 Abs. 3a HGB

Prüfungsurteil

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3a HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der Datei „Mainova-JA-LB-2025-12-31-0-de.zip“ (SHA265-Hashwert: 178bec6987aa7fb1fadb0c17d97a7df6893036bc4544342eedee617646afdd) mit den geprüften ESEF-Unterlagen enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts (im Folgenden auch als „ESEF-Unterlagen“ bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat („ESEF-Format“) in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden „Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts“ enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Jahresabschluss und zum beigefügten zusammengefassten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten Datei enthaltenen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3a HGB unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3a HGB (IDW PS 410 (06.2022)) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen“ weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat die Anforderungen an das Qualitätsmanagementsystem des IDW Qualitätsmanagementstandards: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) angewendet.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die ESEF-Unterlagen

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.
- beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d. h., ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt.
- beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften zusammengefassten Lageberichts ermöglichen.

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Prüfungsurteile

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Stromverteilung“ und „Gasverteilung“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n. F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätsmanagementstandards: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) an. Wir sind der Auffassung, dass

die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die Einhaltung der Pflichten der Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unser Prüfungsurteil zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 25. Juni 2025 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 1. September 2025 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2025 als Abschlussprüfer der Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im zusammengefassten Lagebericht des geprüften Unternehmens angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht: die Prüfung des Vergütungsberichts und des „Nichtfinanzieller Bericht“ der Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main.

Sonstiger Sachverhalt – Verwendung des Bestätigungsvermerks

Unser Bestätigungsvermerk ist stets im Zusammenhang mit dem geprüften Jahresabschluss und dem geprüften zusammengefassten Lagebericht sowie den geprüften ESEF-Unterlagen zu lesen. Der in das ESEF-Format überführte Jahresabschluss und zusammengefasste Lagebericht – auch die im Unternehmensregister einzustellenden Fassungen – sind lediglich elektronische Wiedergaben des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften zusammengefassten Lageberichts und treten nicht an deren Stelle. Insbesondere ist der ESEF-Vermerk und unser darin enthaltenes Prüfungsurteil nur in Verbindung mit den in elektronischer Form bereitgestellten geprüften ESEF-Unterlagen verwendbar.

Verantwortliche Wirtschaftsprüferin

Die für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüferin ist Frau Friederike Rolshoven.

Frankfurt am Main, den 30. März 2026

PKF Fasselt Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte

Hünger	Rolshoven
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüferin

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Mainova AG vermittelt und im Lagebericht, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Mainova AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Mainova AG beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 30. März 2026



Dr. Maxelon



Arnold



Giehl

Grafik- und Tabellenverzeichnis

Zusammengefasster Lagebericht

001	Segmentaufteilung nach Wertschöpfungsstufen	7
002	Primärenergieverbrauch	17
003	Preisentwicklung Kohle 2025	17
004	Preisentwicklung Gas 2025	18
005	Preisentwicklung CO₂-Emissionsrechte 2025	18
006	Preisentwicklung Strom 2025	18
007	Absatz	19
008	Erzeugungsmengen	19
009	Stromerzeugung	20
010	Wärme-/Kälteerzeugung	20
011	Energieträgereinsatz	20
012	Bereinigte Segmentergebnisse	21
013	Bereinigungen in der Gewinn- und Verlustrechnung	22
014	Umsatzerlöse	22
015	Bereinigte Bilanz (Kurzfassung)	23
016	Investitionen	24
017	Kapitalflussrechnung	24
018	Erwartete Segmententwicklung	27
019	Erwartete Investitionen	28

020	Risikoarten	30
021	Risikomanagementsystem	30
022	Unternehmensrisiken	32
023	Gewinn- und Verlustrechnung der Mainova AG (Kurzfassung)	40
024	Segmentergebnisse der Mainova AG	41
025	Umsatzerlöse der Mainova AG	42
026	Bilanz der Mainova AG (Kurzfassung)	43
027	Kapitalflussrechnung der Mainova AG (Kurzfassung)	44

Jahresabschluss

028	Bilanz	48
029	Gewinn- und Verlustrechnung	49
030	Nutzungsdauer der Sachanlagen	51
031	Vorräte	55
032	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	55
033	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	56
034	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	56
035	Rückstellungen	57
036	Verbindlichkeiten	58
037	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	59
038	Sonstige Verbindlichkeiten	59
039	Haftungsverhältnisse	60
040	Finanzielle Verpflichtungen	61
041	Umsatzerlöse	62

042	Sonstige betriebliche Erträge	62
043	Materialaufwand	63
044	Personalaufwand	63
045	Sonstige betriebliche Aufwendungen	64
046	Ergebnis aus Finanzanlagen	64
047	Zinsergebnis	64
048	Steuern	65
049	Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	67
050	Honorar des Abschlussprüfers	68
051	Derivative Finanzinstrumente	69
052	Derivative Finanzinstrumente in Bewertungseinheiten	69
053	Entwicklung des Anlagevermögens	78
054	Beteiligungen	80

Impressum

Herausgeber

Mainova AG
Solmsstraße 38
60486 Frankfurt am Main
Telefon 069 213-02
Telefax 069 213-81122
www.mainova.de

Redaktion Konzernkommunikation

Ferdinand Huhle (verantwortlich, Bereichsleitung Konzernkommunikation und Public Affairs)
Daniela Halder-Ballasch (Projektleitung)

Ansprechpartner für Aktionärinnen und Aktionäre

Christian Rübzig (Vorstandsangelegenheiten und Unternehmensdokumentation)
E-Mail: investor-relations@mainova.de

Konzept, Design und Realisation

Stilmanöver GmbH & Co. KG, Mainz
www.stilmanoever.de

Fotografie

Dennis Möbus

